

KB4

Von: [REDACTED] KB4
Gesendet: Donnerstag, 28. April 2022 16:26
An: [REDACTED]@bmuv.bund.de [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
Cc: [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]@bmuv.bund.de [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
Betreff: AW: BMWK | Gesetz-Entwurf zum LNG-BeschleunigungsG - Stand
26.04.2022 | Umsetzungs-Fußnote
Anlagen: 22-04-28_GE-LNG_BMUV_BMJ_KB4 (§§ 4+5 alt)_fin.docx
Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet
Kategorien: Wichtig!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
anliegend haben wir den Gesetzestext nach den Anregungen des BMJ rechtsförmlich angepasst. Der Text ist nur punktuell geändert.

- Wir haben Änderungen soweit möglich im Korrekturmodus aufgenommen. Da wir leider parallel und mit Kopien arbeiten müssen, um in der kurzen Zeit alle Anmerkungen einzuspeisen, konnten wir vereinzelt nicht im Änderungsmodus arbeiten, haben es aber durch einen Kommentar zu Beginn des jeweiligen Paragraphen kenntlich gemacht.
- Die Begründungen sind auf dem mit Ihnen vereinbarten Stand. Es fehlen nur noch kurze, von BMJ erbetene zusätzlichen Klarstellungen. Diese reichen wir heute nach.
- Da wir §§ 4 und 5 vorab Ihnen zugesandt haben und hier auf eine Rückmeldung warten, sind diese Vorschriften noch nicht in angepasst.

Für eine Rückmeldung bis heute DS wären wir Ihnen dankbar.

Viele Grüße
[REDACTED]

Von: [REDACTED]@bmuv.bund.de>
Gesendet: Mittwoch, 27. April 2022 14:59
An: [REDACTED]@bmwk.bund.de [REDACTED]
[REDACTED]
Cc: [REDACTED]@bmuv.bund.de>; [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]

Betreff: BMWK | Gesetz-Entwurf zum LNG-BeschleunigungsG - Stand 26.04.2022 | Umsetzungs-Fußnote

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aus hiesiger Sicht sollte die Umsetzungs-Fußnote um die **IED** und die **Seveso III-Richtlinie** ergänzt werden.

Textvorschlag, vorbehaltlich der (Rechtsförmlichkeits-) Prüfung durch das BMJ:

„Dieses Gesetz dient der Umsetzung

- der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), geändert durch Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 1),
- der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17) [**@ BMJ: Ist auch die Berichtigung, ABl. L 158 vom 19.06.2012, S. 25, zu erwähnen?**],
- der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 1).“

Freundliche Grüße

Im Auftrag

[REDACTED]

BMUV, Referat C I 1

Telefon +49 (0)228 99 305-[REDACTED]

Von: [REDACTED]@bmuv.bund.de>

Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 13:15

An: [REDACTED]@bmuv.bund.de> [REDACTED]

[REDACTED]

@bmwk.bund.de;

[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
Betreff: BMWK | Gesetz-Entwurf zum LNG-BeschleunigungsG - Stand 26.04.2022

Liebe KollegINNen,

aufgrund der zahlreichen Fehlermeldungen ein erneuter Versuch in der Hoffnung, dass meine untenstehende E-Mail Sie nunmehr erreicht...

Vielen Dank und viele Grüße

[REDACTED]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat KB4
Rechtsfragen des Klimaschutzes, Governance, Planungsbeschleunigung

Telefon: 030 - 18615 [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]@bmwk.bund.de

Von: [REDACTED]@bmwk.bund.de>

Gesendet: Dienstag, 26. April 2022 11:46

An: [REDACTED]@bmuv.bund.de>; [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Cc: [REDACTED]@bmuv.bund.de>; [REDACTED]
[REDACTED]

Betreff: BMWK | Gesetz-Entwurf zum LNG-BeschleunigungsG - Stand 26.04.2022

Liebe KollegINNen,

anbei übersende ich Ihnen die **aktuelle Fassung des Gesetzentwurfs zum LNG-Beschleunigungsgesetz** (nebst Anlage)

mit den folgenden Hinweisen:

- BMWK hat den Anwendungsbereich des GE angepasst; dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Vermeidung von lock-in-Effekten und aus Klimaschutzgründen im Hinblick auf die im Zusammenhang mit § 5 Nrn. 4+5 (nunmehr geplanten Befristungen der Genehmigungen + Umrüstung auf Wasserstoff) erfolgt
- Änderungen der (bereits informell mit BMJ abgestimmten) vergaberechtlichen Regelungen zu Verfahrensbeschleunigung / Rechtsschutz

mit den noch offenen Punkten:

- Fragen zu einer etwaig erforderlichen Ergänzung des § 6 Absatz 2 (Regelungen des BNatSchG) im Hinblick auf eine möglichen Öffentlichkeitsbeteiligung (Fristverkürzung + fakultativer Erörterungstermin) „analog“ zu den derzeitigen Regelungen des § 5 Nrn. 1-3; insbes. im Hinblick auf den § 63
- Fragen zu § 7 Nr. 4 hinsichtlich eines etwaigen Einsatzes von Bioziden
- Fragen zu den Befristungen der Regelungen des GE + Übergangsvorschriften

mit den Bitten:

- den Gesetzentwurf inkl. Begründungstext zu prüfen
- ggf. Änderungsvorschläge/erforderliche Ergänzungen zu formulieren und zu übersenden (bitte im Änderungsmodus)
- abschließend zu klären, welche leitungsrelevanten Punkte noch offen sind und einer Klärung auf Leitungsebene bedürfen
- eine entsprechende **Rückmeldung bis morgen früh 10 Uhr an BMWK** zu übermitteln
- für **morgen 12 Uhr einen webex-Termin** vorzumerken, um nochmal (hoffentlich letztmalig auf Arbeitsebene) über den Gesetzentwurf zu sprechen, bevor eine offizielle Ressortabstimmung eingeleitet wird

Ergänzender Hinweis: Der aktuelle Gesetzentwurf wird parallel auch an die Arbeitsebene des BMJ versandt.

Kommen Sie bei Fragen gern auf meine Kolleginnen und mich zu.

Vielen Dank und viele Grüße

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
 Referat KB4
 Rechtsfragen des Klimaschutzes, Governance, Planungsbeschleunigung

Telefon: 030 - 18615 _____

E-Mail: _____@bmwk.bund.de

**Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes von verflüssigten
Flüssige Erdgasen
(LNG-Beschleunigungsgesetz - LNGG)**

Vom ...

Der Bundestag hat [mit Zustimmung des Bundesrates] das folgende Gesetz beschlossen:

*Dieses Gesetz dient der Umsetzung

der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1), geändert durch Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (ABl. L 124 vom 25.4.2014, S. 1),

der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (Neufassung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17);

der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG des Rates (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 1)

der [Vergaberichtlinien]

Kommentiert [BAK1]: Prüfbite BMUV an BMJ:
„Ist auch die Berichtigung, ABl. L 158 vom 19.06.2012, S. 25, zu erwähnen?“
Evtl. noch IED und Seveso III dazu, soll BMJ bei Rechtsförmlichkeitsprüfung prüfen, wie weit das Zitat gefasst werden sollte

Kommentiert [BAK2]: To Do BMWK:
Überführen in Fn der jeweiligen §§

§ 1 Zweck

(1) Dieses Gesetz dient der Sicherung der nationalen Energieversorgung durch die zügige Einbindung verflüssigten Erdgases in das bestehende Fernleitungsnetz.

(2) Mit den Vorschriften dieses Gesetzes sollen die Zulassung von Errichtung und Inbetriebnahme der im Anwendungsbereich dieses Gesetzes bezeichneten Vorhaben sowie die Durchführung von Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge dieser Vorhaben beschleunigt werden.

Kommentiert [BAK3]: Nur rechtsförmliche Überarbeitungen

§ 2 Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für die Zulassung von:

1. stationären schwimmenden Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung verflüssigten Erdgases,
2. stationären landgebundenen Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung verflüssigten Erdgases,
3. Leitungen, die der Anbindung von Anlagen nach Nummer 1 oder 2 an die Gasversorgungsnetze dienen (LNG-Anbindungsleitungen).
4. Gewässerausbauten und Gewässerbenutzungen, die für Errichtung und Betrieb der Anlagen nach Nummer 1 oder 2 erforderlich sind.

(2) Dieses Gesetz gilt nur für die in der Anlage ~~aufgeführten-bezeichneten~~ Vorhaben.

(3) Dieses Gesetz gilt zudem für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für Vorhaben nach Absatz ~~1 und~~ 2.

§ 3 Besonderes Interesse

Die ~~Vorhaben~~ in der Anlage ~~bezeichneten Vorhaben~~ sind für die sichere Gasversorgung Deutschlands besonders dringlich. Für diese ~~Vorhaben~~ wird die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der Bedarf zur Gewährleistung der Versorgung der Allgemeinheit mit Gas festgestellt. Die ~~unverzügliche Durchführung schnellstmögliche Realisierung~~ dieser Vorhaben dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland ~~und~~ ~~Die Realisierung dieser Vorhaben~~ ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

§ 4 Ausnahmen von der Umweltverträglichkeit

Kommentiert [BAK4]: Neufassung vorab an BMUV versandt – hier noch nicht angepasst.

(1) Abweichend von § 1 Absatz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung wendet die für die Zulassungsentscheidung zuständige Behörde bei Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 nicht an, wenn eine beschleunigte Zulassung des konkreten Vorhabens geeignet ist, einen relevanten Beitrag zu leisten, die Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden.

(2) Wird nach Absatz 1 keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, entfallen auch die entsprechenden, in fachrechtlichen Vorschriften geregelten Pflichten des Antragstellers und Aufgaben der Behörden.

(3) Die weiteren Zulassungsvoraussetzungen bleiben unberührt, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Bestimmungen etwas anderes ergibt.

(4) Der Öffentlichkeit sind vor Erteilung der Zulassung folgende Informationen zugänglich zu machen:

1. der Entwurf der Zulassungsentscheidung einschließlich Begründung,

2. jedenfalls die wesentlichen Antragsunterlagen einschließlich der Unterlagen, mit denen die wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt dargestellt werden,
3. die Gründe für die Gewährung der Ausnahme von den Anforderungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Zugänglichmachung erfolgt für die Dauer von vier Tagen mittels physischer Auslegung oder elektronischer Lesegeräte in Räumen der Zulassungsbehörde sowie mittels Veröffentlichung auf der Internetseite der Zulassungsbehörde.

(5) Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium unterrichtet die Europäische Kommission vor Erteilung der Zulassungsentscheidung über die Gründe der Gewährung dieser Ausnahme und übermittelt ihr die Informationen, die die zuständige Behörde der betroffenen Öffentlichkeit nach Absatz 4 zur Verfügung stellt. Zu diesem Zweck übermittelt die zuständige Behörde rechtzeitig, spätestens vier Tage vor der Entscheidung über die Zulassung des Vorhabens, dem für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständigen Bundesministerium die der Öffentlichkeit zugänglich zu machenden Informationen.

§ 5 Maßgaben für die Anwendung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung

(1) Das Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist, ist bei der Zulassung von Anlagen nach § 2 Nummer 1 und 2 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

Kommentiert [BAK5]: Neufassung vorab an BMUV versandt – hier noch nicht angepasst.

1. Abweichend von § 10 Absatz 3 Satz 2 sind der Antrag und die vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1, sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, nach der Bekanntmachung eine Woche zur Einsicht auszulegen.
2. Abweichend von § 10 Absatz 3 Satz 4 kann die Öffentlichkeit bis eine Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist gegenüber der zuständigen Behörde schriftlich oder elektronisch Einwendungen erheben; diese Frist gilt auch bei Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie.
3. Soweit die zuständige Behörde einen Erörterungstermin nach § 10 Absatz 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für erforderlich oder zweckmäßig hält, kann dieser physisch oder in Form einer Videokonferenz oder als eine Mischung von beidem (hybrid) durchgeführt werden.
4. Abweichend von § 12 Absatz 3 ist die Genehmigung mit der Bestimmung zu erteilen, dass der Betrieb der Anlage mit flüssigem Erdgas spätestens am 31. Dezember 2040 einzustellen ist. Ein Betrieb der Anlage über den 31. Dezember 2040 hinaus ist nur mit grünem Wasserstoff zulässig.

Kommentiert [LASDK6]: Vorschlag des BMUV Zustimmung BMWK

5. Abweichend von § 12 Absatz 1 ist die Genehmigung [für eine Anlage im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2] mit der Auflage zu erteilen, dass mit dem Umbau der Anlage für den Betrieb von grünem Wasserstoff bereits vor dem Jahr 2040 begonnen werden muss. Erforderliche Antragsgenehmigungen sind bereits 2035 zu beantragen. Die Behörde erlässt hierzu geeignete Nebenbestimmungen.

(2) Für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 4 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 1011), die zuletzt geändert worden ist durch Artikel 2 Absatz 3 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) gelten die Maßgaben des Absatzes 1 entsprechend.

§ 6 Maßgaben für die Anwendung des Bundesnaturschutzgesetzes

Das Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist, ist bei der Zulassung von Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Abweichend von § 17 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes kann ~~in einer Zulassungsentscheidung~~ die Herstellung eines Benehmens sowie die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 15 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes bis zu zwei Jahre nach Erteilung der Zulassungsentscheidung erfolgen. Hierfür hat der Verursacher ~~nach Erteilung der Zulassungsentscheidung~~ die erforderlichen Angaben nach § 17 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes nachträglich zu machen. § 15 Absatz 4 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes findet entsprechend Anwendung.

2. Mit der Umsetzung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist innerhalb von drei Jahren nach der Festsetzung zu beginnen.

~~3. Die Regelung des § 18 des Bundesnaturschutzgesetzes bleibt unberührt.~~

Kommentiert [BAK7]: Bitte von BMJ, dies in die Begründung zu verschieben

§ 7 Maßgaben für die Anwendung des Wasserhaushaltsgesetzes

Das Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, ist bei der Zulassung von Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Abweichend von § 70 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 73 Absatz 3 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, ist der Plan für die Dauer von mindestens einer Woche zur Einsicht auszulegen.

Kommentiert [BAK8]: Nrn. 1-3 aufgrund Rechtsförmlichkeit angepasst

2. Abweichend von § 70 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 73 Absatz 4 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes kann jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, bis zu einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist Einwendungen gegen den Plan erheben.

3. Abweichend von § 70 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in der am 31. August 2021 geltenden Fassung in Verbindung mit § 73 Absatz 6 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes kann die zuständige Behörde einen Erörterungstermin durchführen, sofern sie diesen für erforderlich hält. Dieser kann physisch oder in Form einer Videokonferenz oder in Form einer zeitgleichen Teilnahme durch physische oder digitale Präsenz durchgeführt werden.

Kommentiert [BAK9]: Ergänzung in der Begründung erforderlich, welcher die Gründe für das intendierte Ermessen der Behörde darlegt (Forderung BMJ)

4. Durch die Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zum Zwecke der Regasifizierung ~~von verflüssigten~~ Erdgasen sind in der Regel keine schädlichen, auch durch den Erlass einzuhaltender Nebenbestimmungen nicht vermeidbaren oder nicht ausgleichbaren Gewässeränderungen im Sinne des § 12 Absatz 1 Nummer 1 zu erwarten.

§ 8 Maßgaben für die Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes

(1) Das Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 84 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, ist bei der Zulassung von Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Abweichend von § 43a ~~EnWG~~ gilt für das Anhörungsverfahren:
 - a) Der Plan ist abweichend von § 73 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für die Dauer von einer Woche auszulegen.
 - b) Einwendungen gemäß nach § 73 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes können nur bis eine Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist erhoben werden.
 - c) Ein Erörterungstermin kann in den Fällen des § 2 Nummer 3 stattfinden, soweit die zuständige Behörde diesen für erforderlich hält. Dieser kann physisch oder in Form einer Videokonferenz oder in Form einer zeitgleichen Teilnahme durch physische oder digitale Präsenz als eine Mischung von beidem (hybrid) durchgeführt werden.
2. Kampfmittelräumungen, ~~und~~ archäologische Untersuchungen ~~und~~ bzw. Bergungen gelten als Vorarbeiten im Sinne des § 44 ~~des Energiewirtschaftsgesetzes~~.
3. Der Vorhabenträger kann bereits nach Ablauf der Einwendungsfrist verlangen, dass das Verfahren der vorzeitigen Besitzeinweisung nach § 44b ~~des Energiewirtschaftsgesetzes~~ durchgeführt wird.

4. Für den vorzeitigen Baubeginn müssen die Voraussetzungen des § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4 sowie des § 44c Absatz 1 Satz 2 des **Energiewirtschaftsgesetzes** nicht vorliegen.

(2) Soweit aufgrund der hier vorgesehenen Verfahrensvereinfachungen Regelungen des Fachrechts entfallen, finden auch die Regelungen des Verwaltungsverfahrensrechts keine Anwendung.

§ 9 Beschleunigte Vergabe- und Nachprüfungsverfahren¹

(1) Für die Vergabeverfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für Vorhaben nach § 2 sind die vergaberechtlichen Vorschriften nach folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. § 97 Absatz 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist nicht anzuwenden.
2. **Mittelständische Interessen müssen auch bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge nicht vornehmlich berücksichtigt werden. Leistungen müssen nicht in der Menge aufgeteilt und getrennt nach Art oder Fachgebiet vergeben werden.** Wird ein Unternehmen, das nicht öffentlicher Auftraggeber ist, mit der Wahrnehmung oder Durchführung einer öffentlichen Aufgabe betraut, muss der öffentliche Auftraggeber das Unternehmen nicht verpflichten, sofern

Kommentiert [BAK10]: BMJ:

Bitte prüfen:

Aus grundrechtlicher Sicht wäre sicherzustellen, dass neben der Pflicht zur Wiederherstellung des früheren Zustands (§ 44 c Abs. 2 Satz 2 EnWG) auch eine Pflicht zur Entschädigung der nach dem Abweichungsrecht allgemein zulässigen irreversiblen Maßnahmen besteht.

Da hier die „Voraussetzungen“ nach § 44c Abs. 1 Satz 2 EnWG, der bisher diese Entschädigungspflicht enthält, abbedungen werden, scheint dies h.E. so nicht gesichert.

BMWK

Entsprechende Ergänzung in der Begründung vornehmen

Kommentiert [BAK11]: BMJ IIIB1 hat in dieser Fassung keine Einwände gegen § 9

¹ § 9 dieses Gesetzes dient auch der Umsetzung folgender Richtlinien: Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 33), zuletzt geändert durch Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1); Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. L 76 vom 23.3.1992, S. 14), zuletzt geändert durch Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1); Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2021/1950 der Kommission vom 10. November 2021 zur Änderung der Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 19); Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 094 vom 28.3.2014, S. 1), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2021/1951 der Kommission vom 10. November 2021 zur Änderung der Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Konzessionen (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 21); Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 094 vom 28.3.2014, S. 65), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2021/1952 der Kommission vom 10. November 2021 zur Änderung der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge sowie für Wettbewerbe (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 23); Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG (ABl. L 094 vom 28.3.2014, S. 243), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2021/1953 der Kommission vom 10. November 2021 zur Änderung der Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge sowie für Wettbewerbe (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 25).

es Unteraufträge an Dritte vergibt, Leistungen in der Menge aufgeteilt und getrennt nach Art oder Fachgebiet zu vergeben.

3. Ergänzend zu § 134 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entfällt die Informations- und Wartepflicht auch
 - a. in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb gerechtfertigt ist, und
 - b. in Fällen, in denen der Bieter, dem der Zuschlag erteilt wird, der einzige Bieter ist und es keine weiteren Bewerber gibt.
4. Abweichend von § 135 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen kann in einem Nachprüfungsverfahren in den Fällen der Absätze 2 und 3 bei Feststellung eines Verstoßes des Auftraggebers im Sinne des § 135 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf Antrag des Auftraggebers oder von Amts wegen ein Vertrag nicht als unwirksam erachtet werden, wenn nach Prüfung aller maßgeblichen Gesichtspunkte unter Berücksichtigung des Zweckes im Sinne des § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 zwingende Gründe eines Allgemeininteresses es rechtfertigen, die Wirkung des Vertrages zu erhalten. Das besondere Interesse rechtfertigt es in der Regel, die Wirkung des Vertrages zu erhalten. In Fällen des Satzes 1 hat die Vergabekammer oder das Beschwerdegericht alternative Sanktionen zur Feststellung der Unwirksamkeit nach Maßgabe der Nummer 6 zu erlassen. § 156 Absatz 3, § 179 Absatz 1 und § 181 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bleiben unberührt.
5. Wird in einem Nachprüfungsverfahren in den Fällen der Absätze 2 oder 3 die Unwirksamkeit eines Vertrages wegen eines Verstoßes des Auftraggebers im Sinne des § 135 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen festgestellt, ist die Wirkung der Unwirksamkeit abweichend von § 135 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf die Verpflichtungen beschränkt, die noch zu erfüllen sind. In Fällen des Satzes 1 hat die Vergabekammer oder das Beschwerdegericht zusätzlich zur Feststellung nach Satz 1 alternative Sanktionen zur Feststellung der Unwirksamkeit nach Maßgabe der Nummer 6 zu erlassen. Nummer 4 Satz 4 gilt entsprechend.
6. Durch die Vergabekammer oder das Beschwerdegericht im Nachprüfungsverfahren in den Fällen der Absätze 2 und 3 zu erlassende alternative Sanktionen nach den Nummern 4 und 5 umfassen die Verhängung einer Geldsanktion gegen den Auftraggeber oder die Verkürzung der Laufzeit des Vertrages. Eine Geldsanktion darf höchstens 15 Prozent des Auftragswertes betragen.
7. § 14 Absatz 4 Nummer 3 der Vergabeverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691) geändert worden ist, ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass
 - a. die äußerst dringlichen, zwingenden Gründe sowie der Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte, als vorliegend anzusehen sind,

- b. in der Regel die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und
- c. die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen sind.

Satz 1 gilt entsprechend für § 13 Absatz 2 Nummer 4 der Sektorenverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624, 657), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691) geändert worden ist, und § 12 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit vom 12. Juli 2012 (BGBl. I S. 1509), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. November 2020 (BGBl. I S. 2392) geändert worden ist. Satz 1 gilt ferner entsprechend für die Vergabe von Bauaufträgen hinsichtlich der Voraussetzungen zur Anwendung des Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit.

8. § 17 Absatz 8 der Vergabeverordnung ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die hinreichend begründete Dringlichkeit als vorliegend anzusehen ist. Satz 1 gilt entsprechend für § 15 Absatz 3, § 16 Absatz 3 und 7 und § 17 Absatz 3 der Vergabeverordnung und § 14 Absatz 3, § 15 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 3 der Sektorenverordnung. Satz 1 gilt entsprechend hinsichtlich der besonderen Dringlichkeit für § 20 Absatz Satz 2 und Absatz 3 Satz 2 der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit. Satz 1 gilt ferner entsprechend für die Vergabe von Bauaufträgen hinsichtlich der Verkürzung von Fristen wegen einer hinreichend begründeten Dringlichkeit.
9. Abweichend von § 51 Absatz 2 Satz 1 der Vergabeverordnung kann bei Vergabeverfahren, die aufgrund der Nummer 7 Satz 1 als Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden, auch nur ein Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, sofern dieses Unternehmen als einziges in der Lage ist, den Auftrag innerhalb der durch die äußerste Dringlichkeit bedingten technischen und zeitlichen Zwänge zu erfüllen. Satz 1 gilt entsprechend für Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb, die aufgrund der Nummer 7 Satz 2 nach der Sektorenverordnung oder der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit durchgeführt werden. Satz 1 gilt ferner entsprechend für die Vergabe von Bauaufträgen für Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit, die aufgrund Nummer 7 Satz 3 durchgeführt werden.

(2) Für Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer sind für Vorhaben nach § 2 die vergaberechtlichen Vorschriften nach folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Ergänzend zu § 166 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen kann auch nach Lage der Akten entschieden werden, soweit dies der Beschleunigung dient. ²Die mündliche Verhandlung kann im Wege der Bild- und Tonübertragung nach § 128a der Zivilprozessordnung durchgeführt werden.
2. Abweichend von § 167 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen trifft und begründet die Vergabekammer ihre

Entscheidung innerhalb einer Frist von drei Wochen ab Eingang des Nachprüfungsantrages. Abweichend von § 167 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Gesetzes kann die Entscheidungsfrist von drei Wochen nur einmalig und höchstens um zwei Wochen verlängert werden kann.

3. Bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen nach § 168 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen hat die Vergabekammer auch den Zweck nach § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen.
4. Bei der Abwägung nach § 169 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen über die vorzeitige Gestattung des Zuschlags sind zusätzlich der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen. Das besondere Interesse überwiegt in der Regel ~~bei Vorhaben nach § 2~~. Die Entscheidung ist unverzüglich, spätestens längstens innerhalb von einer Woche nach Eingang des Antrags auf Voraberteilung des Zuschlags zu treffen und zu begründen. Der Zuschlag kann abweichend von § 169 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nach der Gestattung unmittelbar erteilt werden, soweit die Wartepflicht nach § 134 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht noch läuft. Bei Entscheidungen nach § 169 Absatz 2 Satz 6 und 7 und Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist auch der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt.
- 4.5. Stellt die Vergabekammer im Nachprüfungsverfahren einen Verstoß des Auftraggebers im Sinne des § 135 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen fest, hat sie den Absatz 1 Nummer 4 bis 6 beachten.

(3) Für die sofortige Beschwerde sind für Vorhaben nach § 2 die vergaberechtlichen Vorschriften nach folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. § 171 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass es auf die Frist in ihrer Ausgestaltung nach Absatz 2 Nummer 2 ankommt.
2. Abweichend von § 172 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist die sofortige Beschwerde binnen einer Notfrist von einer Woche einzulegen.
3. Abweichend von § 173 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entfällt die aufschiebende Wirkung gegenüber der Entscheidung der Vergabekammer bereits eine Woche nach Ablauf der Beschwerdefrist und kann nur für bis zu sechs Wochen verlängert werden. Bei der Abwägung nach § 173 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind zusätzlich der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt.
4. Bei der Abwägung nach § 176 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind zusätzlich der Zweck des § 1 sowie das

besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt. Abweichend von § 176 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist die Vorabentscheidung über den Zuschlag längstens innerhalb von einer Woche nach Eingang des Antrags zu treffen und im Fall einer ausnahmsweisen Verlängerung der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt.

5. § 177 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist nicht anzuwenden.
6. Ergänzend zu § 175 Absatz 2 in Verbindung mit § 65 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen kann das Gericht im Ausnahmefall nach Lage der Akten entscheiden, insbesondere wenn dies der Beschleunigung dient und kein unmittelbarer Eindruck der Parteien oder direkter Austausch des tatsächlichen und rechtlichen Vortrags erforderlich ist. Die mündliche Verhandlung kann im Wege der Bild- und Tonübertragung nach § 128a der Zivilprozessordnung durchgeführt werden.
7. § 178 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Beschwerdeentscheidung innerhalb einer Frist von fünf Wochen ab Eingang der sofortigen Beschwerde zu treffen und zu begründen ist. Bei besonderen tatsächlichen oder rechtlichen Schwierigkeiten kann der Vorsitzende im Ausnahmefall die Frist durch Mitteilung an die Beteiligten einmalig um höchstens zwei Wochen verlängern. Abweichend von § 178 Satz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entscheidet das Gericht stets in der Sache selbst.

7-8. Für das Beschwerdegericht gilt Absatz 3 Nummer 5 entsprechend.

(4) Abweichend von § 55 Absatz 1 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung muss aufgrund der besonderen Umstände des Zweckes im Sinne des § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für Vorhaben nach § 2 unterhalb der Schwellenwerte des § 106 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen keine Öffentliche Ausschreibung, keine Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb und auch kein sonstiger Teilnahmewettbewerb vorausgehen. Abweichend von § 55 Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung ist bei öffentlichen Aufträgen im Sinne des Satz 1 auch nicht nach einheitlichen Beschaffungsrichtlinien zu verfahren.

(5) Bei Verfahren vor Gerichten der Zivil- oder Verwaltungsgerichtsbarkeit über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für Vorhaben nach § 2, für die ein Nachprüfungsverfahren nach Absatz 2 nicht statthaft ist, sind alle bestehenden Beschleunigungsmöglichkeiten des jeweiligen Prozessrechts zu nutzen und Interessenabwägungen, insbesondere beim vorläufigen Rechtsschutz, unter Berücksichtigung des Zweckes nach § 1 sowie des besonderen Interesses nach § 3 zu treffen. Dieser Absatz gilt nicht für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen.

§ 10 Weitere Verfahrensordnungen

(1) Ist für ein ~~Genehmigungsverfahren-Zulassungsverfahren~~ für ein Vorhaben nach § 2 eine ortsübliche oder öffentliche Bekanntmachung angeordnet und ist nach den dafür geltenden Vorschriften der Anschlag an einer Amtstafel oder die Auslegung zur Einsichtnahme vorgesehen, findet § 2 des Planungssicherungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Befristung auf Bekanntmachungen, deren Frist mit dem Ablauf des 31. Dezember 2022 endet, nicht stattfindet.

(2) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 die Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen vorgesehen, auf die nach den für die Auslegung geltenden Vorschriften nicht verzichtet werden kann, findet § 3 des Planungssicherungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Befristung auf Bekanntmachungen, deren Frist mit dem Ablauf des 31. Dezember 2022 endet, nicht stattfindet.

(3) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 die Durchführung eines Erörterungstermins oder einer mündlichen Verhandlung vorgesehen, findet § 5 des Planungssicherungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) mit der Maßgabe Anwendung, dass ersatzweise eine Online-Konsultation durchgeführt werden kann.

(4) Die §§ 2, 3 und 5 des Planungssicherungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) finden auch über den 31. Dezember 2022 hinaus Anwendung.

§ 11 Rechtsbehelfe

(1) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Zulassungsentscheidung für die Vorhaben nach § 2 haben keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs oder der Anfechtungsklage gegen eine Zulassungsentscheidung nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung der Zulassungsentscheidung gestellt und begründet werden. Darauf ist in der Rechtsbehelfsbelehrung hinzuweisen. § 58 der Verwaltungsgerichtsordnung gilt entsprechend.

(2) Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch die Zulassungsentscheidung Beschwerde einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

(3) Im Übrigen bleibt der bestehende Rechtsschutz ~~in Umweltangelegenheiten~~ durch dieses Gesetz unberührt.

(4) § 9 Absatz 2 und 3 bleiben unberührt.

§ 12 Zuständigkeit des BVerwG

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet im ersten und letzten Rechtszug über sämtliche Streitigkeiten Vorhaben nach § 2 betreffend. Vorhaben nach § 2. Satz 1 ist auch anzuwenden für auf diese Vorhaben und auf für deren Betrieb notwendige Anlagen bezogene Zulassungen des vorzeitigen Baubeginns und Anzeigeverfahren sowie für Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für Anlagen, die für den Betrieb dieser Vorhaben notwendig sind.

§ 13 Übergangsregelungen

Kommentiert [BAK12]: Anpassung aufgrund Rechtsförmlichkeit

(1) Die Regelungen dieses Gesetzes sind auch auf bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnene aber noch nicht abgeschlossene Zulassungsverfahren-Verfahren über Zulassungen für die Errichtung und die Inbetriebnahme von Anlagen für Flüssigerdgas sowie von Leitungen anzuwenden. Ein Verfahrensschritt, der bereits begonnen aber noch nicht abgeschlossen wurde, ist jedoch neu zu beginnen, wenn er nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt wird. Ein Verfahrensschritt nach Satz 2 muss nicht beendet werden, wenn er nach diesem Gesetz entfallen kann.

(2) Abweichend von Absatz 1, soll ein Verfahrensschritt, der bereits begonnen, aber noch nicht abgeschlossen wurde, nach den Vorschriften, die zum Zeitpunkt des Beginns des Zulassungsverfahrens galten, beendet werden, wenn der Verfahrensschritt hiernach schneller abgeschlossen werden kann. ~~Ein Verfahrensschritt, der bereits begonnen aber noch nicht abgeschlossen wurde, ist jedoch neu zu beginnen, wenn er nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt wird. Ein Verfahrensschritt nach Satz 2 muss nicht beendet werden, wenn er nach diesem Gesetz entfallen kann.~~

(3) Für Verfahrensschritte, bei denen von einer Regelung nach § 3 bis § 10... ~~[§ vor Übergangsvorschrift]~~ Gebrauch gemacht worden ist und die mit Ablauf des 31. Dezember 2025 noch nicht abgeschlossen sind, gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes bis zum Abschluss des jeweiligen Verfahrensschrittes weiter.

Kommentiert [BAK13]: Strittig – Leitungsvorbehalt BMWK - BMUV

(4) Fallen Verfahrensschritte nach diesem Gesetz weg, sind auch die entsprechenden Fehlerfolgenregelungen insoweit nicht anwendbar.

(5) ¹Die Regelungen des § 9 sind auch auf vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnene, aber noch nicht abgeschlossene Vergabe- und Nachprüfungsverfahren anzuwenden, die die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen von für Vorhaben nach § 2 zum Gegenstand haben; für § 9 Absatz 1 Nummer 1, 2, 7, 8 und 9 sowie Absatz 4 gilt dies nur soweit das Vergabeverfahren nach dem 24. Februar 2022 begonnen hat. ²Insbesondere sind § 9 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 sowie die Regelungen zum Rechtsschutz nach § 9 Absatz 2, 3 und 5 auch anzuwenden, wenn

bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes das Vergabeverfahren abgeschlossen oder der Vertrag geschlossen wurde. ³Die Fristen ~~nach des~~ § 9 Absatz 2 und 3 laufen bei bereits begonnenen Nachprüfungsverfahren frühestens ab Inkrafttreten dieses Gesetzes; soweit die bisher geltenden Fristen im Einzelfall früher ablaufen, sind diese weiter anzuwenden.

§ 14 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die §§ 1 bis ~~10~~ treten mit Ausnahme der [alle außer (§ 5 Absatz 2 § 11 und § 9 Abs. 2, 3 und 5), Gericht, Übergangsbestimmung,] treten mit dem Ablauf des 31. Dezember 2025 außer Kraft. ~~Im Übrigen tritt das Gesetz mit Ausnahme des § 13 [Rechtsschutz (einschließlich § 9 Abs. 2, 3 und 5) und Gericht] tritt~~ mit Ablauf des 30. Juni 2030 außer Kraft.

Kommentiert [BAK14]: Strittig – Leitungsvorbehalt
BMWK - BMUV

Kommentiert [BAK15]: Strittig – Leitungsvorbehalt
BMWK - BMUV

Begründung:**Zu § 1**

Mit dem am 24. Februar 2022 erfolgten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die energie- und sicherheitspolitische Bewertung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen unvorhergesehen kurzfristig und fundamental geändert. U.a. ist eine Unterbrechung bisher für die Energieversorgung zentraler russischer Erdgaslieferungen an Deutschland (aktuell 40% der nationalen Gasversorgung, bei einem Gesamtverbrauch von rund 1.000 TWh oder 96 Mrd. m³ pro Jahr) nicht mehr ausgeschlossen, sei es aufgrund russischer Entscheidungen, aufgrund von EU-Sanktionen oder aufgrund der erforderlichen Aktualisierung energie- und sicherheitspolitischer Bewertungen. Durch den Krieg und seine Folgen ist eine unvorhersehbare, außergewöhnliche und volatile Lage am Gasmarkt entstanden.

Aufgrund des unvorhersehbaren Angriffskrieges und seiner auch energie- und sicherheitspolitischen Folgen im Zusammenspiel mit der bislang bestehenden Import-Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen ist der schnellstmögliche Aufbau einer unabhängigeren deutschen Gasversorgung äußerst dringlich und zwingend erforderlich.

Wegen der geringen Substituierbarkeit von Gas durch andere Energieträger muss zur Sicherstellung der Versorgung zwingend Gas aus anderen Quellen beschafft werden. Eine der wenigen Möglichkeiten Deutschlands, auf dem Weltmarkt kurzfristig an zusätzliche Gasmengen zu gelangen, ist der Einkauf von verflüssigtem Erdgas (LNG). Um das LNG in Deutschland anlanden, umwandeln und verwenden zu können, ist der umgehende Ausbau der LNG-Importinfrastruktur [Floating Storage and Regasification Units (FSRU's), landgebundene LNG-Terminals und LNG-Anbindungsleitungen] unverzichtbar.

Die Versorgung mit Erdgas war bereits im Winter 2021/2022 durch einen geringen Speicherfüllstand gekennzeichnet. Zwar reichen die Erdgasimporte aus Norwegen, den Niederlanden und LNG-Importe (insb. USA; QAT anlaufend) in Verbindung mit den gegenwärtig vorhandenen rd. 64 TWh (Stand: 05.04.2022) in den Speichern zur Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher grundsätzlich in den nächsten Monaten wegen des fehlenden Heizbedarfs im Sommer aus. Wenn die russischen Gaslieferungen aber ausfallen sollten, was in der gegenwärtigen Konfliktlage jederzeit möglich ist, würde eine hinreichende Befüllung der Speicher im Sommer in Vorbereitung auf den nächsten Winter unmöglich; u.a. die Erfüllung der mit dem Gasspeichergesetz und der geplanten EU-Regulierung gesetzten Füllstandsvorgaben stünde in Gefahr. Eine solche Gasmangellage muss mit allen Kräften vermieden werden. Im Ergebnis könnte die staatliche Daseinsvorsorge- und die Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland dann nicht mehr gewährleistet werden. Folge wären auch hohe, in ihren Auswirkungen nur schwer abschätzbare wirtschaftliche Schäden, auch in Branchen, die zur kritischen Infrastruktur gehören (z.B. Pharma- oder Lebensmittelproduktion).

Dort wäre mit Produktionsausfällen und damit einhergehender Unterversorgung der Bevölkerung zu rechnen. Es liegt somit bei den Vorhaben nach § 2 neben den äußerst dringlichen Gründen auch eine Gefährdung überragender öffentlicher Interessen vor (vgl. auch Begründung zu § 3).

Um die Möglichkeit für zusätzliche LNG-Importe zu schaffen, muss schnellstmöglich die Möglichkeit geschaffen werden, LNG auch in Deutschland zu regasifizieren und damit auf Ebene der Infrastruktur die Voraussetzung für den Bezug größerer LNG-Mengen zu ermöglichen. Die Kapazität der bisher vorhandenen, für Deutschland nur teilweise nutzbaren europäischen LNG-Terminals kann – selbst bei einhundert prozentiger Auslastung – den Ausfall der russischen Lieferungen für Europa nur zu einem sehr geringen Teil decken. Gleichzeitig sind mit dem Ausfall der russischen Pipeline- und LNG-Lieferungen massive Preissteigerungen für Erdgas auf dem europäischen und internationalen Markt zu erwarten.

Ohne die schnellstmögliche Errichtung der entsprechenden LNG-Infrastruktur ist eine Substituierung des russischen Gases in dem zur Abwendung schwerster wirtschaftlicher Schäden zwingend erforderlichen Umfang auf absehbare Zeit nicht möglich. Bei einer vollständigen Einstellung der Erdgaslieferungen aus Russland reichen insbesondere auch die auf dem Weltmarkt verfügbaren FSRUs nicht aus, um den Ausfall in den kommenden Jahren gänzlich zu kompensieren.

Daher bedarf es neben der Genehmigung von schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRU), die kurzfristig angemietet und in Betrieb genommen werden können, auch der schnellstmöglichen Errichtung und Inbetriebnahme landgebundener LNG-Terminals. Für feste und schwimmende LNG-Anlagen müssen auch die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Anlagen müssen insbesondere an das Erdgasleitungsnetz angeschlossen und zum Teil Hafenanlagen angepasst werden.

Wegen der derzeit bestehenden Ausnahmesituation, die eine schnelle und verlässliche Sicherung der Energieversorgung durch LNG erfordert, wird den Genehmigungsbehörden vorübergehend ermöglicht, von bestimmten Verfahrensanforderungen, insbesondere im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung, abzusehen. Daneben wird Auftraggebern ermöglicht, vorübergehend vergaberechtliche Erleichterungen zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen anzuwenden. Ziel des Gesetzes ist es, alle Zulassungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich schneller zu durchlaufen, als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist, und so zu zügigen Genehmigungen und Einbindung von LNG in den deutschen Markt zu gelangen. Um die schnellstmögliche Umsetzung effektiv zu gewährleisten, ist parallel auch der entsprechende Rechtsschutz jeweils zu beschleunigen. Diese Anpassungen sind ein äußerst wichtiger Beitrag für die Versorgungssicherheit in Deutschland und aufgrund der dadurch entstehenden Unabhängigkeit von Russland auch für die Sicherheit in Europa.

Die landgebundenen LNG-Terminals und die für die Anbindung der LNG Anlagen erforderlichen Erdgasleitungen sollen zudem kurz- und mittelfristig auf Wasserstoff

umgestellt werden. Es handelt sich damit gleichzeitig um Investitionen für den heimischen Wasserstoffmarkt und einen Beitrag für den Klimaschutz.

Kommentiert [BAK16]: Anpassung entsprechend BMWK-Vorschlag zur Befristung von LNG-Anlagen nach § 5

Zu § 2

Aktuell ändern sich in Deutschland die Grundlagen der Energieversorgung erheblich. Die zügige Realisierung von LNG-Vorhaben in den Küstenregionen liefert einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zur Erreichung der in § 1 genannten Zwecke. Es gilt im Interesse einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland die Voraussetzungen für einen schnellstmöglich zu realisierenden Ausbau der LNG-Infrastruktur in den Küstenregionen zu schaffen und damit einen Beitrag zur Bewältigung der Krisensituation zu leisten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt den sachlichen Anwendungsbereich des Gesetzes.

Dieser umfasst sowohl die stationären schwimmenden Anlagen (Nummer 1) und die stationären landgebundenen Anlagen (Nummer 2) als auch den gesamten Leitungsausbau samt weiterer (Teil-) Anlagen, sofern sie nicht bereits unter die Nummern 1 und 2 fallen (Nummer 3) sowie die hierfür erforderlichen Gewässerbauten und Gewässerbenutzungen (Nummer 4).

Zu Nr. 1:

Erfasst werden stationäre schwimmende Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas, auch bezeichnet als „Floating Storage and Regasification Units“ (FSRU's). Kern der schwimmenden Anlage ist ein spezielles Schiff, welches die Anlandung, Entladung, Speicherung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas (LNG) ermöglicht. Flüssiges Erdgas wird dabei von einem LNG-Tanker in eine schwimmende Anlage umgeladen und durch Erhitzung erneut in einen gasförmigen Zustand umgewandelt. Für die Erwärmung des verflüssigten Erdgases (LNG) wird regelmäßig Seewasser als Grundlage genutzt. Das wiederverdampfte Gas wird dann aus der schwimmenden Anlage über eine kurze Verbindungsleitung in die Hafenanlagen gepumpt und von dort ins Gasfernleitungsnetz eingespeist.

Zu Nr. 2:

Erfasst werden stationäre landgebundenen Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas. Der Anlagenbegriff erfasst dabei insbesondere sog. ortsfeste LNG-Terminals, welche zur Entladung von LNG-Tankern, Regasifizierung und Einspeisung des Erdgases in das Gasnetz dienen und/oder die Einlagerung des verflüssigten Erdgases bzw. den Weitertransport ermöglichen.

Zu Nr. 3

Bestandteil der Nummer 3 sind u.a. die Anbindungsleitungen von LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 des Energiewirtschaftsgesetzes. Eine spätere Umstellung der neuen Leitungen auf eine Wasserstofftauglichkeit (sog. Wasserstoff-Readiness) ermöglicht bereits das geltende Recht, vgl. § 43I Absatz 8 des Energiewirtschaftsgesetzes.

Enthalten sind zudem die für den Betrieb von Anbindungsleitungen von LNG-Anlagen notwendigen Anlagen, welche auf Antrag des Vorhabenträgers in das Zulassungsverfahren integriert werden können.

Zu Nr. 4

Erfasst werden Gewässerausbauten und Gewässerbenutzungen, die für Errichtung und Betrieb der Anlagen nach Nummer 1 oder 2 erforderlich sind. Dies kann etwa das Schaffen oder Vergrößern von Zufahrten für LNG-Tankschiffe mittels Vertiefungen umfassen oder aber die Nutzung von Seewasser zur Wiederverdampfung des verflüssigten Erdgases.

Zu Absatz 2

Der Absatz verweist auf einzelne Vorhaben in der Anlage.

Die in der Anlage erfassten Vorhaben-Standorte sind erscheinen für die Erfüllung des Gesetzeszwecks von herausragender BedeutungEignung. Nur aAn diesen Standorten kann davon ausgegangen werden, dass durch LNG-Vorhaben ein zügiger und quantitativ wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Versorgung Deutschlands mit LNG aufgrund der dortigen Bedingungen geleistet werden kann. Die Standorte se verfügen sämtlich über die erforderlichen geografischen und nautischen Bedingungen, um die LNG-Vorhaben grundsätzlich realisieren zu können bzw. zügig die entsprechenden Voraussetzungen schaffen zu können. Zudem erlauben die Vorhaben einen quantitativ erheblichen Beitrag zur Gasversorgung Deutschlands aufgrund der bestehenden bzw. zügig zu realisierenden Einfuhr-, Entladungs-, Lagerungs- und Wiederverdampfungsmöglichkeiten.

Kommentiert [LASDK17]: Anpassung der Begründung, wie von BMUV vorgeschlagen, um den Einzelfall deutlich zu machen

Ob und wie ein Vorhaben beantragt, genehmigt und realisiert wird und ob im konkreten Fall die Verfahrenserleichterungen, die in diesem Gesetz vorgesehen sind, zur Anwendung kommen, realisiert wird, wird erst in den Planungs- und Zulassungsverfahren entschieden. Die Anlage enthält keine verbindlichen Festlegungen über die Ausführung eines Vorhabens oder den konkreten Verlauf der Leitungen.

Vorhaben außerhalb des Anwendungsbereichs dieses Gesetzes können weiterhin realisiert werden und unterliegen den allgemeinen planungsrechtlichen Kriterien und Regelverfahren.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass dieses Gesetz auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für die Vorhaben nach Absatz 1 und 2 gilt. Für sie ist insbesondere – aber nicht nur – § 9 zu beachten.

Zu § 3

Die Anlage enthält abschließend die insgesamt ~~x~~ Gesamtvorhaben, für die die Regelungen dieses Gesetzes gelten. Diese Vorhaben können der Gewährleistung der Versorgungssicherheit in besonderem Maße dienen. Den Häfen in Norddeutschland kommt eine Schlüsselfunktion zu. Es bedarf eines Ausbaus der gesamten LNG-Infrastruktur, damit das verflüssigte Gas nach Deutschland geliefert werden kann und in das Fernleitungsnetz eingespeist werden kann. Derzeit steht der Bau von LNG-Terminals an den in der Anlage genannten Standorten in der Diskussion. Für diese Standorte schafft das Gesetz eine gesetzliche Planrechtfertigung und ein beschleunigtes Zulassungs- und Vergabeverfahren. Bei den in der Anlage erfassten Vorhaben handelt sich um Vorhaben von überregionaler Bedeutung. Sie gehen nach Bedeutung und Auswirkung über das Gebiet eines Landes hinaus. Die räumliche Verteilung der erfassten Infrastrukturen dient dazu, die Realisierung im gesamtstaatlichen Interesse zu steuern und so zur Verwirklichung der politischen Ziele der Gewährleistung der Versorgungssicherheit und der Schaffung einer zukunftsorientierten diversifizierten Gasversorgung beizutragen. Es besteht zudem eine besondere Dringlichkeit der Realisierung von einzelnen Vorhaben in der Küstenregion, die eine Aufnahme in die Anlage rechtfertigen. Der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland und damit zusammenhängend die Realisierung der Vorhaben sind von grundsätzlicher Bedeutung. Sie bedürfen aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses einer schnellstmöglichen Umsetzung.

Mit der Aufnahme in der Anlage werden für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der Bedarf zur schnellstmöglichen Gewährleistung der Versorgung der Allgemeinheit mit Gas festgestellt. Damit liegt die Planrechtfertigung vor. Eine Verpflichtung zur Realisierung der Vorhaben entsteht durch die Aufnahme in die Anlage nicht. Es handelt sich lediglich um eine Verfahrenserleichterung. ~~Durch die gesetzliche Bedarfsfeststellung bedarf es im weiteren Planungs- und Zulassungsverfahren in rechtlicher Hinsicht weder einer erneuten Darlegung von Seiten des Vorhabenträgers, noch der Prüfung von Seiten der Behörden.~~

Die Energieversorgung im Allgemeinen und die Sicherstellung einer auch ökologisch nachhaltigen Energieversorgung dienen dem grundlegenden Gemeinwohlzweck. Daher wird mit Satz 4 für die dem Anwendungsbereich dieses Gesetzes unterfallenden Vorhaben ein überragendes öffentliches Interesse festgestellt. Die Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unerlässlich für die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz (BVerfG Urt. v. 17.12.2013 – 1 BvR 3139/08, 1 BvR 3386/08 – BVerfGE 134, 242 ff. – Garzweiler II). Für die in der Anlage erfassten Vorhaben spricht daher ein überragender öffentlicher Zweck. Das normierte überragende öffentliche Interesse geht mit hohem Gewicht in sämtliche Abwägungsentscheidungen ein. Die legislative Grundentscheidung wirkt auf alle Entscheidungen, z.B. auch und insbesondere bei vorläufigen und endgültigen Entscheidungen in Vergabenaachprüfungsverfahren (vgl. im Einzelnen in § 9 Absatz 2 und 3), sowie bei Duldungsverfügungen oder Entscheidungen über einen vorzeitigen Baubeginn. Insoweit besteht gleichfalls ein

öffentliches Interesse im Sinne von § 69 Absatz 2 WHG in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Nummer 2 WHG an dem vorzeitigen Beginn, da die frühzeitige Realisierung der Gewässerbenutzung aus Gründen des allgemeinen Wohls zu befürworten ist.

Zudem sind die Vorhaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Für ggf. notwendige naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen nach § 34 Absatz 4 bzw. § 45 Abs. 7 Satz 1 Nummer 4 des Bundesnaturschutzgesetzes kommt die öffentliche Sicherheit als einer der aufgezählten Gründe in Betracht. Die Feststellung, dass die Vorhaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind, dient ebenfalls einer zügigen Projektrealisierung.

Zu § 4

Zu Absatz 1

Mit § 4 wird Art. 2 Absatz 4 der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Richtlinie) für die Sondersituation zur Abwendung einer drohenden Gasmangellage in DEU aufgrund der Bedrohungslage durch RUS in das nationale Recht umgesetzt. Absatz 1 sieht vor, dass die zuständige Behörde bei Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 nicht anwenden, wenn die bei der Prüfung der Zulassung für das konkrete Vorhaben zu der Einschätzung kommt, dass eine beschleunigte Zulassung einen relevanten wesentlichen Beitrag leisten kann, die drohende Krise der Gasversorgung in DEU zu bewältigen oder abzuwenden. Von einem relevanten wesentlichen Beitrag ist regelmäßig auszugehen, wenn über die konkrete Anlage mehr als nur geringfügig LNG eingespeist werden kann und soll und die Gasmangellage weiterhin vorliegt oder weiter droht, wofür eine Gaswarnstufe nach EU-VO XXX [hier die alte Formulierung nehmen?] ein Indiz ist, und sie nicht zwischenzeitlich durch andere neu hinzugekommene sichere Bezugsquellen dauerhaft weggefallen ist. Die Entscheidung von der Ausnahme Gebrauch zu machen, obliegt insofern der zuständigen Behörde im Einzelfall. Der europarechtlich zwingend vorgegebenen Anforderung aus der UVP-Richtlinie, auch im ausnahmsweisen Fall der Berufung auf Art. 2 Absatz 4 den Zielen der UVP-Richtlinie möglichst weitgehend zu entsprechen, wird Rechnung getragen insbesondere dadurch, dass die anderweitigen fachrechtlichen formellen und materiellen Anforderungen zum Schutze der Umwelt und damit auch der Schutzgüter der UVP-Richtlinie unberührt bleiben (s.u. zu § 4 Abs. 3) und zugleich ein unverzichtbarer Mindeststandard für die Öffentlichkeitsbeteiligung gewahrt bleibt (s.u. zu § 5 ff.). Im Übrigen sieht der § 4 die Information der EU-Kommission über die Geltendmachung der Ausnahme im Einzelfall vor; das vorgesehene Verfahren richtet sich hier eng an der von der EU-Kommission für diese Konstellationen vorgesehenen Vorgehensweise aus (s.u. § 4 Abs. 4 und Abs. 5 LNG-Gesetz, vgl. auch die Bekanntmachung der EU-Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union vom 14.11.2019, DOK 2019 / C 386 / 05 „Leitfaden zur Anwendung der Ausnahmen im Rahmen der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung“)

Kommentiert [GJ18]: Ggf. an das endgültige Wording bei § 4 Abs. 1 anpassen („wesentlich“?)

Kommentiert [GJ19]: s.o.

Kommentiert [GJ20]: Das ist hier gut gelöst in der Begründung. Ist m.E. besser, als das mit Macht noch oben in den Regelungsteil mit hineinzuzquetschen.

Kommentiert [GJ21]: Verweis prüfen, ggf. anpassen.

Kommentiert [GJ22]: Zitiervweise bitte rechtsförmlich nochmal prüfen.

Zu Absatz 2

Macht die zuständige Behörde nach Absatz 1 von der Ausnahme von den Pflichten des UVPG Gebrauch, so entfällt damit die Pflicht der antragstellenden Persons Antragstellers zur Erstellung eines Umweltberichts sowie die Pflicht der zuständigen Behörde die Öffentlichkeit entsprechend der Fristen nicht nur, soweit diese Vorgaben im UVPG geregelt sind, sondern auch, soweit sich solche Vorgaben unmittelbar aus anderen Gesetzen, etwa aus dem Fachrecht ergeben, wie in den Verfahrensvorschriften der 9. BImSchV.

Kommentiert [GJ23]: **CT 1** bitte nochmal prüfen. Notfalls den Hinweis einfach weglassen?

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass die weiteren Zulassungsvoraussetzungen unberührt bleiben, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nicht etwas anderes ergibt. Damit wird das Schutzniveau für Umwelt und Gesundheit gewahrt und auch sichergestellt, dass durch die Inanspruchnahme der Ausnahmemöglichkeit nach Art. 2 Abs. 4 UVP-Richtlinie die Ziele der Richtlinie – d.h. der Schutz der Rechtsgüter dieser Richtlinie – auch ohne die Durchführung einer formellen Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung Berücksichtigung finden.

Zu Absatz 4

Absatz 4 bestimmt, dass der Öffentlichkeit vor Erteilung der Zulassung bestimmte Informationen zugänglich zu machen sind. Hierzu gehören der Entwurf der Zulassungsentscheidung einschließlich der Begründung, zumindest die wesentlichen Antragsunterlagen, einschließlich der Unterlagen, mit denen die wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt dargestellt werden, sowie die Gründe gem. § 4 Abs. 1 für die Gewährung der Ausnahme von den Anforderungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Behörde

Mit dieser Regelung soll entsprechend den europarechtlichen Anforderungen ein Mindestmaß an Transparenz auch in der Ausnahmekonstellation sichergestellt werden, die einen Verzicht auf Vorgaben der UVP-Richtlinie erlaubt.

Die Vorgaben zur Zugänglichmachung gelten nur für die abschließenden Zulassungstatbestände, nicht vorläufige Entscheidungen über vorläufige Maßnahmen wie etwa einen vorzeitigen Baubeginn oder eine vorzeitige Besitzeinweisung.

Zu Absatz 5

Die UVP-Richtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten die Europäische Kommission vor Erteilung der Genehmigung über die Gründe für die Gewährung dieser Ausnahme unterrichten und ihr die Informationen übermitteln, die sie gegebenenfalls ihren eigenen Staatsangehörigen zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund sieht Absatz 5 vor, dass die zuständige Behörde das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium über das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatz 1 für ein Zulassungsverfahren unterrichtet und ihm die Informationen, die es nach Absatz 4 der Öffentlichkeit zugänglich macht, übermittelt. Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium unterrichtet dann die Europäische Kommission und übermittelt ihr die Informationen nach Satz 1. Die

Unterrichtung und Übermittlung der Informationen durch die zuständige Behörde hat mindestens vier Tage vor der Zulassungsentscheidung zu erfolgen. Insoweit dient auch diese Regelung der Verfahrensbeschleunigung. Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium nimmt dabei keine inhaltliche Prüfung der Behördenentscheidung vor, sondern unterrichtet die Europäischen Kommission lediglich über die Entscheidung zur Gewährung der Ausnahme durch die zuständige Behörde.

Kommentiert [GJ24]: Klarstellungen...

Zu § 5

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält Maßgaben, soweit bei der Zulassung von unter dieses Gesetz fallenden Anlagen Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) heranzuziehen sind.

Zu Nummer 1

Die in § 10 Absatz 3 Satz 2 BImSchG vorgesehene Auslegungsfrist von einem Monat wird auf eine Woche verkürzt.

Zu Nummer 2

Die in § 10 Absatz 3 Satz 4 BImSchG vorgesehenen Einwendungsfristen von zwei Wochen beziehungsweise – bei Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie – einem Monat werden auf eine Woche verkürzt.

Zu Nummer 3

Nach § 10 Absatz 6 BImSchG steht die Durchführung eines Erörterungstermins im Ermessen der Genehmigungsbehörde.

Mit dem Ziel einer Befriedung oder einer verstärkten Erläuterung kann die Genehmigungsbehörde einen Erörterungstermin durchführen. Bei Vorhaben im Anwendungsbereich des Gesetzes kann wegen der hohen Eilbedürftigkeit der Realisierung auch auf den Erörterungstermin verzichtet werden.

Auch eine physisch stattfindende Veranstaltung mit der Möglichkeit der digitalen Zuschaltung einzelner Personen oder Gruppen, eine sogenannte „hybride“ Veranstaltung, kann den Zweck des Erörterungstermins erfüllen.

Begründung zu Nr. 4:

Das Bundesklimaschutzgesetz normiert das Ziel der Emissionsminderung bis 2040 um mind. 88 % . Bis 2045 soll Treibhausgasneutralität erreicht werden. Aufgrund nicht vermeidbarer Emissionen in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft ist es erforderlich, bis 2040 keine emissionsbehaftete Energiewandlung zur Strom- oder Wärmeproduktion in nennenswerten Umfang zuzulassen. Daher ist eine (nahezu) vollständige Dekarbonisierung der Energiewandlung bis 2040 erforderlich. Erdgas wird als Energieträger zu diesem Zeitpunkt (nahezu) vollständig ersetzt sein. Um den Betreibern von Anlagen nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2 bereits heute eine sichere

Planungsgrundlage zu bieten und um den Umstieg auf die Einfuhr von grünem Wasserstoff anzureizen, sieht Nummer 4 die Befristung der Genehmigung für einen Betrieb mit LNG bis Ende 2040 vor. Mit diesen Regelungen wird der zur Erreichung der Klimaschutzziele notwendige Umbau der Anlagen im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2 hin zu grünem Wasserstoff rechtlich verankert. Denn bereits heute ist absehbar, dass das Wasserstoffgeschäft stark aufwächst und voraussichtlich bereits in 2030 von einem H₂-Import im Umfang von rd. 50 TWh ausgegangen werden kann (Untersuchungen DENA, Stiftung Klima und ARIADNE).

Kommentiert [LASDK25]: Fundstellen werden nachgereicht

Satz 2 normiert eine Genehmigungsvoraussetzung und stellt klar, dass ein Weiterbetrieb der Anlagen nach § 2 Absatz 1 Nrn 1 und 2. des LNG-G ausgeschlossen ist.

Begründung zu Nr. 5:

Nummer 5 regelt eine materielle Pflicht zur Erteilung einer Nebenbestimmung. Nach Satz 1 ist bereits vor 2040 mit dem Umbau, hin zu einer Nutzung der Anlage mit grünem Wasserstoff zu beginnen. Dabei wird es der Entscheidung der Behörde überlassen, zu welchem konkreten Zeitpunkt der Umbau erfolgen soll. Nach Satz 2 muss der Antragsteller eine Änderungsgenehmigung für den Betrieb mit grünem Wasserstoff bereits bis 2035 beantragen, die tatsächliche Umstellung kann aber zu einem späteren Zeitpunkt bis 2040 erfolgen. Mit der Regelung wird sichergestellt, dass der erforderliche Umbau der Import-Infrastruktur rechtzeitig, spätestens jedoch bis zum Ende des Jahres 2040 erfolgt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 verweist für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 4 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV) auf die Maßgaben des Absatzes 1.

Zu § 6

Im Rahmen des Verfahrens zur Zulassung von Anlagen nach § 2 kann – nach Maßgabe des Fachrechts – die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung der §§ 13 ff. des Bundesnaturschutzgesetzes zu prüfen sein. Diese sieht vor, dass erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu vermeiden und – soweit unvermeidbar – zu kompensieren sind. Zur Kompensation werden in § 6 konkretisierende Regelungen getroffen.

Die Übrigen Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes, insbesondere § 18, bleiben unberührt.

Zu Nummer 1

Es wird geregelt, unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Maßgaben die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne der Eingriffsregelung von der Zulassungsentscheidung über ein Vorhaben im Sinne von § 2 zeitlich entkoppelt werden kann. Diese Entkopplung umfasst auch ein etwaiges Benehmen mit den zuständigen Naturschutzbehörden. Ein Benehmen ist daher erst im Zeitpunkt der Festsetzung herzustellen.

Der Zulassungsbehörde wird die Möglichkeit eingeräumt, die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne des § 15 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes von der Zulassung eines Vorhabens im Sinne des § 2 zeitlich zu entkoppeln. So kann die Festsetzung der Maßnahmen bis zu zwei Jahre nach der Erteilung der Zulassungsentscheidung erfolgen. Eine zeitliche Entkopplung ist in Konstellationen sinnvoll, in denen die Dringlichkeit zur Erteilung einer Zulassung besteht und das Zulassungsverfahren nicht durch die Konzipierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die behördliche Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen verzögert werden soll.

Absatz 1 **Nummer 1** Satz 2 stellt klar, dass die erforderlichen Angaben im Sinne des § 17 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes – insbesondere solche zum Ausgleich und Ersatz des Eingriffs – vom Vorhabenträger nicht bereits bei der Zulassungsentscheidung über das Vorhaben, sondern erst nachträglich vor der Entscheidung über die nachträgliche Festsetzung zu machen sind.

Durch Absatz 1 **Nummer 1** Satz 3 wird klargestellt, dass § 15 Absatz 4 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes, der die Festsetzung des Unterhaltungszeitraums von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Zulassungsbescheid vorsieht, entsprechend anzuwenden ist. Dies bedeutet, dass bei einer nachträglichen Festsetzung im Sinne des Absatzes 1 **Nummer 1** Satz 1 auch der Unterhaltungszeitraum erst mit dieser Entscheidung festgesetzt wird.

Zu Nummer 2

Es wird zudem der Zeitraum der Umsetzung von festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen flexibilisiert. Demnach steht dem Vorhabenträger nach der – gegebenenfalls nachträglich im Sinne des Absatz 1 erfolgten – Festsetzung ein Zeitraum von weiteren drei Jahren zur Verfügung um mit der Umsetzung der Maßnahmen zu beginnen.

Zu Nummer 3

Es wird klargestellt, dass der § 18 des Bundesnaturschutzgesetzes, der das Verhältnis der Eingriffsregelung zum Baurecht regelt, auch in den Verfahren zur Zulassung von Vorhaben nach § 2 zu berücksichtigen ist. Die Eingriffsregelung ist demnach nur nach den entsprechenden Maßgaben anzuwenden.

Zu § 7

Hinsichtlich der Begründung zu den Nummern 1 bis 3 wird auf die Begründung zu § 5 Nummern **1 bis 3** verwiesen. Die Gründe für die Vereinfachungen des Verfahrens gelten entsprechend.

Kommentiert [BAK26]: BMJ

Die Fristverkürzung von derzeit 1 Monat auf 1 Woche erscheint fraglich. Der Begründung ist nicht zu entnehmen wie diese Verkürzung gerechtfertigt wird und inwiefern etwaige EU-Vorgaben damit gewahrt werden. Der Verweis auf die Begründung zu § 5 genügt nicht, da der Erörterungstermin im BImSchG bereits fakultativ ist.

To Do BMWK:

Begründung entsprechend ergänzen

Nach Nr. 4 wird durch eine Regelvermutung im Sinne der Verfahrensbeschleunigung klargestellt, dass durch die Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zum Zwecke der Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas keine schädlichen, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbaren oder nicht ausgleichbaren Gewässerveränderungen im Sinne des § 12 Absatz 1 Nummer 1 WHG zu erwarten sind. Bei der Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zu den genannten Zwecken muss insbesondere sichergestellt werden, dass Kühlwasser frei von Schadstoffenorganismen (insbesondere Bakterien und Legionellen) bleibt. Zu diesem Zwecke muss durch Auflagen zugunsten des betroffenen Gewässers zusätzlich sichergestellt werden, dass bei der Vermeidung des Entstehens von Schadorganismenstoffen auf den Einsatz von Bioziden verzichtet wird und diese durch entsprechende biozidfreie Stoffe ersetzt werden. Darüber hinaus sind in den Nebenbestimmungen standortspezifisch Regelungen im Hinblick auf die Gewässertemperatur angezeigt.

Zu § 8

Der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland ist ein sehr wichtiges Anliegen und Voraussetzung für die Aufnahme von LNG in das nationale Leitungsnetz. Die Fernleitungsnetzbetreiber sind aufgrund der Gasnetz Zugangsverordnung verpflichtet, die erforderlichen Leitungen zwischen LNG-Anlagen und dem Fernleitungsnetz zu errichten und die LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz anzuschließen. Dies dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland.

Um den Beteiligten eine möglichst frühzeitige Rechts- und Planungssicherheit bei der Errichtung von LNG-Anschlussleitungen zu ermöglichen, bedarf es der Anpassung der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Maßgaben stellen sicher, dass die erforderlichen Anbindungsleitungen zeitnah realisiert werden können.

Zu Absatz 1

Zu Nr. 1

Die spezialgesetzlichen Vorschriften in den §§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes ändern die allgemeinen Regelungen über das Planfeststellungsverfahren im Verwaltungsverfahrensgesetz zum Zweck der Verfahrensstraffung und -beschleunigung teilweise ab. Der Ablauf des Planfeststellungsverfahrens ist im Wesentlichen § 73 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bzw. in den Verwaltungsverfahrensgesetzen der Länder festgeschrieben. Diese Vorschrift wird bereits durch § 43a des Energiewirtschaftsgesetzes modifiziert.

Zum Zwecke der weiteren Beschleunigung der Errichtung der LNG-Anbindungsleitungen nach § 43 Absatz 1 Nummer 6 EnWG bedarf es für die Fälle, in denen nach § 4 dieses Gesetzes eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen ist, einer weiteren Verfahrensbeschleunigung. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass es bei Anbindungsleitungen von

Kommentiert [BAK27]: BMJ
Die Fristverkürzung von derzeit 1 Monat auf 1 Woche erscheint fraglich. Der Begründung ist nicht zu entnehmen wie diese Verkürzung gerechtfertigt wird und inwiefern etwaige EU-Vorgaben damit gewahrt werden.
Der Verweis auf die Begründung zu § 5 genügt nicht, da der Erörterungstermin im BImSchG bereits fakultativ ist.

To Do BMWK:
Begründung entsprechend ergänzen

mehr als 800 mm Durchmesser und mehr als 40 km Länge in unmittelbarer Anwendung der Vorgaben der Aarhus Konvention zur Öffentlichkeitsbeteiligung stets einer Planfeststellung bedarf, die Erteilung einer Plangenehmigung nach § 74 Absatz 6 VwVfG ist nicht zulässig.

Im Einzelnen finden sich in Absatz 1 Nummer 1 Maßgaben zu der Vorschrift des § 43a EnWG zum Anhörungsverfahren für die Anbindungsleitungen.

Die verkürzte Auslegungs- und Einwendungsfrist dient der weiteren Verfahrensbeschleunigung. Den Vorgaben nach Artikel 6 in Verbindung mit Anhang I Nr. 14 der Aarhus Konvention zur Öffentlichkeitsbeteiligung wird damit auch nach Wegfall der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durch § 4 dieses Gesetzes Rechnung getragen. Die Auslegung erfolgt u.a. auf der Internetseite der Zulassungsbehörde, so dass die Unterlagen jederzeit – nicht nur zu begrenzten Öffnungszeiten – einsehbar sind.

Ein Erörterungstermin findet bislang in den Fällen des § 43a Nummer 3 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht statt. In der Regel ist ein Erörterungstermin auch wegen der nach § 4 nicht erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen. Soweit die zuständige Behörde einen Erörterungstermin im Übrigen für erforderlich erachtet, kann dieser auch als Videokonferenz durchgeführt werden.

Zu Nr. 2

Kampfmittelräumungen und archäologische Untersuchungen bzw. Bergungen stellen Vorarbeiten im Sinne des § 44 des Energiewirtschaftsgesetzes dar. Dies kann zu einer deutlichen Beschleunigung der Realisierung der Vorhaben führen. Gerade archäologische Bergungen und Kampfmittelbergungen können sich über einen längeren Zeitraum erstrecken oder nur zu bestimmten Jahreszeiten durchgeführt werden. In der Praxis ist oftmals eine archäologische Bergung unmittelbar im Anschluss an die Voruntersuchung erforderlich, um beispielsweise Raubgrabungen oder witterungsbedingte Schäden zu vermeiden. Mit der Regelung wird sichergestellt, dass entsprechende Arbeiten bereits durchgeführt werden können, bevor der Planfeststellungsbeschluss oder die Plangenehmigung ergeht.

Zu Nr. 3

Abweichend von § 44b Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes kann der Vorhabenträger bereits nach Ablauf der Einwendungsfrist verlangen, dass eine vorzeitige Besitzeinweisung durchgeführt wird. Es ist nicht der Abschluss des Anhörungsverfahrens erforderlich. Es ist davon auszugehen, dass die Behörde auch zu einem früheren Zeitpunkt über ausreichende Kenntnisse über das Vorhaben verfügt, um eine Prognoseentscheidung zu treffen. Dies gewährleistet eine frühzeitige Klarheit über den weiteren Verfahrensgang und ermöglicht damit zugleich die zügige bauliche Umsetzung der hier relevanten Vorhaben nach Erlass des Planfeststellungsbeschlusses bzw. der Plangenehmigung.

Zu Nr. 4

Kommentiert [BAK28]: Aus grundrechtlicher Sicht wäre sicherzustellen, dass neben der Pflicht zur Wiederherstellung des früheren Zustands (§ 44 c Abs. 2 Satz 2 EnWG) auch eine Pflicht zur Entschädigung der nach dem Abweichungsrecht allgemein zulässigen irreversiblen Maßnahmen besteht. Da hier die „Voraussetzungen“ nach § 44c Abs. 1 Satz 2 EnWG, der bisher diese Entschädigungspflicht enthält, abbedungen werden, scheint dies h.E. so nicht gesichert.

Kommentiert [BAK29R28]: Ergänzen

Die Ausnahmeregelung zu § 44c des Energiewirtschaftsgesetzes schafft Voraussetzungen für den vorzeitigen Baubeginn von Anbindungsleitungen, die sich an den Vorgaben des § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes bzw. des § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes orientieren. § 8a BImSchG ist für die Vorhaben relevant, die eine immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erfordern. § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes regelt die Zulassung des vorzeitigen Beginns in wasserrechtlichen Erlaubnis- oder Bewilligungsverfahren. Die hier eingefügte Ausnahmeregelung ermöglicht eine Synchronisierung des Baus der Anlage mit der Errichtung des Netzanschlusses. Für beide gelten die gleichen Voraussetzungen für den vorzeitigen Baubeginn.

Bei den Anbindungsleitungen der LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz handelt es sich um Vorhaben, die aufgrund eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu realisieren sind. Es sind Vorhaben, die wesentlich zur Versorgungssicherheit in Deutschland beitragen. Mit Blick auf die zukünftige Ermöglichung des Transports von Wasserstoff werden die Anbindungsleitungen wasserstofffest ausgebaut. Für diese Vorhaben bedarf es einer Regelung zur Erleichterung des vorzeitigen Baubeginns.

Für die vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes erfassten Vorhaben sind – wie bei § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes und § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes – bestimmte Anforderungen einzuhalten. Es muss mit einer Entscheidung zu Gunsten des Antragstellers gerechnet werden können (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Energiewirtschaftsgesetzes). Die Behörde muss hierfür eine ausreichende Kenntnis des zu bewertenden Vorhabens haben. Das berechnete Interesse des Vorhabenträgers bzw. das öffentliche Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes) ist bereits aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses bzw. des Interesses der öffentlichen Sicherheit gegeben. Der Vorhabenträger verpflichtet sich, alle Schäden zu ersetzen, die bis zur Entscheidung im Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren durch die Maßnahmen verursacht worden sind, und sofern kein Planfeststellungsbeschluss oder keine Plangenehmigung erfolgt, den früheren Zustand wiederherzustellen (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Energiewirtschaftsgesetzes).

Die Voraussetzung des § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bzw. Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes kommen in diesem Ausnahmefall nicht zur Anwendung. Vielmehr gelten die gleichen Voraussetzungen wie für die Anlage, die dem Immissionsschutzrecht oder dem Wasserrecht unterfällt. Ziel ist es, eine Verfahrenserleichterung zu schaffen. Die Verfahrenserleichterung trägt dazu bei, dass die Fernleitungsnetzbetreiber ihre in § 15 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes gesetzlich festgeschriebene Aufgabe erfüllen können und zu einer sicheren Energieversorgung beitragen.

Ebenso kann in diesen Ausnahmefällen auf das Vorliegen der privaten Rechte verzichtet werden, so dass § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Energiewirtschaftsgesetzes für Vorhaben nach § 2 Nummer 3 nicht greift. Der

Planfeststellungsbeschluss bzw. die Planfeststellungsgenehmigung entfalten eine enteignungsrechtliche Vorwirkung. Spätestens dann liegen alle Voraussetzungen zur Erlangung der erforderlichen privaten Rechte vor.

Mit diesen Maßgaben wird die Möglichkeit geschaffen, bereits vorzeitig, d.h. vor Feststellung des Planfeststellungsbeschlusses mit Teilen der Errichtung eines Vorhabens bzw. mit den dazugehörigen Vorarbeiten im Sinne des § 44c EnWG zu beginnen. Zu den Vorarbeiten zählen z.B. auch naturschutzrechtliche Maßnahmen, insbesondere des europäischen Arten- und Gebietsschutzes (Maßnahmen zur Schadensbegrenzung, vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nach § 44 Absatz 5 BNatSchG sowie Maßnahmen zur Kohärenzsicherung nach § 34 Absatz 5 BNatSchG), vgl. bereits BR-Drucksache 11/19, S. 70.

Zu Absatz 2

Absatz 2 dient der Klarstellung, dass durch die Einfügung von beschleunigenden Verfahrenserleichterungen nicht die allgemeinen Vorschriften des Verwaltungsverfahrenrechts wieder aufleben.

Zu § 9

Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 können dem Vergaberecht gemäß dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bzw. dem Haushaltsrecht unterliegen, so dass für sie grundsätzlich Ausschreibungsverfahren mit unter anderem entsprechenden Mindestfristen zur Auswahl der zu beauftragenden Unternehmen durchzuführen wären. Die dem Vertragsschluss vorausgehenden Vergabe- und ggf. Nachprüfungsverfahren können die äußerst dringlichen, schnellstmöglich durchzuführenden Vorhaben nach § 2 jedoch nicht unerheblich verzögern und somit die nach § 1 und § 3 erforderliche schnellstmögliche Sicherstellung der überragenden öffentlichen Interessen an der Versorgung mit Gas erheblich verzögern oder gefährden. Für diese besonderen, durch den Anwendungsbereich des Gesetzes stark eingegrenzten, aufgrund der Zeitenwende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine aber für die nationale Unabhängigkeit und Sicherheit überragend wichtigen Vorhaben sollen daher vorübergehend erhebliche vergaberechtliche Verfahrenserleichterungen geschaffen werden, soweit dies europa- und verfassungsrechtlich zulässig ist.

Absätze 1 bis 3 regeln für Vorhaben nach § 2 während der Laufzeit gem. § 15 Erleichterungen und Ergänzungen zum GWB-Vergaberecht oberhalb der EU-Schwellenwerte.

Absatz 1 betrifft dabei die Durchführung der Vergabeverfahren selbst, einschließlich von Bestimmungen zur Informations- und Wartepflicht sowie zur Unwirksamkeit.

Absätze 2 und 3 treffen abweichende und ergänzende Regelungen für diesbezügliche Nachprüfungsverfahren gem. §§ 155 ff. GWB.

Absatz 4 suspendiert den Anwendungsbefehl für die detaillierten Regeln für die Durchführung von Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte.

Absatz 5 betrifft den Rechtsschutz für Beschaffungen von Vorhaben nach § 2, die nicht den speziellen vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren unterliegen.

Zu Absatz 1

Die §§ 97 ff. GWB sowie die aufgrund § 113 GWB erlassenen Vergabeordnungen gelten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen (§ 103 bis 105 GWB) durch Auftraggeber (§ 98 bis 101 GWB) oberhalb der EU-Schwellenwerte (§ 106 GWB), soweit keine Ausnahme vom Vergaberecht (§§ 107 ff. GWB u.a.) vorliegt. Nicht bei allen Vorhaben nach § 2 werden die §§ 97 ff. GWB anwendbar sein, insbesondere falls schon kein öffentlicher Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber Leistungen beschafft, keine Sektorentätigkeit (insbesondere im Bereich Gas oder Häfen) vorliegt, kein Beschaffungscharakter vorliegt, die Entgeltlichkeit fehlt oder im Einzelfall besondere Ausnahmen – etwa auch bei wesentlichen Sicherheitsinteressen (§ 107 Abs. 2 GWB) – greifen.

Soweit aber öffentliche Aufträge oder Konzessionen für Vorhaben nach § 2 den §§ 97 ff. GWB und den entsprechenden untergesetzlichen Anforderungen unterliegen, sind die besonderen Regeln der Absätze 1 bis 3 für die Vergabe- und Nachprüfungsverfahren anzuwenden. Für die Laufzeit des Gesetzes gehen diese bei Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 wegen äußerst dringlicher Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen den allgemeinen Regeln vor (siehe dazu insbesondere auch die Begründungen zu § 1 und § 3).

Angesichts des Zweckes des Gesetzes gemäß § 1 und dem besonderen Interesse gemäß § 3 sehen die Absätze 1 bis 3 für die Vergabe- und Nachprüfungsverfahren Beschleunigungen, Erleichterungen und eine Stärkung des Allgemeininteresses an einer schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 im Rahmen von Interessensabwägungen vor.

Absatz 1 trifft ergänzende und abweichende Regeln für die Durchführung von Vergabeverfahren. Er regelt dabei auch Abweichungen von § 135 Absatz 1 GWB hinsichtlich der Wirksamkeit von Verträgen.

Ziel der Regelungen des Absatzes 1 ist es, das Vergabeverfahren angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen rechtssicher zu beschleunigen und die schnellstmögliche, ggf. vorzeitige Durchführung der Beschaffungen bei gleichzeitig verringertem Risiko einer enorm verzögernd wirkenden potentiellen Rückabwicklung von Verträgen sicherzustellen.

Zu Nummer 1

Gemäß Nummer 1 findet § 97 Absatz 4 GWB keine Anwendung. Mittelständische Interessen müssen bei den eng umgrenzten Vorhaben nach § 2 für den Geltungszeitraum nach § 15 daher nicht vornehmlich berücksichtigt werden. Aufgrund der äußerst dringlichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 und der

Gefährdung überragender öffentlicher Interessen treten sie hinter dem Beschleunigungsinteresse zurück. Insbesondere müssen bei Vorhaben nach § 2 die Leistungen auch nicht in der Menge oder nach Art oder Fachgebiet in Lose aufgeteilt werden. Andernfalls käme es zu einer Vielzahl von Vergabeverfahren, die der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 entgegenstehen.

Durch die fehlende Anwendung des § 97 Absatz 4 GWB entfallen seine Vorgaben sowohl für Vergabeverfahren nach der Vergabeverordnung (VgV), der Sektorenverordnung (SektVO), der Konzessionsvergabeordnung (KonzVgV) und der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit (VSVgV). Für sie ist anders als für die VOB/A in Nummer 2 keine gesonderte Regelung zu treffen, da sie das Gebot des § 97 Absatz 4 GWB nicht wiederholen.

Zu Nummer 2

Die Begründung zu Nummer 1 gilt ebenso für die § 97 Absatz 4 GWB im Wesentlichen wiederholende Regelung in § 5 EU Absatz 2 Nummer 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A). Diese inhaltliche Regelung in der VOB/A wird durch Nummer 2 für die Vorhaben nach § 2 materiell abgedungen. Ohne Gebot der Losaufteilung entfällt im Übrigen auch das Begründungsgebot nach § 5 EU Absatz 2 Nummer 2 VOB/A.

Zu Nummer 3

Nummer 3 enthält eine ergänzende Regelung zur bereits bestehenden Ausnahme von der Informationspflicht in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist (§ 134 Absatz 3 Satz 1 GWB).

Zum einen wird klargestellt und ausdrücklich geregelt, dass damit nicht nur die Informationspflicht nach § 134 Absatz 1 GWB, sondern auch die Wartepflicht gemäß § 134 Absatz 2 GWB entfällt. Insbesondere wird aber der Anwendungsbereich für die eng umgrenzten Vorhaben nach § 2 für die Geltungsdauer des Gesetzes nach § 15 neben Fällen der besonderen Dringlichkeit auf (a.) alle Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb sowie (b.) auf alle Verfahren, in denen es nur noch einen Bieter und keine weiteren betroffenen Bewerber gibt, erweitert. Damit wird Gebrauch gemacht von der Möglichkeit des Artikel 2b Buchstabe a) und b) der Rechtmittelrichtlinie 89/665/EWG², Artikel 2b Buchstabe a) und b) der Sektorenrechtmittelrichtlinie 92/13/EWG³ und Artikel 58 Buchstabe a) und b) der

² Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 33), zuletzt geändert durch Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1).

³ Richtlinie 92/13/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Gemeinschaftsvorschriften über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. L 76 vom 23.3.1992, S. 14), zuletzt geändert durch Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 1).

Verteidigungs- und Sicherheitsvergaberichtlinie 2009/81/EG⁴). Diese sind auch für die Auslegung der Nummer 3 heranzuziehen (insbesondere hinsichtlich der betroffenen Bewerber).

Das Entfallen der Informations- und Wartepflicht in diesen Fällen dient angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben.

Die mit dem Entfallen einhergehende Möglichkeit von mehr zulässig erteilten Zuschlägen, die grundsätzlich nicht aufgehoben werden können (§ 168 Absatz 2 Satz 1 GWB), bevor andere interessierte Unternehmen von der Vergabe oder dem beabsichtigten Zuschlag erfahren, ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, denen mit diesem Gesetz begegnet wird, hinzunehmen. Andere Unternehmen können weiterhin grundsätzlich insbesondere Rechtsschutz über die Zulässigkeit der Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb bzw. ohne Informationsschreiben gemäß § 135 GWB nach Maßgabe von Nummer 4 bis 6 erlangen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 bis 6 regeln abweichend von der bisher alternativlosen Rechtsfolge der von Anfang an festzustellenden Unwirksamkeit des § 135 GWB entsprechend der Möglichkeiten der europäischen Rechtmittelrichtlinien alternative Sanktionsmöglichkeiten angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen. Dieses ausnahmsweise Abweichen von der rückwirkenden Unwirksamkeit und vollständigen Rückabwicklung ist angesichts der schnellstmöglichen dauerhaften Umsetzung der Vorhaben nach § 2 überragend wichtig. Eine Rückabwicklung würde die äußerst dringlichen Verfahren ansonsten konterkarieren und damit überragende öffentliche Interessen gefährden. Effektiver Rechtsschutz und abschreckende Wirkung werden durch die alternativen Sanktionen und die daneben unberührt bleibende Möglichkeit der Geltendmachung von Schadensersatz weiterhin gewährleistet, ohne die zwingend benötigte Beschleunigung einzuschränken.

Nummer 4 bis 6 befinden sich als Abweichung von § 135 GWB bei den Maßgaben zu den Vergabeverfahren in Absatz 1, da die Unwirksamkeitsfolge des § 135 Absatz 1 GWB im Kapitel Vergabeverfahren, Unterabschnitt 2 – Vergabeverfahren und Auftragsausführung des 4. Teils des GWB steht. Absatz 2 Nummer 5 und Absatz 3 Nummer 8 stellen über ihren Verweis auf Nummer 4 bis 6 klar, dass die Abweichung von der bisherigen zwingenden Unwirksamkeitsfolge für im Nachprüfungsverfahren festgestellte Verstöße im Sinne des § 135 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 vor allem in den Nachprüfungsverfahren nach Absatz 2 und Absatz 3 durch die Vergabekammern und Beschwerdegerichte zu beachten ist. Statt der automatischen Folge der

⁴ Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl. L 216 vom 20.8.2009, S. 76), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2021/1950 der Kommission vom 10. November 2021 zur Änderung der Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 19).

Unwirksamkeit bei Feststellung eines Verstoßes im Sinne des § 135 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 GWB haben die Nachprüfungsinstanzen gemäß Nummer 4 zum einen eine Abwägungsentscheidung über ein Absehen von der Unwirksamkeitsfolge zu treffen. In diesem Fall sowie bei der nun gemäß Nummer 5 für Vorhaben nach § 2 vorgesehenen Unwirksamkeitsfolge allein für die Zukunft haben sie in ihrer Entscheidung zwingend alternative Sanktionen nach Nummer 6 zu erlassen.

Nummer 4 Satz 1 setzt Artikel 2d Absatz 3 Unterabsatz 1 der Rechtsmittelrichtlinie 89/665/EWG, Artikel 2d Absatz 3 Unterabsatz 1 der Sektoren-Rechtsmittelrichtlinie 92/13/EWG und Artikel 60 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Verteidigungs- und Sicherheitsvergaberichtlinie 2009/81/EG um. Damit wird den Nachprüfungsinstanzen erstmals ein Ermessen gegeben, von der zwingenden Unwirksamkeitsfolge des § 135 Absatz 1 GWB abzusehen, indem sie eine Abwägungsentscheidung über die Unwirksamkeit oder alternative Sanktionen treffen können. In die Abwägung sind angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die zwingenden Gründe eines Allgemeininteresses für ein Absehen von der Unwirksamkeit bei Vorhaben nach § 2 angesichts des Zweckes von § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 einzubeziehen.

Satz 2 legt dazu fest, dass das besondere Interesse in der Regel ein Absehen von der Unwirksamkeitsfolge rechtfertigt. Für Vorhaben nach § 2 sollten daher angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen außer in besonderen Ausnahmefällen nicht allein die Unwirksamkeit des Vertrags in Frage kommen, sondern wegen ihrer Dringlichkeit und dem überwiegenden Interesse an ihrem Fortbestehen gemäß Satz 3 stattdessen alternative Sanktionen nach Nummer 6 festgelegt werden, die wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen.

Satz 4 stellt klar, dass daneben die Möglichkeit des Antragstellers, Schadensersatz geltend zu machen (vgl. §§ 156 Absatz 3, 179 Absatz 1 181 GWB, insbesondere § 181 Satz 2 GWB in Verbindung mit den Grundsätzen der *culpa in contrahendo*), unberührt bleibt. Die Kompensation des Antragstellers kann in solchen Fällen damit nicht wie allgemein häufig in einem möglichen neuen Vergabeverfahren bestehen, sondern in der Möglichkeit, beruhend auf der Nachprüfungsentscheidung Schadensersatz im Sekundärrechtsschutz geltend zu machen. Aufgrund europarechtlicher Vorgaben darf die Zuerkennung des Schadensersatzes nicht als alternative Sanktion vorgesehen werden (Artikel 2e Absatz 2 Unterabsatz 3 der Rechtsmittelrichtlinie 89/665/EWG, Artikel 2e Absatz 2 Unterabsatz 3 der Sektorenrechtsmittelrichtlinie 92/13/EWG, Artikel 61 Absatz 2 Unterabsatz 3 Verteidigungs- und Sicherheitsvergaberichtlinie 2009/81/EG). Er muss somit separat verfolgt und erklärt werden.

Zu Nummer 5

Selbst wenn eine Nachprüfungsinstanz die Unwirksamkeit eines Vertrages ausnahmsweise trotz der Abwägungsregeln nach Nummer 4 feststellt, regelt Nummer 5 Satz 1, dass die Unwirksamkeit abweichend von § 135 Absatz 1 GWB für

die Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen nur für die noch zu erfüllenden Verpflichtungen gilt. Dies setzt Artikel 2d Absatz 2 Unterabsatz 2 der Rechtsmittelrichtlinie 89/665/EWG, Artikel 2d Absatz 2 Unterabsatz 2 der Sektoren-Rechtsmittelrichtlinie 92/13/EWG und Artikel 60 Absatz 2 Satz 2 und 3 der Verteidigungs- und Sicherheitsvergaberichtlinie 2009/81/EG um.

Die Unwirksamkeit gilt damit nur für die Zukunft. Sie gilt nicht rückwirkend. Eine Rückabwicklung des Vertrages erfolgt somit nicht. Dies ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und dem überwiegenden Interesse an ihrem Fortbestand zur Verhinderung der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen von herausragender Bedeutung.

Satz 2 regelt, dass dann neben der Unwirksamkeitsfolge für die Zukunft auch alternative Sanktionen nach Nummer 6 festzulegen sind. Diese sind in Umsetzung der Richtlinienvorgaben ausdrücklich zusätzlich zur Feststellung der Unwirksamkeit zu treffen, da die Unwirksamkeit nach Nummer 5 nur noch die zukünftig zu erfüllenden Verpflichtungen betrifft.

Satz 3 stellt über den Verweis wie auch Nummer 4 Satz 4 klar, dass die Möglichkeit der Geltendmachung von Schadensersatz als Kompensation daneben unberührt bleibt.

Zu Nummer 6

Nummer 6 legt die alternativen Sanktionen, die angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen statt (Nummer 4) oder neben (Nummer 5) der gemäß Nummer 5 Satz 1 *ex nunc* wirkenden Unwirksamkeit im Falle von Verstößen im Sinne des § 135 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 anzuwenden sind, fest.

Satz 1 setzt Artikel 2e Absatz 2 Unterabsatz 1 und 2 der Rechtsmittelrichtlinie 89/665/EWG, Artikel 2e Absatz 2 Unterabsatz 1 und 2 der Sektoren-Rechtsmittelrichtlinie 92/13/EWG und Artikel 61 Absatz 2 Unterabsatz 1 und 2 der Verteidigungs- und Sicherheitsvergaberichtlinie 2009/81/EG um, nach denen alternative Sanktionen die „Verhängung von Geldbußen oder bzw. -strafen“ gegen den Auftraggeber oder die Verkürzung der Laufzeit des Vertrages umfassen. Den Nachprüfungsinstanzen wird hier ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt, damit sie alle relevanten Faktoren berücksichtigen können, einschließlich der Schwere des Verstoßes, des Verhaltens des Auftraggebers und ggf. dem Umfang, in dem der Vertrag seine Gültigkeit beibehält. Bei der Festlegung gilt aufgrund der europarechtlichen Bestimmungen, dass die alternativen Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen. Bei den relevanten Faktoren ist auch die äußerste Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und die Gefährdung überragender öffentlicher Interessen einzubeziehen. Zu beachten ist bei der Bewertung der Schwere des Verstoßes und des Verhaltens des Auftraggebers insbesondere auch, dass die Auftraggeber aufgrund der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen unter

erheblichem Zeit- und Handlungsdruck stehen und von teilweise eigens für diese Ausnahmesituation geschaffenen gesetzlichen Erleichterungen und Beschleunigungsmöglichkeiten Gebrauch machen.

Satz 2 beschränkt die Höhe einer möglichen Geldsanktion auf 15 Prozent des Auftragswertes. Dieses Maß bewegt sich innerhalb vergleichbarer Regelungen in anderen EU-Mitgliedstaaten. So gilt etwa in Österreich allgemein eine Grenze von 20 % bzw. – unterhalb der Schwellenwerte – 10 % des Auftragswertes (siehe § 356 Absatz 10 des Österreichischen Bundesvergabegesetzes). Für die Vorhaben nach § 2 eröffnet die Obergrenze von 15 % zugleich ausreichend Raum für die Festlegung einer Geldsanktion im Einzelfall, die wirksam, verhältnismäßig und abschreckend ist. Wird ein Vertrag für teilweise unwirksam erklärt, ist die Höchstgrenze von jenem Teil der Auftragssumme des Vertrages zu berechnen, der dem Teil des Vertrages entspricht, der nicht aufgehoben wurde.

Zu Nummer 7

Nummer 7 Satz 1 legt durch Gesetz fest, dass für Vorhaben nach § 2 angesichts der äußerst dringlichen Gründe für die schnellstmögliche Umsetzung der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die Tatbestandsvoraussetzungen für ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gemäß § 14 Absatz 4 Nummer 3 VgV (a.) hinsichtlich der äußerst dringlichen zwingenden Gründe sowie dem Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte, vorliegen, (b.) in der Regel die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und (c.) die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen sind.

Nummer 7 dreht das Regel-Ausnahme-Verhältnis für die Anwendung dieses Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb durch den Auftraggeber ausnahmsweise aufgrund der hier für die Realisierung der LNG-Infrastrukturvorhaben gemäß § 2 vorliegenden äußerst dringlichen, zwingenden Gründe aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse gesetzlich um. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 14 Absatz 4 Nummer 3 VgV, die Artikel 32 Absatz 2 Buchstabe c) der Vergaberichtlinie 2014/24/EU⁵ umsetzen, sind zwar grundsätzlich im Einzelfall anzuwenden und eng auszulegen. Aufgrund der äußerst dringlichen, zwingenden Umstände, die im Zweck gemäß § 1 und im besonderen Interesse nach § 3 für Vorhaben nach § 2 gesetzlich dargelegt sind, und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen ist es gerechtfertigt, dass der Gesetzgeber für die in § 2 festgelegten Vorhaben die Tatbestandsvoraussetzungen der Dringlichkeitsvergabe in wesentlichen Teilen verbindlich festlegt. Das Verhandlungsverfahren ohne

⁵ Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 094 vom 28.3.2014, S. 65), zuletzt geändert durch Delegierte Verordnung (EU) 2021/1952 der Kommission vom 10. November 2021 zur Änderung der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge sowie für Wettbewerbe (ABl. L 398 vom 11.11.2021, S. 23).

Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit wird damit für die meisten Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 im Geltungszeitraum nach § 15 zulässig sein.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die durch ihn ausgelösten Folgen und kurzfristigen Beschaffungsbedarfe waren und sind für die Beschaffungsstellen insgesamt und im Einzelnen unvorhersehbar. Der Krieg hat in ihrem Volumen und ihrer Art auch weiterhin unvorhersehbare Folgen ausgelöst, auf die Deutschland äußerst dringlich reagieren muss, um der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu begegnen. Angesichts der Natur und des Ausmaßes des russischen Angriffs sind äußerst dringliche Aufgaben der Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten entstanden, die insbesondere auch die wirtschaftliche und energiepolitische Unabhängigkeit Deutschlands von Russland umfassen.

Vergabeverfahren unter Einhaltung der Mindestfristen sind in diesen Fällen schon allgemein regelmäßig nicht möglich, ohne dass dies den Beschaffungsstellen zuzurechnen ist oder von ihnen vorherzusehen war. Insbesondere für die überragend wichtigen, schnellstmöglich zu errichtenden Vorhaben nach § 2 sind solche Verzögerungen aber nicht hinnehmbar, da sie die Unabhängigkeit Deutschlands von den russischen Erdgaslieferungen und damit die Versorgungssicherheit Deutschlands, insbesondere für den Winter 2022/2023, aber auch die gesicherte Produktion wichtiger Wirtschaftszweige in Deutschland, erheblich gefährden würden.

Die in diesem Gesetz geregelte schnellstmögliche Errichtung der LNG-Infrastruktur ist zur Abwendung schwerster wirtschaftlicher Schäden sowie einer Unterversorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern sowie angesichts der Gefährdung der staatlichen Daseinsvorsorge und Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger insbesondere aufgrund der dadurch entstehenden Unabhängigkeit von Russland auch für die Sicherheit in Deutschland und Europa äußerst dringlich. Die Realisierung der Vorhaben nach § 2 bedarf aus äußerst dringlichen, zwingenden Gründen überragender öffentlicher Interessen, insbesondere an der Energieversorgung, der schnellstmöglichen Umsetzung. Die schnellstmögliche Realisierung dieser Vorhaben dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist daher aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Diese besondere Sachlage rechtfertigt es, hinsichtlich der Vorhaben nach § 2 im Geltungszeitraum nach § 15 das Vorliegen der äußerst dringlichen zwingenden Gründe sowie des Zusammenhangs mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte, gesetzlich festzulegen. Zur weiteren Begründung der nicht vorhersehbaren Ereignisse, der äußerst dringlichen, zwingenden Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen für die Vorhaben nach § 2 wird im Übrigen zudem ausdrücklich auf die Begründungen zu §§ 1 bis 3 Bezug genommen.

Angesichts dieser äußerst dringlichen, zwingenden Gründe für die Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und seiner Folgen und zur überragend wichtigen und äußerst dringlichen und zwingenden Abwendung der Abhängigkeit von

russischen Gaslieferungen wird für das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb für Vorhaben nach § 2 ausnahmsweise nach Nummer 7 zudem bestimmt, dass in der Regel die verkürzten Mindestfristen (siehe Nummer 8) nicht eingehalten werden können und die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen ist. Diese Voraussetzungen werden für Vorhaben nach § 2 voraussichtlich nur in wenigen Ausnahmefällen nicht vorliegen, etwa wenn wegen anderer das Gesamtprojekt noch hemmender Umstände, doch ein verkürzter Teilnahmewettbewerb ohne jegliche zeitliche Verzögerung des Vorhabens insgesamt möglich ist. Für die Frage der Einhaltung der Mindestfristen ist auch der notwendige Zeitraum für die Erstellung der Vergabeunterlagen, für die Bekanntmachung, ggf. für den Teilnahmewettbewerb, für die Angebotsabgabe und -auswertung, die Wartefrist und den Zuschlag zu berücksichtigen.

Soweit die Voraussetzungen der Nummer 7 im Einzelfall ausnahmsweise nicht vorliegen, schließt dies im Übrigen nicht aus, dass andere Tatbestände für ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb (zum Beispiel wenn gem. § 14 Absatz 4 Nummer 2 von vornherein nur ein bestimmtes Unternehmen in Betracht kommt) oder Ausnahmen vom Vergaberecht (zum Beispiel wegen wesentlicher Sicherheitsinteressen gemäß § 107 Absatz 2 GWB) vorliegen.

Die Europäische Kommission hat in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ebenfalls allgemein festgestellt, dass für bestimmte Vergaben die Vorschriften für die dringende Vergabe öffentlicher Aufträge angewendet werden können (Mitteilung der Kommission, Europäische Solidarität mit Flüchtlingen und den Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, KOM(2022)107 vom 8. März 2022, Seite 5, mit Verweis auf ihre Mitteilungen während der Migrationskrise 2015-2016 und der COVID-19-Pandemie).

Für Vergabeverfahren aufgrund Nummer 7 sind zudem folgende Folgeerleichterungen zu beachten, die ebenfalls der Beschleunigung des jeweiligen Vergabeverfahrens dienen. Auftraggeber können auch im Übrigen alle bereits bestehenden Beschleunigungsmöglichkeiten nutzen, um die Beschaffungen für die Vorhaben nach § 2 schnellstmöglich durchzuführen.

Die äußerst dringlichen, zwingenden Gründe, im Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte, muss der jeweilige Auftraggeber bei Beschaffungen für die Vorhaben nach § 2 nicht gesondert darlegen. Dass die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und dies nicht dem Auftraggeber zuzurechnen ist, hat der jeweilige Auftraggeber nach allgemeinen Regeln grundsätzlich zu dokumentieren. An diese Dokumentation sind angesichts des überragend wichtigen Beschleunigungsinteresses insbesondere angesichts von § 1 und § 3 keine hohen Anforderungen zu stellen.

Bei der Herstellung eines Mindestmaßes an Wettbewerb ist die schnellstmögliche Umsetzung der äußerst dringlichen Vorhaben nach § 2 und ihre grundlegende Bedeutung für die Versorgungssicherheit angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen als herausragendes Gebot stets zu beachten.

Angebote können im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb formlos und ohne die Beachtung konkreter Fristvorgaben eingeholt werden. Mit der zurückliegenden Neuregelung des § 17 Abs. 6 VgV wurde durch einen entsprechenden Einschub klargestellt, dass die Mindestfrist von 30 Kalendertagen für Erstangebote nur für Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gilt. Für Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb kann der Auftraggeber somit auch eine kürzere Angebotsfrist wählen, solange diese angemessen ist (vgl. § 20 VgV). Aufgrund seines besonderen Ausnahmecharakters sind damit beim Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nach Würdigung der Gesamtumstände im Dringlichkeitsfall auch sehr kurze Fristen (bis hin zu 0 Tagen) denkbar.

§ 17 Abs. 15 VgV stellt zudem klar, dass der öffentliche Auftraggeber bei der Durchführung eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb wegen äußerster Dringlichkeit nach § 14 Abs. 4 Nummer 3 VgV von nachfolgenden Formanforderungen der VgV befreit ist:

- §§ 9 bis 13 VgV Vorgaben zur (elektronischen) Kommunikation,
- § 53 Abs. 1 VgV Übermittlung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angeboten in elektronischer Form,
- § 54 VgV Aufbewahrung ungeöffneter Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote,
- § 55 VgV Öffnung der Interessenbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote.

Gemäß Satz 2 gilt Satz 1 (einschließlich seiner Begründung) entsprechend für die Tatbestandsvoraussetzungen eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit nach SektVO, KonzVgV, VSVgV.

Gemäß Satz 3 gilt Satz 1 (einschließlich seiner Begründung) materiell entsprechend auch für Bauaufträge (Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gemäß § 3a EU Absatz 3 Nummer 4 VOB/A).

Zu Nummer 8

Satz 1 legt angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen durch Gesetz fest, dass für die Vorhaben nach § 2 angesichts des Zwecks gemäß § 1 und des besonderen Interesses gem. § 3 eine Dringlichkeit hinreichend begründet ist, die die Einhaltung der regulären Angebotsfrist von 30 Tagen unmöglich macht. Die Angebotsfrist im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb kann somit auf zehn Tage verkürzt werden kann.

In Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb gilt schon keine bestimmte Fristvorgabe, so dass die Angebotsfrist im Einzelfall bis hin auf null Tage verkürzt werden kann (siehe Begründung zu Nummer 7).

Satz 2 legt eine hinreichend begründete Dringlichkeit für Vorhaben nach § 2 auch für alle anderen Fristverkürzungsmöglichkeiten in den verschiedenen Verfahrensarten und den verschiedenen Vergabeverordnungen fest. Dies gilt entsprechend auch in den Fällen, in denen die Fristverkürzungsmöglichkeit allgemein gilt und nicht auf eine hinreichend begründete Dringlichkeit beschränkt ist (vgl. etwa in der SektVO). Im Überblick gilt dazu Folgendes: Im beschleunigten offenen Verfahren kann die Frist für die Einreichung der Angebote auf 15 Tage verkürzt werden. Im beschleunigten nicht offenen Verfahren und im beschleunigten Verhandlungsverfahren können die Fristen für Teilnahmeanträge auf 15 Tage (VSVgV: auf zehn Tage bei elektronischen Teilnahmeanträgen) und für die Abgabe von Angeboten auf zehn Tage herabgesetzt werden.

Nach Satz 3 gilt das Vorliegen einer hinreichend begründeten Dringlichkeit für die verschiedenen Fristverkürzungsmöglichkeiten in den Verfahrensarten entsprechend auch für Bauaufträge (vgl. §§ 10a EU Absatz 3, 10b EU Absatz 5 VOB/A, auch in Verbindung mit § 10c EU Absatz 1 VOB/A).

Zu Nummer 9

Satz 1 legt angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen gesetzlich Fälle fest, in denen bei Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit *ausnahmsweise auch nur ein Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden kann*.

Der Wortlaut entspricht den von der Europäischen Kommission anerkannten Fällen (siehe Mitteilung der Kommission, Leitlinien der Europäischen Kommission zur Nutzung des Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der durch die COVID-19-Krise verursachten Notsituation, 2020/C 108 I/01, S. 1).

Im Sinne einer effizienten Verwendung von Haushaltsmitteln empfiehlt es sich nach Möglichkeit, mehrere Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern. Auch nach der nationalen Rechtsprechung ist im Rahmen der §§ 14 Absatz 4 Nummer 3, 17 Absatz 5 VgV grundsätzlich so viel Wettbewerb wie möglich zu eröffnen; ein völliger Verzicht auf Wettbewerb kommt grundsätzlich nur als *ultima ratio* in Betracht (vgl. OLG Rostock, Beschluss vom 11.11.2021, 17 Verg 4/20).

Bei Vorhaben nach § 2 bedingt es aber häufig die in § 1 und § 3 und der jeweiligen Begründung dargestellte äußerste Dringlichkeit angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, dass nur ein Unternehmen in der Lage sein wird, den Auftrag unter den durch die zwingende Dringlichkeit auferlegten technischen und zeitlichen Zwängen zu erfüllen. Dann ist es den Auftraggebern auch erlaubt, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur mit diesem Unternehmen Verhandlungen zu führen.

Zwar handelt es sich um eine Prognoseentscheidung, ob nur das bestimmte Unternehmen unter den durch die äußerste Dringlichkeit bedingten technischen und zeitlichen Zwängen, in der Lage sein wird, die Leistung entsprechend zu erbringen. Die Gründe dafür, dass nur dieses Unternehmen dazu in der Lage ist, müssen aber grundsätzlich im Zeitpunkt der Ansprache des einzelnen Unternehmens vorliegen.

Gemäß Satz 2 gilt Satz 1 (einschließlich seiner Begründung) entsprechend für Verhandlungen mit nur einem Unternehmen in Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit nach SektVO, KonzVgV, VSVgV. Gemäß Satz 3 gilt Satz 1 (einschließlich seiner Begründung) materiell entsprechend auch für Bauaufträge. Diese Verhandlungsmöglichkeit mit nur einem Unternehmen gilt für die Vergabeverordnungen und für die VOB/A auch, soweit sich der grundsätzliche Mindestwettbewerb von drei Unternehmen nur aus allgemeinen Grundsätzen ergibt und nicht ausdrücklich oder nicht ausdrücklich für Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb erwähnt ist (vgl. etwa § 21 III 3 VSVgV nur für Verfahren mit Teilnahmewettbewerb). Die Möglichkeit der Verhandlung mit nur einem Unternehmen im Ausnahmefall ist insoweit aufgrund der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen eine materielle Klarstellung. Bereits bestehende Möglichkeiten bleiben unberührt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 und 3 treffen Regelungen zum Vergaberechtsschutz ergänzend zu und abweichend von §§ 155 ff. GWB. Ziel ist es, die Nachprüfungsverfahren über das bereits geltende Beschleunigungsgebot des § 167 GWB hinaus bei Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen noch erheblich schneller durchzuführen.

Dabei wird am grundsätzlich bewährten zweistufigen Rechtsschutz vor der Vergabekammer und den Vergabesenaten der Oberlandesgerichte festgehalten. Dieser wird jedoch auf beiden Stufen weiter erheblich beschleunigt. Daneben werden in den bereits vorgesehenen Interessensabwägungen die Berücksichtigung des Zwecks des § 1 sowie des besonderen Interesses gemäß § 3 und dessen regelmäßiges Überwiegen angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen ergänzt.

Die Änderungen berücksichtigen, dass im Bereich des Vergaberechtsschutzes der allgemeine Justizgewährleistungsanspruch (Art. 20 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 3 Abs.1 GG) den wesentlichen Maßstab darstellt und dem Gesetzgeber ein Ausgestaltungsspielraum zuzubilligen ist (BVerfG, Beschluss vom 13. Juni 2006, 1 BvR 1160/03, BVerfGE 116, 135 (156)).

Absatz 2 enthält Maßgaben für die Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer gemäß §§ 160 ff. GWB. Sie dienen vor allem der Beschleunigung und legen angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die Berücksichtigung und das regelmäßige

Überwiegen des überragend wichtigen Interesses an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben fest.

Zu Nummer 1

Nummer 1 trifft gewisse Verfahrenserleichterungen für die Durchführung der Nachprüfungsverfahren.

Soweit es der Beschleunigung dient, kann die Vergabekammer bei Nachprüfungsverfahren über Vergaben für Vorhaben nach § 2 gemäß Satz 1 auch nach Lage der Akten entscheiden. Die Vergabekammer wird bei ihrer Entscheidung aber auch zu berücksichtigen haben, dass eine mündliche Verhandlung im Einzelfall ebenfalls der schnellen Entscheidung dienen kann.

Satz 2 ermöglicht es der Vergabekammer ausdrücklich die mündliche Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung durchzuführen. Auch diese Möglichkeit soll der Beschleunigung im Einzelfall dienen. Entsprechend Absatz 3 Nummer 6 Satz 2 wird dazu auf § 128a der Zivilprozessordnung verwiesen. Entsprechendes gilt aber zum Beispiel auch nach § 102a der Verwaltungsgerichtsordnung.

Zu Nummer 2

Um angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die zügige Durchführung der Nachprüfungsverfahren für die im Lichte des § 1 und § 3 äußerst dringenden und schnellstmöglich umzusetzenden Vorhaben nach § 2 über den allgemeinen Beschleunigungsgrundsatz hinaus zu gewährleisten, verkürzt Absatz 2 die Entscheidungsfrist für die Hauptsacheentscheidung weiter.

Satz 1 verkürzt die Entscheidungsfrist bei Vorhaben nach § 2 auf drei statt fünf Wochen.

Satz 2 legt fest, dass diese Frist höchstens um zwei Wochen verlängert werden kann und stellt klar, dass dies nur einmalig geschehen kann.

Die verkürzten Fristen bieten der Vergabekammer somit insgesamt dennoch ausreichend Zeit, bei diesen äußerst dringenden Vorhaben angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, dennoch angemessen entscheiden zu können, indem vom Grundfall (fünf Wochen) nur angemessen abgewichen wird (drei Wochen plus im Ausnahmefall zwei Wochen).

Die Auftraggeber von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 sollen die schnelle Entscheidung befördern, indem sie insbesondere sicherstellen, dass die Vergabeakte, jedenfalls ihre für die Entscheidung der Vergabekammer wesentlichen Teile, unverzüglich der Vergabekammer zur Verfügung gestellt wird.

Zu Nummer 3

Nummer 3 stellt klar, dass bei Nachprüfungsverfahren betreffend Vorhaben nach § 2 bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtsverletzung und Verhinderung der Schädigung der betroffenen Interessen der Zweck des § 1 und

die besonderen Interessen des § 3 angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu berücksichtigen sind. Dies bedeutet, dass die Vergabekammer bei der Auswahl der Maßnahmen insbesondere das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 in der Regel als ausschlaggebend berücksichtigen muss. Maßnahmen, die das Vergabeverfahren oder die Umsetzung des Vorhabens verzögern, verlängern oder sogar vereiteln, sind daher in der Regel keine angemessenen Maßnahmen im Sinne der Nummer 3.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ergänzt § 169 GWB angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen hinsichtlich der Vorabgestattung des Zuschlags durch die Vergabekammer. Sie hat dabei das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben zu berücksichtigen, wobei dieses Interesse bei Vorhaben nach § 2 in der Regel überwiegt und eine Vorabgestattung des Zuschlags erforderlich macht. Dies ist ein Aspekt des für die Beschleunigung der Vorhaben nach § 2 besonders wichtigen Elements des vorzeitigen Maßnahmenbeginns bzw. der Einschränkung der aufschiebenden Wirkung von Entscheidungen (siehe dazu insbesondere § 11).

Nummer 4 wird in der Praxis von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 jedoch nur dann zur Anwendung kommen, wenn nicht schon infolge der Zulässigkeit eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb und des schon bestehenden Entfalls der Informations- und Wartefrist ein wirksamer Zuschlag erfolgt ist, bevor Konkurrenten einen Nachprüfungsantrag stellen. Im Fall eines bereits wirksam erteilten Zuschlags gilt § 168 Absatz 2 Satz 1 GWB und Rechtsschutz ist gemäß § 135 GWB in Gestalt von Absatz 2 Nummer 3 bis 5 zu gewähren.

Satz 1 und 2 gestalten die Abwägungsentscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags näher aus und folgen dabei der bestehenden Regelungssystematik in § 169 Absatz 2 Satz 1, 2 und 3 GWB, nach denen entsprechend der Fälle für verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge im Sinne von § 104 GWB besonders zu berücksichtigende Aspekte des Interesses der Allgemeinheit an einem raschen Abschluss des Vergabeverfahrens und der nachteiligen Folgen einer Verzögerung der Vergabe bis zum Abschluss der Nachprüfung als Abwägungsinteresse festgelegt werden. Eine entsprechende Systematik für die Abwägungsentscheidung ist in Absatz 3 Nummer 3 Satz 2 und Nummer 4 Satz 1 vorgesehen.

Für Vorhaben nach § 2 sind deshalb nach Satz 1 der Zweck des § 1 und das besondere Interesse nach § 3 ergänzend in der Abwägung zu berücksichtigen. Mithin ist das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 angesichts der äußerst dringlichen Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen in die Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags einzubeziehen.

Satz 2 legt zudem entsprechend der Systematik in § 169 Absatz 2 Satz 3 GWB angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen fest, dass das besondere Interesse in der Regel überwiegt.

Satz 3 legt im überragenden Interesse der Beschleunigung und Gefährdungsabwehr fest, dass die Entscheidung über die Vorabgestattung unverzüglich und zwar längstens innerhalb einer Woche zu treffen ist. Diese Regelungssystematik orientiert sich am bestehenden § 176 Absatz 3 Satz 1, 1. Halbsatz GWB. Die Frist kann nicht verlängert werden.

Satz 4 legt zudem fest, dass der Zuschlag dann auch unmittelbar und damit tatsächlich schneller als bisher nach § 169 Absatz 2 Satz 1 GWB erteilt werden kann, soweit die Wartepflicht nicht noch läuft. Er setzt Artikel 2 Absatz 3 Satz 2 der Rechtsmittelrichtlinie 89/665/EWG, Artikel 2 Absatz 3 Satz 2 der Sektoren-Rechtsmittelrichtlinie 92/13/EWG und Artikel 56 Absatz 3 Satz 2 der Verteidigungs- und Sicherheitsvergaberichtlinie 2009/81/EG um.

Soweit zu der Entscheidung ein isolierter Antrag an das Beschwerdegericht erfolgt, legt Satz 5 fest, dass bei der Entscheidung des Beschwerdegerichts dann ebenfalls das überragende Beschleunigungs- und schnellstmögliche Umsetzungsinteresse angesichts der Gefährdung eines überragenden öffentlichen Interesses nach § 1 und § 3 zu beachten sind.

Zu Nummer 5

Nummer 5 stellt klar, dass die Vergabekammer Absatz 1 Nummer 4 bis 6 wegen der Abweichungen von der bisherigen Unwirksamkeitsfolge des § 135 Absatz 1 GWB beachten muss, wenn sie im Nachprüfungsverfahren einen Verstoß im Sinne des § 135 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 feststellt.

Statt der bisher automatischen gesetzlichen Folge der Unwirksamkeit bei Feststellung eines Verstoßes im Sinne des § 135 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 GWB hat die Vergabekammer zum einen gemäß Nummer 4 eine Abwägungsentscheidung über ein Absehen von der Unwirksamkeitsfolge gemäß den dortigen Voraussetzungen für die in der Abwägung, insbesondere der zu berücksichtigenden äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, zu treffen. In diesem Fall sowie bei der nun gemäß Nummer 5 vorgesehenen Unwirksamkeitsfolge allein für die Zukunft hat die Vergabekammer sie in ihrer Entscheidung zwingend alternative Sanktionen nach Nummer 6 zu erlassen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 trifft Regelungen zur sofortigen Beschwerde vor den Vergabesenaten der Oberlandesgerichte ergänzend zu und abweichend von §§ 171 ff. GWB. Diese sollen jeweils unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit die Verfahren angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen erheblich beschleunigen und die Maßstäbe für Abwägungen

anpassen und ergänzen. Zu den allgemeinen Grundsätzen wird auf die Einführung der Begründung zu Absatz 2 hingewiesen.

Zu Nummer 1

Nummer 1 stellt lediglich klar, dass die Fiktionswirkung nach § 171 Absatz 2 bereits nach Ablauf der nach Absatz 3 Nummer 2 verkürzten Entscheidungsfrist der Vergabekammer von drei Wochen (ggf. verlängert um zwei Wochen) und nicht nach den bisherigen fünf Wochen plus etwaiger Verlängerung greift. Soweit die Vergabekammer bei Nachprüfungsverfahren über Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 nicht innerhalb der Frist von drei Wochen (oder bei erfolgter Verlängerung von fünf Wochen) entschieden hat, gilt der Nachprüfungsantrag als abgelehnt. Diese Vorschrift dient der Beschleunigung der äußerst dringlichen Vorhaben angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen. Keinesfalls ermächtigt sie Vergabekammern den Ablauf der Frist abzuwarten und nicht zu entscheiden. Ziel ist es, dass die Vergabekammer innerhalb der gesetzlichen Fristen entscheidet und zum Rechtsfrieden über die Vorhaben nach § 2 beiträgt.

Zu Nummer 2

Zur weiteren Beschleunigung der Nachprüfungsverfahren angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen verkürzt Nummer 2 die Frist zur Einlegung der sofortigen Beschwerde auf eine Woche. Diese ist als Notfrist nicht verlängerbar. Angesichts des Zweckes nach § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 ist es auch den Beschwerdeführenden zuzumuten, ihren Antrag äußerst eilig zu erstellen. Der Vortrag kann im Laufe des Beschwerdeverfahrens zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes grundsätzlich noch ergänzt werden.

Zu Nummer 3

Nummer 3 ist zur Beschleunigung von Vorhaben nach § 2 in den Fällen besonders wichtig, in denen noch kein Zuschlag erteilt wurde, die Vergabekammer aber schon zugunsten des Auftraggebers in der Hauptsache entschieden hat.

Satz 1 legt angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen fest, dass bei Vorhaben nach § 2 die aufschiebende Wirkung der sofortigen Beschwerde schon nach einer Woche (statt wie sonst nach zwei Wochen) entfällt. Soweit sie durch das Beschwerdegericht verlängert wird, kann dies nur bis zum Ende der Entscheidungsfrist über die sofortige Beschwerde, mithin um sechs Wochen, erfolgen (zusammen sieben Wochen aufschiebende Wirkung entspricht fünf Wochen Entscheidungsfrist plus maximal zwei Wochen Verlängerung nach Nummer 7 Satz 1 und 2).

Satz 2 legt fest, dass bei der Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags zu deren Gunsten auch § 1 und § 3 zu berücksichtigen sind, wobei das besondere Interesse nach § 3 in der Regel überwiegt. Dies entspricht für die besondere Eilbedürftigkeit der Vorhaben nach § 2 der bereits bestehenden Regelungssystematik in § 173 Absatz 2 Satz 1, 2 und 3 GWB für die Abwägung bei verteidigungs- und

sicherheitsspezifischen Aufträgen. Die Entscheidung des Beschwerdegerichtes sollte angesichts der äußersten Dringlichkeit von Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen daher regelmäßig zugunsten der Vorabgestattung des Zuschlags ausfallen. Eine entsprechende Systematik für die Abwägungsentscheidung ist in Absatz 2 Nummer 4 Satz 1 und 2 und in Nummer 4 Satz 1 vorgesehen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zur Beschleunigung dieser Vorhaben in den Fällen besonders wichtig, in denen noch kein Zuschlag erteilt wurde, die Vergabekammer aber in der Hauptsache bei Vorhaben nach § 2 ausnahmsweise gegen den Auftraggeber entschieden hat. Der unterlegene Auftraggeber kann im Fall einer sofortigen Beschwerde dann gemäß § 176 GWB die Vorabentscheidung über den Zuschlag beim Beschwerdegericht beantragen.

Entsprechend der Systematik für die Abwägungsentscheidung in Absatz 2 Nummer 4 Satz 1 und 2 und in Nummer 3 Satz 2 hat das Beschwerdegericht auch in diesen Fällen ergänzend zur bisherigen Regelungssystematik in § 176 Absatz 1 Satz 1, 2 und 3 GWB gemäß Satz 1 bei der Abwägung den Zweck nach § 1 und das besondere Interesse nach § 3, welches in der Regel überwiegt, zu berücksichtigen. Diese sind angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen gemäß Satz 3 auch zu berücksichtigen, soweit das Beschwerdegericht ausnahmsweise die Entscheidungsfrist über den Antrag verlängert.

Satz 2 verkürzt die Entscheidungsfrist von bisher längstens fünf Wochen für Vorhaben nach § 2 auf grundsätzlich eine Woche, um dem überragenden Beschleunigungsinteresse der Vorhaben nach § 2 gerecht zu werden. Die Verlängerungsmöglichkeit wird angesichts der äußersten Dringlichkeit von Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen der richterlichen Unabhängigkeit gerecht.

Zu Nummer 5

Nummer 5 bedingt für Vorhaben nach § 2 die Fiktionswirkung des § 177 GWB nach einer negativen Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags ab. Dies trägt zum effektiven Rechtsschutz und zur Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit bei, indem nicht automatisch mit der äußerst schnell zu fällenden Eilentscheidung die Möglichkeit zur Hauptsacheentscheidung entfällt.

Zu Nummer 6

Nummer 6 enthält angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen bestimmte Verfahrenserleichterungen zur Beschleunigung des Nachprüfungsverfahrens vor dem Vergabesenat.

Satz 1 ermöglicht unter bestimmten, im Einzelfall zu prüfenden Punkten eine Entscheidung nach Lage der Akten. Dieser Verzicht auf die mündliche Verhandlung erweitert die allgemeinen Möglichkeiten nach § 175 Absatz 2 iVm § 65 Absatz 1 GWB. Durchführung oder Verzicht einer mündlichen Verhandlung über die sofortige Beschwerde sollen vor allem der schnellstmöglichen Durchführung des Nachprüfungsverfahrens betreffend ein Vorhaben nach § 2 dienen.

Satz 2 ermöglicht klarstellend ausdrücklich die Durchführung einer mündlichen Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung in Ergänzung zu den allgemeinen Möglichkeiten nach §§ 175 Absatz 2, 72 GWB iVm § 128a ZPO. Auch dies soll der Beschleunigung dienen.

Zu Nummer 7

Nummer 7 Satz 1 gibt vor, dass die Beschwerdeentscheidung bei der Nachprüfung von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen erheblich beschleunigt, nämlich innerhalb einer Frist von fünf Wochen zu treffen ist. Sie hat ihr Vorbild insbesondere in der bereits bestehenden Frist für die Beschwerdegerichte zur Vorabentscheidung über den Zuschlag gemäß § 176 Absatz 3 GWB und der Entscheidungsfrist für die Vergabekammern nach § 167 Absatz 1 GWB. Die Entscheidung des Beschwerdegerichtes nach § 176 Absatz 3 GWB ist sogar unverzüglich und längstens innerhalb von fünf Wochen zu treffen. Die Regelung in Satz 1 ist für die Hauptsacheentscheidung aber neu und betrifft die richterliche Unabhängigkeit. Sie ist angesichts des Zweckes nach § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 sowie der insgesamt schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 wegen ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen gerechtfertigt.

Die Frist ist zudem angemessen, da das Beschwerdegericht die Frist nach Satz 2 einmalig um zwei Wochen verlängern kann.

Satz 3 schränkt ebenfalls aus Gründen der überragend wichtigen Beschleunigung für Entscheidungen über Vorhaben nach § 2 ein, dass das Beschwerdegericht stets in der Sache selbst entscheidet. Es kann daher nicht die Verpflichtung der Vergabekammer aussprechen, unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichts über die Sache erneut zu entscheiden.

Zu Nummer 8

Gemäß Nummer 8 hat das Beschwerdegericht entsprechend der Regelung für die Vergabekammern in Absatz 2 Nummer 5 zu beachten, dass es bei Feststellung eines Verstoßes im Sinne des § 135 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 GWB eine Abwägungsentscheidung nach Absatz 1 Nummer 4 Satz 1 und 2 zu treffen und alternative Sanktionen nach Absatz 1 Nummer 4 Satz 3 oder Nummer 5 Satz 2, jeweils in Verbindung mit Nummer 6, in seiner Entscheidung zu erlassen hat.

Zu Absatz 4

Satz 1 regelt, dass bei öffentlichen Aufträgen des Bundes abweichend von § 55 Absatz 1 Satz 1 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) bei Vorhaben nach § 2 unterhalb der EU-Schwellenwerte nach § 106 GWB keine öffentliche Ausschreibung oder beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb und auch kein sonstiger Teilnahmewettbewerb durchzuführen ist. Insbesondere ist damit auch keine Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb durchzuführen. Diese besondere Ausnahme im Sinne von § 55 Absatz 1 Satz 1 BHO ist für Vorhaben nach § 2 ist gerechtfertigt, da mit dem Zweck des § 1 und dem besonderen Interesse nach § 3 eine äußerste Dringlichkeit der Vorhaben und eine Gefährdung überragender öffentlicher Interessen vorliegen, die ein Absehen von einem förmlichen Vergabeverfahren rechtfertigen.

Satz 2 stellt klar, dass bei öffentlichen Aufträgen für Vorhaben nach § 2 unterhalb der EU-Schwellenwerte auch nicht nach einheitlichen Beschaffungsrichtlinien zu verfahren ist.

Beschaffungsstellen, die dem Bund zuzurechnen sind, haben aufgrund Satz 1 und 2 während der Laufzeit nach § 15 bei Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 damit auch nicht die in Ziffer 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 55 BHO angeordneten detaillierten Verfahrensregeln der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) und des ersten Abschnitts der VOB/A anzuwenden.

Daneben bestehende etwaige Anforderungen, etwa im Einzelfall aufgrund eines grenzüberschreitenden Interesses, bleiben unberührt. Gründe für einen Verzicht auf einen öffentlichen Teilnahmewettbewerb sind entsprechend der Feststellungen des § 9 Absatz 1 Nummer 7 (einschließlich seiner Begründung) aber auch dabei stets zu berücksichtigen.

Die Länder können für ihr Haushaltsvergaberecht entsprechende Regelungen schaffen.

Zu Absatz 5

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen für Vorhaben nach § 2 nicht einer Nachprüfung gemäß Absatz 2 und 3 unterliegt (etwa bei Beschaffungen unterhalb der EU-Schwellenwerte oder soweit Bereichsausnahmen vom Vergaberecht vorliegen). In diesen Fällen schreibt Absatz 5 Satz 1 angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen dennoch die Berücksichtigung aller möglichen Beschleunigungspotentiale im Rechtsschutzverfahren vor. Insbesondere sind bei Abwägungsentscheidungen, etwa im vorläufigen Rechtsschutz, der Zweck gemäß § 1 und das besondere Interesse nach § 3 als besonderes Allgemeininteresse beziehungsweise öffentliches Interesse zu berücksichtigen, um eine schnellstmögliche Realisierung auch dieser Vorhaben wegen ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu erleichtern.

Satz 2 stellt klar, dass Satz 1 für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen keine Anwendung findet. Die Sekundäransprüche können nach den allgemeinen Grundsätzen ohne besonderes

Beschleunigungsinteresse verfolgt werden. Dafür sind in der Regel die ordentlichen Gerichte zuständig (vgl. §§ 156 Absatz 3, 179 Absatz 1 GWB).

Zu § 10

Mit dem Planungssicherstellungsgesetz werden formwahrende Alternativen für Verfahrensschritte in Zulassungsverfahren sowie in besonderen Entscheidungsverfahren zur Verfügung gestellt. Soweit es um die Bekanntmachung von Unterlagen und anderen Informationen geht, sollen diese über das Internet zugänglich gemacht werden. Als Ersatz für durchzuführende Erörterungstermine, mündliche Verhandlungen oder Antragskonferenzen wird das Instrument einer Online-Konsultation eingeführt. Durch diese – zeitlich befristete – Form der Beteiligung wird sichergestellt, dass Informationen unmittelbar allen Beteiligten zur Verfügung stehen.

Für die Verfahren nach diesem Gesetz sind die Vorschriften für die ortsüblichen und öffentlichen Bekanntmachungen (§ 2 PlanSiG), die Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen (§ 3 PlanSiG) sowie Erörterungstermine, mündliche Verhandlungen und Antragskonferenzen (§ 5 PlanSiG) relevant. Damit wird dem Erfordernis der Beschleunigung der Zulassungs- und Vergabeverfahren nach diesem Gesetz mit bereits bewährten Vorschriften Rechnung getragen.

In Absatz 4 wird die Geltung dieser Vorschriften des PlanSiG auch über das Außerkrafttreten des PlanSiG hinaus bis zum Außerkrafttreten dieses Gesetzes angeordnet.

Zu § 11

Zu Absatz 1

In Absatz 1 wird die sofortige Vollziehung gesetzlich angeordnet. Es handelt sich um Vorhaben, deren zeitnahe Realisierung für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von großer Bedeutung ist. Sie sind gemäß § 2 aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Teilweise greift bereits eine gesetzliche Anordnung der sofortigen Vollziehung (z.B. § 43e des Energiewirtschaftsgesetzes für LNG-Anbindungsleitungen). Diese gesetzliche Anordnung wird auf alle Entscheidungen im Zusammenhang mit Vorhaben nach § 2 dieses Gesetzes ausgedehnt. ~~Ein Vorverfahren ist nur erforderlich, wenn dies nicht durch ein Bundes- oder nach Landesgesetz ausgeschlossen ist. Die Realisierung der Vorhaben, die in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen, ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich.~~ Die Vorschrift trägt somit dem Interesse des Vorhabenträgers an Planungssicherheit Rechnung. Ausreichender Rechtsschutz entsprechend Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes ist gewährleistet, da den Betroffenen die Möglichkeit bleibt, die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung zu beantragen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt das Vorgehen, falls nachträglich Tatsachen eintreten, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 ~~stellt klar, dass der bestehende Rechtsschutz im Übrigen durch dieses Gesetz nicht berührt wird. dient der Gewährleistung des Damit wird auch klargestellt, dass der~~ Rechtsschutzes nach Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention) weiter gewährleistet wird.

Zu Absatz 4

Im Anwendungsbereich des § 9 Absatz 2 und 3 gilt § 11 nicht. § 9 Absatz 2 und 3 sind die spezielle Regelung für die Nachprüfung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen durch Auftraggeber oberhalb der EU-Schwellenwerte. Außerhalb des Anwendungsbereiches von § 9 Absatz 2 und 3 ist § 9 Absatz 5 zu beachten. ~~Selbst bei Verfahren vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Fällen des § 9 Absatz 5 dürfte ein Rechtsbehelf nach § 11 in der Regel nicht in Betracht kommen, da bei öffentlich-rechtlichen Verträgen über einen Auftrag oder eine Konzession kein Verwaltungsakt vorliegt.~~

Zu § 12

Durch die mit § 12 geschaffene Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts wird eine einheitliche Befassung und Entscheidungsgeschwindigkeit für Entscheidungen gewährleistet, die Vorhaben nach § 2 betreffen.

Die erstinstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts stellt eine Ausnahme dar. Sie ist aber im vorliegenden Fall geboten. Denn nur auf diese Weise wird eine erhebliche Verfahrensbeschleunigung erzielt, indem die Dauer möglicher gerichtlicher Verfahren verkürzt wird. Im Vergleich zum Rechtschutzverfahren vor dem (Ober-) Verwaltungsgerichten entfällt das Risiko eines anschließenden Revisionsverfahrens beim Bundesverwaltungsgericht. In einem Revisionsverfahren ist es möglich, dass das Revisionsgericht das Verfahren wieder an das (Ober-) Verwaltungsgericht verweist, um eine weitere Sachaufklärung zu ermöglichen. Dieses kann letztendlich zu einer erheblichen Verzögerung bezüglich der Realisierung der erforderlichen LNG-Vorhaben führen.

Indem das Bundesverwaltungsgericht die abschließende Entscheidungsbefugnis über die Auslegung und Anwendung des relevanten Rechts für den LNG-Ausbau hat, wird eine einheitliche Rechtsauslegung gewährleistet, was letztendlich der Verfahrensbeschleunigung dient. Der LNG-Ausbau ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine sichere Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl. Deshalb muss schnellstmögliche Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden.

Könnte der Planfeststellungsbeschluss für ein solches Vorhaben vor dem Bundesverwaltungsgericht angegriffen werden, während der vorzeitige Baubeginn den normalen Instanzenzug durchlaufen müsste, könnte der Beschleunigungseffekt der Rechtswegverkürzung zunichtegemacht werden. Daher bezieht sich die Zuständigkeit auch auf alle mit dem Vorhaben zusammenhängenden Entscheidungen.

Dieses Gesetz betrifft eine überschaubare Anzahl von Fällen. Es geht nur um die zeitnah zu realisierenden LNG-Vorhaben an maximal sechs Standorten. Diese Vorhaben sind in § 2 und in der Anlage abschließend aufgelistet. Nur für diese Vorhaben gilt die erstinstanzliche Zuständigkeit. Durch die begrenzte Anzahl von Vorhaben wird die Zuständigkeitsbegründung in quantitativer Hinsicht begrenzt. Im Ergebnis ist damit das Regel-Ausnahme-Prinzip gewahrt. Nach der derzeit möglichen Prognose ist davon auszugehen, dass durch die Verweisung an das Bundesverwaltungsgericht keine unververtretbaren Beeinträchtigungen der Kernaufgaben des Bundesverwaltungsgerichts als Revisionsgericht ausgelöst werden.

Insgesamt ist die ausnahmsweise Verlagerung zum Bundesverwaltungsgericht erforderlich, um auch bei der Ausgestaltung des Verwaltungsgerichtsverfahrens einen notwendigen Beitrag zur erforderlichen Beschleunigung des Ausbaus der LNG-Infrastruktur zu leisten.

Zu § 13

Zu Absatz 1

Auch bereits begonnene Zulassungsverfahren für die Errichtung und die Inbetriebnahme von Anlagen für Flüssigerdgas sowie von Leitungen sollen mit Hilfe der in diesem Gesetz geregelten Verfahrenserleichterungen weitergeführt werden können. Ein bereits begonnener Verfahrensschritt, der noch nicht abgeschlossen wurde, ist in diesem Fall jedoch nach neuem Recht zu wiederholen, es sei denn, er kann nach neuem Recht entfallen. Durch den Neubeginn des Verfahrensschritts, der nach diesem Gesetz geltenden Regelung, soll gewährleistet werden, dass ein Wechsel auf die nach diesem Gesetz geltenden Verfahrensvorschriften nicht während der Durchführung eines laufenden Verfahrensschrittes zu einer Fristverkürzung führt.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 soll der Verfahrensschritt nach altem Recht weitergeführt und beendet werden, wenn dies zur Beschleunigung des Verfahrens beiträgt.

Zu Absatz 3

Absatz 3 legt fest, dass Verfahrensschritte, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits begonnen, aber noch nicht beendet wurden, weiterhin nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden können. Die Regelung bildet somit das Gegenstück zur Regelung des Absatzes 21 Satz 1.

Zu Absatz 4

Absatz 4 stellt klar, dass Fehlervorschriften (z.B. § 4 Abs. 1 UmwRG) keine Anwendung finden, wenn der Verfahrensschritt nach diesem Gesetz vollständig entfallen kann. So kann beispielsweise das Fehlen der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht gerügt werden, wenn sie nach diesem Gesetz entfallen kann.

Zu Absatz 5

Vergabeverfahren werden regelmäßig nach dem Recht zu Ende geführt, das zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens galt (vgl. § 186 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen). Das ist für Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aufgrund des Zweckes des Gesetzes nach § 1 und dem besonderen Interesse nach § 3 nicht sachgerecht. Sie sollen daher nach Satz 1, auch wenn sie bereits begonnen haben, grundsätzlich mit den Verfahrenserleichterungen und Beschleunigungsvorteilen des § 9 durchgeführt werden können. Für materielle Regelungen, die an diese besondere Dringlichkeit anknüpfen (Losverzicht, Dringlichkeitsvergabe), kann dies aber nur für Vorhaben gelten, die nach dem Angriff Russlands gegen die Ukraine begonnen haben.

Satz 2 stellt klar, dass für Vorhaben nach § 2 insbesondere auch die Regelungen zur beschränkten Unwirksamkeitsfolge und zum beschleunigten Rechtsschutz Anwendung finden müssen, um für sie schnell Rechtssicherheit erreichen zu können, selbst wenn das Vergabeverfahren bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen war bzw. der Zuschlag bereits vorher erfolgt ist.

Es wäre aber unangemessen, der Vergabekammer oder dem Beschwerdegericht rückwirkend beginnende Fristen aufzuerlegen, so dass nach Satz 3 dann mit Inkrafttreten des Gesetzes die neuen Fristen laufen, soweit im Sinne der Beschleunigung nicht die bisher geltenden Fristen schon vorher ablaufen.

Zu § 14

Kommentiert [BAK30]: BMJ + KB4

Zu Absatz 1

Aufgrund der Eilbedürftigkeit des Gesetzes ist ein schnellstmögliches Inkrafttreten nach der Verkündung erforderlich.

Zu Absatz 2:

Das Gesetz soll lediglich dafür sorgen, dass eine drohende Versorgungskrise mit Gas durch beschleunigte Verfahren abgewendet wird. Aus diesem Grund ist das Gesetz zu befristen. Zur Sicherstellung, dass alle nach diesem Gesetz begonnenen Verfahrensschritte nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu Ende geführt werden, treten die Übergangsvorschriften erst zu einem späteren Zeitpunkt außer Kraft.

Um einen einheitlichen Rechtsschutz für alle, auch später eintretende Verfahren nach diesem Gesetz zu gewährleisten, treten diese Regelungen nicht außer Kraft.

Die Regelung stellt sicher, dass auch § 5 Absatz 2 nicht Außerkraft tritt. Dies ist erforderlich, da § 5 Absatz 2 auch nach Außerkrafttreten des Gesetzes weiter Wirkung entfaltet.

Von: [REDACTED] VIC2
Gesendet: Donnerstag, 28. April 2022 11:51
An: VII1@bmi.bund.de
Cc: poststelle@bmi.bund.de; [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
([REDACTED]@bmuv.bund.de); [REDACTED]
[REDACTED]

Betreff: BMWK | Gesetz-Entwurf zum LNG-BeschleunigungsG - Stand 27.04.2022
Anlagen: 220428_GE-LNG.docx

Priorität: Hoch

Kennzeichnung: Zur Nachverfolgung
Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

BMWK bereitet derzeit einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Einsatzes von Flüssigerdgas vor. Dieser soll aufgrund des erheblichen Zeitdrucks von den Fraktionen eingebracht werden und bereits zum 1.6.2022 in Kraft treten.

Beigefügt übersende ich den Entwurf des Gesetzes mit der Bitte, insbesondere § 10 mit den Verweisen auf das PlanSiG zu prüfen. Für eine entsprechende zeitnahe Rückmeldung – wenn möglich ggf. bereits heute Nachmittag – wären wir dankbar.

Sollten auch andere Referate in Ihrem Haus zuständig sein, bitten wir um entsprechende Weiterleitung. Im Übrigen bitten wir um eine vertrauliche Behandlung des Entwurfs in Ihrem Haus.

BMJ beginnt parallel mit der Rechtsförmlichkeitsprüfung. Die Ressortabstimmung zu dem Gesetzentwurf wird in der kommenden Woche mit sehr kurzer Frist (1 Tag) erfolgen müssen.

Ich bedanke mich bereits jetzt für Ihre Unterstützung und bitte die Kurzfristigkeit zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[REDACTED]



Katharina Gierschke | KB4
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz | Scharnhorststr. 34-37 | 10115 Berlin
Postanschrift: 11019 Berlin | Tel. +49 30 18 615-[REDACTED] [REDACTED]@bmwk.bund.de |
www.g7germany.de

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im BMWK können Sie der Datenschutzerklärung auf www.bmwk.de/Datenschutzerklärung entnehmen.

**Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes von Flüssigerdgas
(LNG-Beschleunigungsgesetz* - LNGG)**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1 Zweck

(1) Dieses Gesetz dient der Sicherung der nationalen Energieversorgung durch die zügige Einbindung verflüssigten Erdgases in das bestehende Fernleitungsnetz.

(2) Mit den Vorschriften dieses Gesetzes sollen die beschleunigte Zulassung der Errichtung und der Inbetriebnahme der in § 2 bezeichneten Vorhaben sowie die beschleunigte Durchführung von Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge für die Errichtung und die Inbetriebnahme der in § 2 bezeichneten Vorhaben ermöglicht werden.

§ 2 Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für die Zulassung:

1. stationärer

a) schwimmender Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung verflüssigten Erdgases,

b) landgebundener Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung verflüssigten Erdgases

(LNG-Anlagen),

2. Leitungen, die der Anbindung von LNG-Anlagen zur Lagerung und Wiederverdampfung verflüssigten Erdgases an die Gasversorgungsnetze dienen (LNG-Anbindungsleitungen),

3. Gewässerausbauten und Gewässerbenutzungen, die für Errichtung und Betrieb der LNG-Anlagen erforderlich sind.

Im Falle des Satzes 1 Nummer 2 können auf Antrag des Vorhabenträgers die für den Betrieb von Anbindungsleitungen von LNG-Anlagen notwendigen Anlagen in das Zulassungsverfahren integriert werden.

(2) Dieses Gesetz gilt nur für die in der Anlage bezeichneten Vorhaben.

(3) Dieses Gesetz gilt zudem für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für Vorhaben nach Absatz 2.

§ 3 Besonderes Interesse

Die in der Anlage bezeichneten Vorhaben sind für die sichere Gasversorgung Deutschlands besonders dringlich. Für diese Vorhaben wird die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der Bedarf zur Gewährleistung der Versorgung der Allgemeinheit mit Gas festgestellt. Die unverzügliche Durchführung dieser Vorhaben ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

§ 4 Ausnahmen von der Umweltverträglichkeit

(1) Abweichend von § 1 Absatz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung wendet die für die Zulassungsentscheidung zuständige Behörde bei Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 nicht an, wenn eine beschleunigte Zulassung des konkreten Vorhabens geeignet ist, einen relevanten Beitrag zu leisten, die Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden.

(2) Wird nach Absatz 1 keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, entfallen auch die entsprechenden, in fachrechtlichen Vorschriften geregelten Pflichten des Antragstellers und Aufgaben der Behörden.

(3) Die weiteren Zulassungsvoraussetzungen bleiben unberührt, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Bestimmungen etwas anderes ergibt.

(4) Der Öffentlichkeit sind vor Erteilung der Zulassung folgende Informationen zugänglich zu machen:

1. der Entwurf der Zulassungsentscheidung einschließlich Begründung,
2. jedenfalls die wesentlichen Antragsunterlagen einschließlich der Unterlagen, mit denen die wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt dargestellt werden,
3. die Gründe für die Gewährung der Ausnahme von den Anforderungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die Zugänglichmachung erfolgt für die Dauer von vier Tagen mittels physischer Auslegung oder elektronischer Lesegeräte in Räumen der Zulassungsbehörde sowie mittels Veröffentlichung auf der Internetseite der Zulassungsbehörde.

(5) Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium unterrichtet die Europäische Kommission vor Erteilung der Zulassungsentscheidung über die Gründe der Gewährung dieser Ausnahme und übermittelt ihr die Informationen, die die zuständige Behörde der betroffenen Öffentlichkeit nach Absatz

4 zur Verfügung stellt. Zu diesem Zweck übermittelt die zuständige Behörde rechtzeitig, spätestens vier Tage vor der Entscheidung über die Zulassung des Vorhabens, dem für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständigen Bundesministerium die der Öffentlichkeit zugänglich zu machenden Informationen.

§ 5 Maßgaben für die Anwendung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung

(1) Das Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458) geändert worden ist, ist für die Zulassung von Anlagen nach § 2 Nummer 1 und 2 dieses Gesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass:

1. abweichend von § 10 Absatz 3 Satz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes der Antrag und die vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, nach der Bekanntmachung eine Woche zur Einsicht auszulegen sind,
2. abweichend von § 10 Absatz 3 Satz 4 die Öffentlichkeit bis eine Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist gegenüber der zuständigen Behörde schriftlich oder elektronisch Einwendungen erheben kann; diese Frist gilt auch bei Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie.
3. sofern die zuständige Behörde einen Erörterungstermin nach § 10 Absatz 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für erforderlich oder zweckmäßig hält, dieser physisch oder digital (in Form einer Videokonferenz) oder hybrid (zeitgleiche Teilnahme durch physische oder digitale Präsenz) durchgeführt werden kann.
4. Die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist mit der Bestimmung zu erteilen, dass der Betrieb der Anlage mit flüssigem Erdgas spätestens am 31. Dezember 2040 einzustellen ist.
5. Die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes kann beginnend ab dem 1. Januar 2035 nur für einen Betrieb mit Wasserstoff, der elektrochemisch durch den Verbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wurden, und Derivaten hiervon, erteilt werden.

(2) Für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 4 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 1011), die zuletzt geändert worden ist durch Artikel 2 Absatz 3 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr.

166/2006 vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) gelten die Maßgaben des Absatzes 1 entsprechend.

§ 6 Maßgaben für die Anwendung des Bundes-Naturschutzgesetzes

Das Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist, ist bei der Zulassung von Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Abweichend von § 17 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes kann in einer Zulassungsentscheidung die Herstellung eines Benehmens sowie die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 15 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes bis zu zwei Jahre nach Erteilung der Zulassungsentscheidung erfolgen. Hierfür hat der Verursacher nach Erteilung der Zulassungsentscheidung die erforderlichen Angaben nach § 17 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes nachträglich zu machen. § 15 Absatz 4 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes findet entsprechend Anwendung.
2. Mit der Umsetzung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist innerhalb von drei Jahren nach der Festsetzung zu beginnen.
3. Die Regelung des § 18 des Bundesnaturschutzgesetzes bleibt unberührt.

§ 7 Maßgaben für die Anwendung des Wasserhaushaltsgesetzes

Das Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, ist bei der Zulassung von Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Abweichend von § 70 Absatz 1 Satz 1 WHG i.V.m. § 73 Absatz 3 Satz 1 VwVfG ist der Plan für die Dauer von mindestens einer Woche zur Einsicht auszulegen.
2. Abweichend von § 70 Absatz 1 Satz 1 WHG i.V.m. § 73 Absatz 4 Satz 1 VwVfG kann jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, bis zu einer Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist Einwendungen gegen den Plan erheben.
3. Abweichend von § 70 Absatz 1 Satz 1 WHG i.V.m. § 73 Absatz 6 Satz 1 VwVfG kann die zuständige Behörde einen Erörterungstermin durchführen, soweit sie diesen für erforderlich hält. Dieser kann physisch oder in Form einer Videokonferenz oder als eine Mischung von beidem (hybrid) durchgeführt werden.
4. Durch die Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zum Zwecke der Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas sind in der Regel keine schädlichen, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbaren oder nicht ausgleichbaren Gewässeränderungen im Sinne des § 12 Absatz 1 Nummer 1 zu erwarten.

§ 8 Maßgaben für die Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes

(1) Das Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 84 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, ist bei der Zulassung von Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Abweichend von § 43a EnWG gilt für das Anhörungsverfahren:
 - a) Der Plan ist abweichend von § 73 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für die Dauer von einer Woche auszulegen.
 - b) Einwendungen gemäß § 73 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes können nur bis eine Woche nach Ablauf der Auslegungsfrist erhoben werden.
 - c) Ein Erörterungstermin kann in den Fällen des § 2 Nummer 3 stattfinden, soweit die zuständige Behörde diesen für erforderlich hält. Dieser kann physisch oder in Form einer Videokonferenz oder als eine Mischung von beidem (hybrid) durchgeführt werden.
2. Kampfmittelräumungen und archäologische Untersuchungen bzw. Bergungen gelten als Vorarbeiten im Sinne des § 44 des Energiewirtschaftsgesetzes.
3. Der Vorhabenträger kann bereits nach Ablauf der Einwendungsfrist verlangen, dass das Verfahren der vorzeitigen Besitzeinweisung nach § 44b des Energiewirtschaftsgesetzes durchgeführt wird.
4. Für den vorzeitigen Baubeginn müssen die Voraussetzungen des § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 3. und 4 sowie des § 44c Absatz 1 Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht vorliegen.

(2) Soweit aufgrund der hier vorgesehenen Verfahrensvereinfachungen Regelungen des Fachrechts entfallen, finden auch die Regelungen des Verwaltungsverfahrenrechts keine Anwendung.

§ 9 Beschleunigte Vergabe- und Nachprüfungsverfahren

(1) Für die Vergabeverfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für Vorhaben nach § 2 sind die vergaberechtlichen Vorschriften nach folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. § 97 Absatz 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist nicht anzuwenden.
2. Mittelständische Interessen sind auch bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge nicht vornehmlich zu berücksichtigen. Leistungen brauchen nicht in der Menge aufgeteilt und getrennt nach Art oder Fachgebiet vergeben werden. Wird ein Unternehmen, das nicht öffentlicher Auftraggeber ist, mit der Wahrnehmung oder Durchführung einer öffentlichen Aufgabe betraut,

muss der öffentliche Auftraggeber das Unternehmen nicht verpflichten, sofern es Unteraufträge an Dritte vergibt, Leistungen in der Menge aufgeteilt und getrennt nach Art oder Fachgebiet zu vergeben.

3. Ergänzend zu § 134 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entfällt die Informations- und Wartepflicht auch
 - a. in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb gerechtfertigt ist, und
 - b. in Fällen, in denen der Bieter, dem der Zuschlag erteilt wird, der einzige Bieter ist und es keine weiteren Bewerber gibt.
4. Abweichend von § 135 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen kann von einer Feststellung der Unwirksamkeit auf Antrag des Auftraggebers oder von Amts wegen bei Vorhaben nach § 2 abgesehen werden, wenn nach Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte, unter Berücksichtigung des Zweckes des § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 zwingende Gründe eines Allgemeininteresses es rechtfertigen, die Wirkung des Vertrages zu erhalten. Das besondere Interesse rechtfertigt es in der Regel, die Wirkung des Vertrages zu erhalten. In Fällen des Satzes 1 sind alternative Sanktionen nach Nummer 6 zu erlassen. §§ 156 Absatz 3, 179 Absatz 1 und 181 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bleiben daneben unberührt.
5. Wird die Unwirksamkeit eines Vertrages festgestellt, ist die Wirkung der Aufhebung abweichend von § 135 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf die Verpflichtungen beschränkt, die noch zu erfüllen sind. In Fällen des Satzes 1 sind auch alternative Sanktionen nach Nummer 6 zu erlassen. Nummer 4 Satz 4 gilt entsprechend.
6. Alternative Sanktionen nach Nummer 4 und 5 umfassen die Verhängung von Geldbußen gegen den Auftraggeber oder die Verkürzung der Laufzeit des Vertrages. Die Geldbuße darf höchstens 15 Prozent des Auftragswertes betragen.
7. § 14 Absatz 4 Nummer 3 der Vergabeverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691) geändert worden ist, ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass
 - a. die äußerst dringlichen, zwingenden Gründe sowie der Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte, als vorliegend anzusehen sind,
 - b. in der Regel die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und
 - c. die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen sind.
 Satz 1 gilt entsprechend für § **[Sektorenverordnung etc.]**.
8. § 17 Absatz 8 der Vergabeverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691) geändert worden ist, ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die hinreichend begründete Dringlichkeit als vorliegend anzusehen ist. Satz 1 gilt entsprechend für § **[andere Verfahren Vergabeverordnung; Sektorenverordnung etc.]**.

9. Abweichend von § 51 Absatz 2 Satz 1 der Vergabeverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691) geändert worden ist, kann bei Vergabeverfahren, die aufgrund der Nummer 7 als Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden, auch nur ein Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, sofern dieses Unternehmen als einziges in der Lage ist, den Auftrag innerhalb der durch die äußerste Dringlichkeit bedingten technischen und zeitlichen Zwänge zu erfüllen. Satz 1 gilt entsprechend für § [Sektorenverordnung etc.].

(2) Für Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer sind für Vorhaben nach § 2 die vergaberechtlichen Vorschriften nach folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. Ergänzend zu § 166 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen kann auch nach Lage der Akten entschieden werden, soweit dies der Beschleunigung dient. ²Die mündliche Verhandlung kann im Wege der Bild- und Tonübertragung nach § 128a der Zivilprozessordnung durchgeführt werden.
2. Abweichend von § 167 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen trifft und begründet die Vergabekammer ihre Entscheidung innerhalb einer Frist von drei Wochen ab Eingang des Nachprüfungsantrages. Abweichend von § 167 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Gesetzes kann die Entscheidungsfrist von drei Wochen nur einmalig und höchstens um zwei Wochen verlängert werden kann.
3. Bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen nach § 168 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen hat die Vergabekammer auch den Zweck nach § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen.
4. Bei der Abwägung nach § 169 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen über die vorzeitige Gestattung des Zuschlags sind zusätzlich der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen. Das besondere Interesse überwiegt in der Regel bei Vorhaben nach § 2. Die Entscheidung ist unverzüglich, längstens innerhalb von einer Woche nach Eingang des Antrags auf Voraberteilung des Zuschlags zu treffen und zu begründen. Der Zuschlag kann abweichend von § 169 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nach der Gestattung unmittelbar erteilt werden, soweit die Wartepflicht nach § 134 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht noch läuft. Bei Entscheidungen nach § 169 Absatz 2 Satz 6 und 7 und Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist auch der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt.

(3) Für die sofortige Beschwerde sind für Vorhaben nach § 2 die vergaberechtlichen Vorschriften nach folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. § 171 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass es auf die Frist in ihrer Ausgestaltung nach Absatz 2 Nummer 2 ankommt.
2. Abweichend von § 172 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist die sofortige Beschwerde binnen einer Notfrist von einer Woche einzulegen.
3. Abweichend von § 173 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entfällt die aufschiebende Wirkung gegenüber der Entscheidung der Vergabekammer bereits eine Woche nach Ablauf der Beschwerdefrist und kann nur für bis zu sechs Wochen verlängert werden. Bei der Abwägung nach § 173 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind zusätzlich der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt.
4. Ergänzend zu § 176 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist bei der Abwägung der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt. ²Abweichend von § 176 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist die Vorabentscheidung über den Zuschlag längstens innerhalb von einer Woche nach Eingang des Antrags zu treffen und im Fall einer ausnahmsweisen Verlängerung der Zweck des § 1 sowie das besondere Interesse nach § 3 zu berücksichtigen, welches in der Regel überwiegt.
5. § 177 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist nicht anzuwenden.
6. Das Gericht kann im Ausnahmefall nach Lage der Akten entscheiden, insbesondere wenn dies der Beschleunigung dient und kein unmittelbarer Eindruck der Parteien oder direkter Austausch des tatsächlichen und rechtlichen Vortrags erforderlich ist. Die mündliche Verhandlung kann im Wege der Bild- und Tonübertragung nach § 128a der Zivilprozessordnung durchgeführt werden.
7. § 178 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Beschwerdeentscheidung innerhalb einer Frist von fünf Wochen ab Eingang der sofortigen Beschwerde zu treffen und zu begründen ist. Bei besonderen tatsächlichen oder rechtlichen Schwierigkeiten kann der Vorsitzende im Ausnahmefall die Frist durch Mitteilung an die Beteiligten einmalig um höchstens zwei Wochen verlängern. Abweichend von § 178 Satz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entscheidet das Gericht stets in der Sache selbst.

(4) Bei Vergaben von öffentlichen Aufträgen, deren geschätzter Auftragswert ohne Umsatzsteuer die durch § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Bezug genommenen Schwellenwerte nicht erreicht oder überschreitet, sind

- für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung - UVgO),

- für die Vergabe von Bauleistungen Teil A Abschnitt 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A).

für Vorhaben nach § 2 durch Vergabestellen des Bundes nicht anzuwenden.

(5) Bei Verfahren vor Gerichten der Zivil- oder Verwaltungsgerichtsbarkeit über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für Vorhaben nach § 2, für die ein Nachprüfungsverfahren nach Absatz 2 nicht statthaft ist, sind alle bestehenden Beschleunigungsmöglichkeiten des jeweiligen Prozessrechts zu nutzen und Interessenabwägungen, insbesondere beim vorläufigen Rechtsschutz, unter Berücksichtigung des Zweckes nach § 1 sowie des besonderen Interesses nach § 3 zu treffen. Dieser Absatz gilt nicht für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen.

§ 10 Weitere Verfahrensordnungen

(1) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 eine ortsübliche oder öffentliche Bekanntmachung angeordnet und ist nach den dafür geltenden Vorschriften der Anschlag an einer Amtstafel oder die Auslegung zur Einsichtnahme vorgesehen, ist § 2 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, mit der Maßgabe anzuwenden, dass eine Befristung auf Bekanntmachungen, deren Frist mit dem Ablauf des 31. Dezember 2022 endet, nicht stattfindet.

(2) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 die Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen vorgesehen, auf die nach den für die Auslegung geltenden Vorschriften nicht verzichtet werden kann, ist § 3 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, mit der Maßgabe anzuwenden, dass eine Befristung auf Bekanntmachungen, deren Frist mit dem Ablauf des 31. Dezember 2022 endet, nicht stattfindet.

(3) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 die Durchführung eines Erörterungstermins oder einer mündlichen Verhandlung vorgesehen, ist § 5 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, mit der Maßgabe anzuwenden, dass ersatzweise eine Online-Konsultation durchgeführt werden kann.

§ 11 Rechtsbehelfe

(1) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Zulassungsentscheidung für die Vorhaben nach § 2 haben keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs oder der Anfechtungsklage gegen eine Zulassungsentscheidung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung der Zulassungsentscheidung gestellt und begründet werden. Darauf ist in der Rechtsbehelfsbelehrung hinzuweisen. § 58 der Verwaltungsgerichtsordnung gilt entsprechend.

(2) Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch die Zulassungsentscheidung Beschwerde einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

(3) Im Übrigen bleibt der bestehende Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten durch dieses Gesetz unberührt.

(4) § 9 Absatz 2 und 3 bleiben unberührt.

§ 12 Zuständigkeit des BVerwG

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet im ersten und letzten Rechtszug über Vorhaben nach § 2. Satz 1 ist auch anzuwenden für auf diese Vorhaben und auf für deren Betrieb notwendige Anlagen bezogene Zulassungen des vorzeitigen Baubeginns und Anzeigeverfahren sowie für Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für Anlagen, die für den Betrieb dieser Vorhaben notwendig sind.

§ 13 Übergangsregelungen

(1) Die Regelungen dieses Gesetzes sind auch auf bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnene aber noch nicht abgeschlossene Zulassungsverfahren für die Errichtung und die Inbetriebnahme von Anlagen für Flüssigerdgas sowie von Leitungen anzuwenden.

(2) Abweichend von Absatz 1, kann die zuständige Behörde entscheiden, ob ein Verfahrensschritt, der bereits begonnen, aber noch nicht abgeschlossen wurde, nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden soll oder ob der Verfahrensschritt nach den zum Zeitpunkt des Beginns des Zulassungsverfahrens geltenden Vorschriften beendet werden soll. Ein Verfahrensschritt, der bereits begonnen aber noch nicht abgeschlossen wurde, ist jedoch neu zu beginnen, wenn er nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt wird. Ein Verfahrensschritt nach Satz 2 muss nicht beendet werden, wenn er nach diesem Gesetz entfallen kann.

(3) Für Verfahrensschritte, bei denen von einer Regelung nach § 3 bis ...[§ vor Übergangsvorschrift] Gebrauch gemacht worden ist und die mit Ablauf des 31. Dezember 2025 noch nicht abgeschlossen sind, gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes bis zum Abschluss des jeweiligen Verfahrensschrittes weiter.

Kommentiert [BAK1]: Strittig – Leitungsvorbehalt
BMWK - BMUV

(4) Fallen Verfahrensschritte nach diesem Gesetz weg, sind auch die entsprechenden Fehlerfolgenregelungen insoweit nicht anwendbar.

(5) ¹Die Regelungen des § 9 sind auch auf vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnene, aber noch nicht abgeschlossene Vergabe- und Nachprüfungsverfahren anzuwenden, die die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen von Vorhaben nach § 2 zum Gegenstand haben; für § 9 Absatz 1 Nummer 1, 2, 7, 8 und 9 sowie Absatz 4 gilt dies nur soweit das Vergabeverfahren nach dem 24. Februar 2022 begonnen hat. ²Insbesondere sind § 9 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 sowie die Regelungen zum Rechtsschutz nach § 9 Absatz 2, 3 und 5 auch anzuwenden, wenn bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes das Vergabeverfahren abgeschlossen oder der Vertrag geschlossen wurde. ³Die Fristen nach § 9 Absatz 2 und 3 laufen bei bereits begonnenen Nachprüfungsverfahren frühestens ab Inkrafttreten dieses Gesetzes; soweit die bisher geltenden Fristen im Einzelfall früher ablaufen, sind diese weiter anzuwenden.

§ 14 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die §§ 1 bis... [alle außer (§ 11 und § 9 Abs. 2, 3 und 5), Gericht, Übergangsbestimmung,] treten mit dem Ablauf des 31. Dezember 2025 außer Kraft. Im Übrigen tritt das Gesetz mit Ausnahme des § [Rechtsschutz (einschließlich § 9 Abs. 2, 3 und 5), Gericht und § 5 Absatz 1 Nummer 5] mit Ablauf des 30. Juni 2030 außer Kraft.

Kommentiert [BAK2]: Ggf. 30. Juni 2025

Kommentiert [BAK3]: Ggf. 2027

Begründung:**Zu § 1**

Mit dem am 24. Februar 2022 erfolgten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die energie- und sicherheitspolitische Bewertung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen unvorhergesehen kurzfristig und fundamental geändert. U.a. ist eine Unterbrechung bisher für die Energieversorgung zentraler russischer Erdgaslieferungen an Deutschland (aktuell 40% der nationalen Gasversorgung, bei einem Gesamtverbrauch von rund 1.000 TWh oder 96 Mrd. m³ pro Jahr) nicht mehr ausgeschlossen, sei es aufgrund russischer Entscheidungen, aufgrund von EU-Sanktionen oder aufgrund der erforderlichen Aktualisierung energie- und sicherheitspolitischer Bewertungen. Durch den Krieg und seine Folgen ist eine unvorhersehbare, außergewöhnliche und volatile Lage am Gasmarkt entstanden.

Aufgrund des unvorhersehbaren Angriffskrieges und seiner auch energie- und sicherheitspolitischen Folgen im Zusammenspiel mit der bislang bestehenden Import-Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen ist der schnellstmögliche Aufbau einer unabhängigeren deutschen Gasversorgung äußerst dringlich und zwingend erforderlich.

Wegen der geringen Substituierbarkeit von Gas durch andere Energieträger muss zur Sicherstellung der Versorgung zwingend Gas aus anderen Quellen beschafft werden. Eine der wenigen Möglichkeiten Deutschlands, auf dem Weltmarkt kurzfristig an zusätzliche Gasmengen zu gelangen, ist der Einkauf von verflüssigtem Erdgas (LNG). Um das LNG in Deutschland anlanden, umwandeln und verwenden zu können, ist der umgehende Ausbau der LNG-Importinfrastruktur [Floating Storage and Regasification Units (FSRU's), landgebundene LNG-Terminals und LNG-Anbindungsleitungen] unverzichtbar.

Die Versorgung mit Erdgas war bereits im Winter 2021/2022 durch einen geringen Speicherfüllstand gekennzeichnet. Zwar reichen die Erdgasimporte aus Norwegen, den Niederlanden und LNG-Importe (insb. USA; QAT anlaufend) in Verbindung mit den gegenwärtig vorhandenen rd. 64 TWh (Stand: 05.04.2022) in den Speichern zur Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher grundsätzlich in den nächsten Monaten wegen des fehlenden Heizbedarfs im Sommer aus. Wenn die russischen Gaslieferungen aber ausfallen sollten, was in der gegenwärtigen Konfliktlage jederzeit möglich ist, würde eine hinreichende Befüllung der Speicher im Sommer in Vorbereitung auf den nächsten Winter unmöglich; u.a. die Erfüllung der mit dem Gasspeichergesetz und der geplanten EU-Regulierung gesetzten Füllstandsvorgaben stünde in Gefahr. Eine solche Gasmangellage muss mit allen Kräften vermieden werden. Im Ergebnis könnte die staatliche Daseinsvorsorge- und die Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland dann nicht mehr gewährleistet werden. Folge wären auch hohe, in ihren Auswirkungen nur schwer abschätzbare wirtschaftliche Schäden, auch in Branchen, die zur kritischen Infrastruktur gehören (z.B. Pharma- oder Lebensmittelproduktion).

Dort wäre mit Produktionsausfällen und damit einhergehender Unterversorgung der Bevölkerung zu rechnen. Es liegt somit bei den Vorhaben nach § 2 neben den äußerst dringlichen Gründen auch eine Gefährdung überragender öffentlicher Interessen vor (vgl. auch Begründung zu § 3).

Um die Möglichkeit für zusätzliche LNG-Importe zu schaffen, muss schnellstmöglich die Möglichkeit geschaffen werden, LNG auch in Deutschland zu regasifizieren und damit auf Ebene der Infrastruktur die Voraussetzung für den Bezug größerer LNG-Mengen zu ermöglichen. Die Kapazität der bisher vorhandenen, für Deutschland nur teilweise nutzbaren europäischen LNG-Terminals kann – selbst bei einhundertprozentiger Auslastung – den Ausfall der russischen Lieferungen für Europa nur zu einem sehr geringen Teil decken. Gleichzeitig sind mit dem Ausfall der russischen Pipeline- und LNG-Lieferungen massive Preissteigerungen für Erdgas auf dem europäischen und internationalen Markt zu erwarten.

Ohne die schnellstmögliche Errichtung der entsprechenden LNG-Infrastruktur ist eine Substituierung des russischen Gases in dem zur Abwendung schwerster wirtschaftlicher Schäden zwingend erforderlichen Umfang auf absehbare Zeit nicht möglich. Bei einer vollständigen Einstellung der Erdgaslieferungen aus Russland reichen insbesondere auch die auf dem Weltmarkt verfügbaren FSRUs nicht aus, um den Ausfall in den kommenden Jahren gänzlich zu kompensieren.

Daher bedarf es neben der Genehmigung von schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRU), die kurzfristig angemietet und in Betrieb genommen werden können, auch der schnellstmöglichen Errichtung und Inbetriebnahme landgebundener LNG-Terminals. Für feste und schwimmende LNG-Anlagen müssen auch die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Anlagen müssen insbesondere an das Erdgasleitungsnetz angeschlossen und zum Teil Hafenanlagen angepasst werden.

Wegen der derzeit bestehenden Ausnahmesituation, die eine schnelle und verlässliche Sicherung der Energieversorgung durch LNG erfordert, wird den Genehmigungsbehörden vorübergehend ermöglicht, von bestimmten Verfahrensanforderungen, insbesondere im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung, abzusehen. Daneben wird Auftraggebern ermöglicht, vorübergehend vergaberechtliche Erleichterungen zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen anzuwenden. Ziel des Gesetzes ist es, alle Zulassungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich schneller zu durchlaufen, als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist, und so zu zügigen Genehmigungen und Einbindung von LNG in den deutschen Markt zu gelangen. Um die schnellstmögliche Umsetzung effektiv zu gewährleisten, ist parallel auch der entsprechende Rechtsschutz jeweils zu beschleunigen. Diese Anpassungen sind ein äußerst wichtiger Beitrag für die Versorgungssicherheit in Deutschland und aufgrund der dadurch entstehenden Unabhängigkeit von Russland auch für die Sicherheit in Europa.

Die landgebundenen LNG-Terminals und die für die Anbindung der LNG Anlagen erforderlichen Erdgasleitungen sollen zudem kurz- und mittelfristig auf Wasserstoff

umgestellt werden. Es handelt sich damit gleichzeitig um Investitionen für den heimischen Wasserstoffmarkt und einen Beitrag für den Klimaschutz.

Kommentiert [BAK4]: Anpassung entsprechend BMWK-Vorschlag zur Befristung von LNG-Anlagen nach § 5

Zu § 2

Aktuell ändern sich in Deutschland die Grundlagen der Energieversorgung erheblich. Die zügige Realisierung von LNG-Vorhaben in den Küstenregionen liefert einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zur Erreichung der in § 1 genannten Zwecke. Es gilt im Interesse einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland die Voraussetzungen für einen schnellstmöglich zu realisierenden Ausbau der LNG-Infrastruktur in den Küstenregionen zu schaffen und damit einen Beitrag zur Bewältigung der Krisensituation zu leisten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt den sachlichen Anwendungsbereich des Gesetzes.

Dieser umfasst sowohl die stationären schwimmenden Anlagen (Nummer 1) und die stationären landgebundenen Anlagen (Nummer 2) als auch den gesamten Leitungsausbau samt weiterer (Teil-) Anlagen, sofern sie nicht bereits unter die Nummern 1 und 2 fallen (Nummer 3) sowie die hierfür erforderlichen Gewässerausbauten und Gewässerbenutzungen (Nummer 4).

Zu Nr. 1:

Erfasst werden stationäre schwimmende Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas, auch bezeichnet als „Floating Storage and Regasification Units“ (FSRU´s). Kern der schwimmenden Anlage ist ein spezielles Schiff, welches die Anlandung, Entladung, Speicherung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas (LNG) ermöglicht. Flüssiges Erdgas wird dabei von einem LNG-Tanker in eine schwimmende Anlage umgeladen und durch Erhitzung erneut in einen gasförmigen Zustand umgewandelt. Für die Erwärmung des verflüssigten Erdgases (LNG) wird regelmäßig Seewasser als Grundlage genutzt. Das wiederverdampfte Gas wird dann aus der schwimmenden Anlage über eine kurze Verbindungsleitung in die Hafenanlagen gepumpt und von dort ins Gasfernleitungsnetz eingespeist.

Zu Nr. 2:

Erfasst werden stationäre landgebundenen Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas. Der Anlagenbegriff erfasst dabei insbesondere sog. ortsfeste LNG-Terminals, welche zur Entladung von LNG-Tankern, Regasifizierung und Einspeisung des Erdgases in das Gasnetz dienen und/oder die Einlagerung des verflüssigten Erdgases bzw. den Weitertransport ermöglichen.

Zu Nr. 3

Bestandteil der Nummer 3 sind u.a. die Anbindungsleitungen von LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 des Energiewirtschaftsgesetzes. Eine spätere Umstellung der neuen Leitungen auf eine Wasserstofftauglichkeit (sog. Wasserstoff-Readiness) ermöglicht bereits das geltende Recht, vgl. § 43I Absatz 8 des Energiewirtschaftsgesetzes.

Zu Nr. 4

Erfasst werden Gewässerausbauten und Gewässerbenutzungen, die für Errichtung und Betrieb der Anlagen nach Nummer 1 oder 2 erforderlich sind. Dies kann etwa das Schaffen oder Vergrößern von Zufahrten für LNG-Tankschiffe mittels Vertiefungen umfassen oder aber die Nutzung von Seewasser zur Wiederverdampfung des verflüssigten Erdgases.

Zu Absatz 2

Der Absatz verweist auf einzelne Vorhaben in der Anlage.

Die in der Anlage erfassten ~~Vorhaben-Standorte sind erscheinen~~ für die Erfüllung des Gesetzeszwecks von herausragender ~~Bedeutung~~Eignung. ~~Nur a~~An diesen Standorten kann ~~davon ausgegangen werden, dass durch LNG-Vorhaben~~ ein zügiger und quantitativ wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Versorgung Deutschlands mit LNG ~~aufgrund der dortigen Bedingungen~~ geleistet werden kann. Die ~~Standorte se~~ verfügen sämtlich über die erforderlichen geografischen und nautischen Bedingungen, um ~~die LNG-Vorhaben~~ grundsätzlich realisieren zu können bzw. zügig die entsprechenden Voraussetzungen schaffen zu können. ~~Zudem erlauben die Vorhaben einen quantitativ erheblichen Beitrag zur Gasversorgung Deutschlands aufgrund der bestehenden bzw. zügig zu realisierenden Einfuhr-, Entladungs-, Lagerungs- und Wiederverdampfungsmöglichkeiten.~~

Kommentiert [LASDK5]: Anpassung der Begründung, wie von BMUV vorgeschlagen, um den Einzelfall deutlich zu machen

Ob und wie ein Vorhaben ~~beantragt, genehmigt und realisiert wird und ob im konkreten Fall die Verfahrenserleichterungen, die in diesem Gesetz vorgesehen sind, zur Anwendung kommen, realisiert wird,~~ wird erst in den Planungs- und Zulassungsverfahren entschieden. Die Anlage enthält keine verbindlichen Festlegungen über die Ausführung eines Vorhabens oder den konkreten Verlauf der Leitungen.

Vorhaben außerhalb des Anwendungsbereichs dieses Gesetzes können weiterhin realisiert werden und unterliegen den allgemeinen planungsrechtlichen Kriterien und Regelverfahren.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass dieses Gesetz auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für die Vorhaben nach Absatz 1 und 2 gilt. Für sie ist insbesondere – aber nicht nur – § 9 zu beachten.

Zu § 3

Die Anlage enthält abschließend die insgesamt ~~x~~ Gesamtvorhaben, für die die Regelungen dieses Gesetzes gelten. Diese Vorhaben können der Gewährleistung der Versorgungssicherheit in besonderem Maße dienen. Den Häfen in Norddeutschland kommt eine Schlüsselfunktion zu. Es bedarf eines Ausbaus der gesamten LNG-Infrastruktur, damit das verflüssigte Gas nach Deutschland geliefert werden kann und in das Fernleitungsnetz eingespeist werden kann. Derzeit steht der Bau von LNG-Terminals an den in der Anlage genannten Standorten in der Diskussion. Für diese Standorte schafft das Gesetz eine gesetzliche Planrechtfertigung und ein beschleunigtes Zulassungs- und Vergabeverfahren. Bei den in der Anlage erfassten Vorhaben handelt sich um Vorhaben von überregionaler Bedeutung. Sie gehen nach Bedeutung und Auswirkung über das Gebiet eines Landes hinaus. Die räumliche Verteilung der erfassten Infrastrukturen dient dazu, die Realisierung im gesamtstaatlichen Interesse zu steuern und so zur Verwirklichung der politischen Ziele der Gewährleistung der Versorgungssicherheit und der Schaffung einer zukunftsöffnen diversifizierten Gasversorgung beizutragen. Es besteht zudem eine besondere Dringlichkeit der Realisierung von einzelnen Vorhaben in der Küstenregion, die eine Aufnahme in die Anlage rechtfertigen. Der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland und damit zusammenhängend die Realisierung der Vorhaben sind von grundsätzlicher Bedeutung. Sie bedürfen aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses einer schnellstmöglichen Umsetzung.

Mit der Aufnahme in der Anlage werden für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der Bedarf zur schnellstmöglichen Gewährleistung der Versorgung der Allgemeinheit mit Gas festgestellt. Damit liegt die Planrechtfertigung vor. Eine Verpflichtung zur Realisierung der Vorhaben entsteht durch die Aufnahme in die Anlage nicht. Es handelt sich lediglich um eine Verfahrenserleichterung. ~~Durch die gesetzliche Bedarfsfeststellung bedarf es im weiteren Planungs- und Zulassungsverfahren in rechtlicher Hinsicht weder einer erneuten Darlegung von Seiten des Vorhabenträgers, noch der Prüfung von Seiten der Behörden.~~

Die Energieversorgung im Allgemeinen und die Sicherstellung einer auch ökologisch nachhaltigen Energieversorgung dienen dem grundlegenden Gemeinwohlzweck. Daher wird mit Satz 4 für die dem Anwendungsbereich dieses Gesetzes unterfallenden Vorhaben ein überragendes öffentliches Interesse festgestellt. Die Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unerlässlich für die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz (BVerfG Urt. v. 17.12.2013 – 1 BvR 3139/08, 1 BvR 3386/08 – BVerfGE 134, 242 ff. – Garzweiler II). Für die in der Anlage erfassten Vorhaben spricht daher ein überragender öffentlicher Zweck. Das normierte überragende öffentliche Interesse geht mit hohem Gewicht in sämtliche Abwägungsentscheidungen ein. Die legislative Grundentscheidung wirkt auf alle Entscheidungen, z.B. auch und insbesondere bei vorläufigen und endgültigen Entscheidungen in Vergabenaachprüfungsverfahren (vgl. im Einzelnen in § 9 Absatz 2 und 3), sowie bei Duldungsverfügungen oder Entscheidungen über einen vorzeitigen Baubeginn. Insoweit besteht gleichfalls ein öffentliches Interesse im Sinne von § 69 Absatz 2 WHG in Verbindung mit § 17

Absatz 1 Nummer 2 WHG an dem vorzeitigen Beginn, da die frühzeitige Realisierung der Gewässerbenutzung aus Gründen des allgemeinen Wohls zu befürworten ist.

Zudem sind die Vorhaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Für ggf. notwendige naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen nach § 34 Absatz 4 bzw. § 45 Abs. 7 Satz 1 Nummer 4 des Bundesnaturschutzgesetzes kommt die öffentliche Sicherheit als einer der aufgezählten Gründe in Betracht. Die Feststellung, dass die Vorhaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind, dient ebenfalls einer zügigen Projektrealisierung.

Zu § 4

Zu Absatz 1

Mit § 4 wird Art. 2 Absatz 4 der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Richtlinie) für die Sondersituation zur Abwendung einer drohenden Gasmangellage in DEU aufgrund der Bedrohungslage durch RUS in das nationale Recht umgesetzt. Absatz 1 sieht vor, dass die zuständige Behörde bei Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 nicht anwenden, wenn die bei der Prüfung der Zulassung für das konkrete Vorhaben zu der Einschätzung kommt, dass eine beschleunigte Zulassung einen relevanten wesentlichen Beitrag leisten kann, die drohende Krise der Gasversorgung in DEU zu bewältigen oder abzuwenden. Von einem relevanten wesentlichen Beitrag ist regelmäßig auszugehen, wenn über die konkrete Anlage mehr als nur geringfügig LNG eingespeist werden kann und soll und die Gasmangellage weiterhin vorliegt oder weiter droht, wofür eine Gaswarnstufe nach EU-VO XXX [hier die alte Formulierung nehmen?] ein Indiz ist, und sie nicht zwischenzeitlich durch andere neu hinzugekommene sichere Bezugsquellen dauerhaft weggefallen ist. Die Entscheidung von der Ausnahme Gebrauch zu machen, obliegt insofern der zuständigen Behörde im Einzelfall. Der europarechtlich zwingend vorgegebenen Anforderung aus der UVP-Richtlinie, auch im ausnahmsweisen Fall der Berufung auf Art. 2 Absatz 4 den Zielen der UVP-Richtlinie möglichst weitgehend zu entsprechen, wird Rechnung getragen insbesondere dadurch, dass die anderweitigen fachrechtlichen formellen und materiellen Anforderungen zum Schutze der Umwelt und damit auch der Schutzgüter der UVP-Richtlinie unberührt bleiben (s.u. zu § 4 Abs. 3) und zugleich ein unverzichtbarer Mindeststandard für die Öffentlichkeitsbeteiligung gewahrt bleibt (s.u. zu § 5 ff.). Im Übrigen sieht der § 4 die Information der EU-Kommission über die Geltendmachung der Ausnahme im Einzelfall vor; das vorgesehene Verfahren richtet sich hier eng an der von der EU-Kommission für diese Konstellationen vorgesehenen Vorgehensweise aus (s.u. § 4 Abs. 4 und Abs. 5 LNG-Gesetz, vgl. auch die Bekanntmachung der EU-Kommission im Amtsblatt der Europäischen Union vom 14.11.2019, DOK 2019 / C 386 / 05 „Leitfaden zur Anwendung der Ausnahmen im Rahmen der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung“)

Kommentiert [GJ6]: auf an das endgültige Wording bei § 4 Abs. 1 anpassen („wesentlich“?)

Kommentiert [GJ7]: o.

Kommentiert [GJ8]: Das ist hier gut gelöst in der Begründung. Ist in E. besser, als das mit Macht noch oben in den Regelungsteil mit hineinzuquetschen

Kommentiert [GJ9]: Verweis prüfen, ggf. anpassen

Kommentiert [GJ10]: Zitierweise bitte rechtsförmlich nochmal prüfen

Zu Absatz 2

Macht die zuständige Behörde nach Absatz 1 von der Ausnahme von den Pflichten des UVPG Gebrauch, so entfällt damit die Pflicht der antragstellenden Person Antragsellers zur Erstellung eines Umweltberichts sowie die Pflicht der zuständigen Behörde die Öffentlichkeit entsprechend der Fristen nicht nur, soweit diese Vorgaben im UVPG geregelt sind, sondern auch, soweit sich solche Vorgaben unmittelbar aus anderen Gesetzen, etwa aus dem Fachrecht ergeben, wie in den Verfahrensvorschriften der 9. BImSchV.

Kommentiert [GJ11]: **C I 1** bitte nochmal prüfen. Notfalls den Hinweis einfach weglassen?

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass die weiteren Zulassungsvoraussetzungen unberührt bleiben, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nicht etwas anderes ergibt. Damit wird das Schutzniveau für Umwelt und Gesundheit gewahrt und auch sichergestellt, dass durch die Inanspruchnahme der Ausnahmemöglichkeit nach Art. 2 Abs. 4 UVP-Richtlinie die Ziele der Richtlinie – d.h. der Schutz der Rechtsgüter dieser Richtlinie – auch ohne die Durchführung einer formellen Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung Berücksichtigung finden.

Zu Absatz 4

Absatz 4 bestimmt, dass der Öffentlichkeit vor Erteilung der Zulassung bestimmte Informationen zugänglich zu machen sind. Hierzu gehören der Entwurf der Zulassungsentscheidung einschließlich der Begründung, zumindest die wesentlichen Antragsunterlagen, einschließlich der Unterlagen, mit denen die wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt dargestellt werden, sowie die Gründe gem. § 4 Abs. 1 für die Gewährung der Ausnahme von den Anforderungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Behörde

Mit dieser Regelung soll entsprechend den europarechtlichen Anforderungen ein Mindestmaß an Transparenz auch in der Ausnahmekonstellation sichergestellt werden, die einen Verzicht auf Vorgaben der UVP-Richtlinie erlaubt.

Die Vorgaben zur Zugänglichmachung gelten nur für die abschließenden Zulassungstatbestände, nicht vorläufige Entscheidungen über vorläufige Maßnahmen wie etwa einen vorzeitigen Baubeginn oder eine vorzeitige Besitzeinweisung.

Zu Absatz 5

Die UVP-Richtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten die Europäische Kommission vor Erteilung der Genehmigung über die Gründe für die Gewährung dieser Ausnahme unterrichten und ihr die Informationen übermitteln, die sie gegebenenfalls ihren eigenen Staatsangehörigen zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund sieht Absatz 5 vor, dass die zuständige Behörde das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium über das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatz 1 für ein Zulassungsverfahren unterrichtet und ihm die Informationen, die es nach Absatz 4 der Öffentlichkeit zugänglich macht, übermittelt. Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium unterrichtet dann die Europäische Kommission und übermittelt ihr die Informationen nach Satz 1. Die

Unterrichtung und Übermittlung der Informationen durch die zuständige Behörde hat mindestens vier Tage vor der Zulassungsentscheidung zu erfolgen. Insoweit dient auch diese Regelung der Verfahrensbeschleunigung. Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium nimmt dabei keine inhaltliche Prüfung der Behördenentscheidung vor, sondern unterrichtet die Europäischen Kommission lediglich über die Entscheidung zur Gewährung der Ausnahme durch die zuständige Behörde.

Kommentiert [GJ12]: Klarstellungen.

Zu Absatz 1

Mit § 4 wird Art. 2 Absatz 4 der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Richtlinie) in das nationale Recht umgesetzt. Absatz 1 sieht hierfür vor, dass die zuständige Behörde bei Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 nicht anwenden, wenn eine beschleunigte Zulassung erforderlich ist, einen Beitrag zu leisten, eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden. Die Entscheidung von der Ausnahme Gebrauch zu machen, obliegt insofern der zuständigen Behörde im Einzelfall. Der Anforderung aus der UVP-Richtlinie, auch im Falle des Art. 2 Absatz 4 den Zielen der UVP-Richtlinie möglichst weitgehend zu entsprechen, wird durch die anderweitigen fachrechtlichen formellen und materiellen Anforderungen Rechnung getragen.

Zu Absatz 2

Macht die zuständige Behörde nach Absatz 1 von der Ausnahme von den Pflichten des UVPG Gebrauch, so entfällt damit u.a. auch die Pflicht des Antragstellers zur Erstellung eines Umweltberichts sowie die Pflicht der zuständigen Behörde die Öffentlichkeit entsprechend der Fristen nach dem UVPG bzw. nach dem Fachrecht zu beteiligen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass die weiteren Zulassungsvoraussetzungen unberührt bleiben, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nicht etwas anderes ergibt.

Zu Absatz 4

Absatz 4 bestimmt, dass der Öffentlichkeit vor Erteilung der Zulassung bestimmte Informationen zugänglich zu machen sind. Hierzu gehören der Entwurf der Zulassungsentscheidung einschließlich der Begründung, zumindest die wesentlichen Antragsunterlagen, einschließlich der Unterlagen, mit denen die wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt dargestellt werden, sowie die Gründe für die Gewährung der Ausnahme von den Anforderungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Zu den wesentlichen Antragsunterlagen gehören [...]

Kommentiert [BAK13]: BMUV-Zulieferung steht noch aus

Die Vorgaben zur Zugänglichmachung erfassen nur Zulassungstatbestände, nicht vorläufige Entscheidungen über vorläufige Maßnahmen wie etwa einen vorzeitigen Baubeginn oder eine vorzeitige Besitzeinweisung.

Zu Absatz 5

Die UVP-Richtlinie sieht bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten vor, dass die Mitgliedstaaten die Europäische Kommission vor Erteilung der Genehmigung über die Gründe für die Gewährung dieser Ausnahme unterrichten und ihr die Informationen übermitteln, die sie gegebenenfalls ihren eigenen Staatsangehörigen zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund sieht Absatz 5 vor, dass die zuständige Behörde das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium über das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatz 1 für ein Zulassungsverfahren unterrichtet und ihm die Informationen, die es nach Absatz 4 der Öffentlichkeit zugänglich macht, übermittelt. Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium unterrichtet dann die Europäische Kommission und übermittelt ihr die Informationen nach Satz 1. Die Unterrichtung und Übermittlung der Informationen durch die zuständige Behörde hat mindestens vier Tage vor der Zulassungsentscheidung zu erfolgen. Insoweit dient auch diese Regelung der Verfahrensbeschleunigung und trägt dem Umstand Rechnung, dass das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium keine inhaltliche Prüfung der Behördenentscheidung vornimmt, sondern die Europäischen Kommission lediglich über die Entscheidung zur Gewährung der Ausnahme durch die zuständige Behörde unterrichtet.

Zu § 5**Zu Absatz 1**

Absatz 1 enthält Maßgaben, soweit bei der Zulassung von unter dieses Gesetz fallenden Anlagen Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) heranzuziehen sind.

Zu Nummer 1

Die in § 10 Absatz 3 Satz 2 BImSchG vorgesehene Auslegungsfrist von einem Monat wird auf eine Woche verkürzt.

Zu Nummer 2

Die in § 10 Absatz 3 Satz 4 BImSchG vorgesehenen Einwendungsfristen von zwei Wochen beziehungsweise – bei Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie – einem Monat werden auf eine Woche verkürzt.

Zu Nummer 3

Nach § 10 Absatz 6 BImSchG steht die Durchführung eines Erörterungstermins im Ermessen der Genehmigungsbehörde.

Mit dem Ziel einer Befriedung oder einer verstärkten Erläuterung kann die Genehmigungsbehörde einen Erörterungstermin durchführen. Bei Vorhaben im Anwendungsbereich des Gesetzes kann wegen der hohen Eilbedürftigkeit der Realisierung auch auf den Erörterungstermin verzichtet werden.

Auch eine physisch stattfindende Veranstaltung mit der Möglichkeit der digitalen Zuschaltung einzelner Personen oder Gruppen, eine sogenannte „hybride“ Veranstaltung, kann den Zweck des Erörterungstermins erfüllen.

Begründung zu Nr. 4:

Nummer 4 Satz 1 bestimmt, dass eine Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für Anlagen nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2 zwingend zu befristen ist. Sie kann längstens bis zum 31. Dezember 2040 befristet erteilt werden.

Das Bundesklimaschutzgesetz normiert das Ziel der Emissionsminderung bis 2040 um mind. 88 Prozent. Bis 2045 soll Treibhausgasneutralität erreicht werden. Aufgrund nicht vermeidbarer Emissionen in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft ist es erforderlich, bis 2040 keine emissionsbehaftete Energiewandlung zur Strom- oder Wärmeproduktion in nennenswerten Umfang zuzulassen. Daher ist eine nahezu vollständige Dekarbonisierung der Energiewandlung bis 2040 erforderlich. Erdgas wird als Energieträger zu diesem Zeitpunkt nahezu vollständig ersetzt sein.

Die Regelung stellt Kohärenz zwischen dem Bedürfnis kurz- bis mittelfristig zusätzliche Kapazitäten zur Einspeisung von Erdgas in das Fernleitungsnetz aufgrund der veränderten energie- und sicherheitspolitischen Bewertung der Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen zu schaffen und der Einhaltung der gesetzlich normierten Klimaschutzziele. So schafft die Regelung auch Planungssicherheit für die Betreiber und erlaubt es ihnen, die Befristung bereits im Vorhinein kalkulatorisch zu berücksichtigen.

Formatiert: Standard

Begründung zu Nr. 5:

Nummer 5 bestimmt, dass eine Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für eine Anlage nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2 ab dem 1. Januar 2035 nur für den Betrieb mit sogenanntem grünem Wasserstoff, also Wasserstoff, der elektrochemisch durch den Verbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt wurde, oder für den Betrieb mit einem Derivat von grünem Wasserstoff erteilt werden kann. Die Regelung trägt dem Umstand Rechnung, dass mit der Dekarbonisierung der Energiewandlung ein erhöhter Bedarf an grünem Wasserstoff einhergehen wird. Der Weiterbetrieb der Anlagen, die zunächst im Rahmen dieses Gesetzes zur Schaffung zusätzlicher Kapazitäten zur Einspeisung von Erdgas in das Fernleistungsnetz beschleunigt zugelassen werden, ab Mitte der 30er, spätestens jedoch ab dem 1. Januar 2041 auf Basis von grünem Wasserstoff oder einem Derivat hiervon ist daher sinnvoll und beabsichtigt. Dabei steht es den Betreibern frei, ob sie ihre Anlagen über das Jahr 2040 weiterbetreiben wollen. Mit der Regelung wird den Betreibern jedoch bereits vor Inbetriebnahme der Anlage ein Weg zur Nutzung über das Jahr 2040 hinaus, aufgezeigt. Auch dies schafft Planungssicherheit.

Formatiert: Vom nächsten Absatz trennen

Zu Absatz 2

Absatz 2 verweist für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 4 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV) auf die Maßgaben des Absatzes 1.

Zu § 6

Im Rahmen des Verfahrens zur Zulassung von Anlagen nach § 2 kann – nach Maßgabe des Fachrechts – die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung der §§ 13 ff. des Bundesnaturschutzgesetzes zu prüfen sein. Diese sieht vor, dass erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu vermeiden und – soweit unvermeidbar – zu kompensieren sind. Zur Kompensation werden in § 6 konkretisierende Regelungen getroffen.

Zu Nummer 1

Es wird geregelt, unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Maßgaben die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne der Eingriffsregelung von der Zulassungsentscheidung über ein Vorhaben im Sinne von § 2 zeitlich entkoppelt werden kann. Diese Entkoppelung umfasst auch ein etwaiges Benehmen mit den zuständigen Naturschutzbehörden. Ein Benehmen ist daher erst im Zeitpunkt der Festsetzung herzustellen.

Der Zulassungsbehörde wird die Möglichkeit eingeräumt, die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne des § 15 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes von der Zulassung eines Vorhabens im Sinne des § 2 zeitlich zu entkoppeln. So kann die Festsetzung der Maßnahmen bis zu zwei Jahre nach der Erteilung der Zulassungsentscheidung erfolgen. Eine zeitliche Entkoppelung ist in Konstellationen sinnvoll, in denen die Dringlichkeit zur Erteilung einer Zulassung besteht und das Zulassungsverfahren nicht durch die Konzipierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die behördliche Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen verzögert werden soll.

Absatz 1 Satz 2 stellt klar, dass die erforderlichen Angaben im Sinne des § 17 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes – insbesondere solche zum Ausgleich und Ersatz des Eingriffs – vom Vorhabenträger nicht bereits bei der Zulassungsentscheidung über das Vorhaben, sondern erst nachträglich vor der Entscheidung über die nachträgliche Festsetzung zu machen sind.

Durch Absatz 1 Satz 3 wird klargestellt, dass § 15 Absatz 4 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes, der die Festsetzung des Unterhaltungszeitraums von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Zulassungsbescheid vorsieht, entsprechend anzuwenden ist. Dies bedeutet, dass bei einer nachträglichen Festsetzung im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 auch der Unterhaltungszeitraum erst mit dieser Entscheidung festgesetzt wird.

Zu Nummer 2

Es wird zudem der Zeitraum der Umsetzung von festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen flexibilisiert. Demnach steht dem Vorhabenträger nach der – gegebenenfalls nachträglich im Sinne des Absatz 1 erfolgten – Festsetzung ein Zeitraum von weiteren drei Jahren zur Verfügung um mit der Umsetzung der Maßnahmen zu beginnen.

Zu Nummer 3

Es wird klargestellt, dass der § 18 des Bundesnaturschutzgesetzes, der das Verhältnis der Eingriffsregelung zum Baurecht regelt, auch in den Verfahren zur Zulassung von Vorhaben nach § 2 zu berücksichtigen ist. Die Eingriffsregelung ist demnach nur nach den entsprechenden Maßgaben anzuwenden.

Zu § 7

Hinsichtlich der Begründung zu den Nummern 1 bis 3 wird auf die Begründung zu § 5 Nummern 1 bis 3 verwiesen. Die Gründe für die Vereinfachungen des Verfahrens gelten entsprechend.

Nach Nr. 4 wird durch eine Regelvermutung im Sinne der Verfahrensbeschleunigung klargestellt, dass durch die Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zum Zwecke der Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas keine schädlichen, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbaren oder nicht ausgleichbaren Gewässeränderungen im Sinne des § 12 Absatz 1 Nummer 1 WHG zu erwarten sind. Bei der Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zu den genannten Zwecken muss insbesondere sichergestellt werden, dass Kühlwasser frei von Schadstofforganismen (insbesondere Bakterien und Legionellen) bleibt. Zu diesem Zwecke muss durch Auflagen zugunsten des betroffenen Gewässers zusätzlich sichergestellt werden, dass bei der Vermeidung des Entstehens von Schadorganismenstoffen auf den Einsatz von Bioziden verzichtet wird und diese durch entsprechende biozidfreie Stoffe ersetzt werden. Darüber hinaus sind in den Nebenbestimmungen standortspezifisch Regelungen im Hinblick auf die Gewässertemperatur angezeigt.

Zu § 8

Der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland ist ein sehr wichtiges Anliegen und Voraussetzung für die Aufnahme von LNG in das nationale Leitungsnetz. Die Fernleitungsnetzbetreiber sind aufgrund der Gasnetzzugangsverordnung verpflichtet, die erforderlichen Leitungen zwischen LNG-Anlagen und dem Fernleitungsnetz zu errichten und die LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz anzuschließen. Dies dient

dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland.

Um den Beteiligten eine möglichst frühzeitige Rechts- und Planungssicherheit bei der Errichtung von LNG-Anschlussleitungen zu ermöglichen, bedarf es der Anpassung der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Maßgaben stellen sicher, dass die erforderlichen Anbindungsleitungen zeitnah realisiert werden können.

Zu Absatz 1

Zu Nr. 1

Die spezialgesetzlichen Vorschriften in den §§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes ändern die allgemeinen Regelungen über das Planfeststellungsverfahren im Verwaltungsverfahrensgesetz zum Zweck der Verfahrensstraffung und -beschleunigung teilweise ab. Der Ablauf des Planfeststellungsverfahrens ist im Wesentlichen § 73 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bzw. in den Verwaltungsverfahrensgesetzen der Länder festgeschrieben. Diese Vorschrift wird bereits durch § 43a des Energiewirtschaftsgesetzes modifiziert.

Zum Zwecke der weiteren Beschleunigung der Errichtung der LNG-Anbindungsleitungen nach § 43 Absatz 1 Nummer 6 EnWG bedarf es für die Fälle, in denen nach § 4 dieses Gesetzes eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen ist, einer weiteren Verfahrensbeschleunigung. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass es bei Anbindungsleitungen von mehr als 800 mm Durchmesser und mehr als 40 km Länge in unmittelbarer Anwendung der Vorgaben der Aarhus Konvention zur Öffentlichkeitsbeteiligung stets einer Planfeststellung bedarf, die Erteilung einer Plangenehmigung nach § 74 Absatz 6 VwVfG ist nicht zulässig.

Im Einzelnen finden sich in Absatz 1 Nummer 1 Maßgaben zu der Vorschrift des § 43a EnWG zum Anhörungsverfahren für die Anbindungsleitungen.

Die verkürzte Auslegungs- und Einwendungsfrist dient der weiteren Verfahrensbeschleunigung. Den Vorgaben nach Artikel 6 in Verbindung mit Anhang I Nr. 14 der Aarhus Konvention zur Öffentlichkeitsbeteiligung wird damit auch nach Wegfall der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durch § 4 dieses Gesetzes Rechnung getragen. Die Auslegung erfolgt u.a. auf der Internetseite der Zulassungsbehörde, so dass die Unterlagen jederzeit – nicht nur zu begrenzten Öffnungszeiten – einsehbar sind.

Ein Erörterungstermin findet bislang in den Fällen des § 43a Nummer 3 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht statt. In der Regel ist ein Erörterungstermin auch wegen der nach § 4 nicht erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen. Soweit die zuständige Behörde einen Erörterungstermin im Übrigen für erforderlich erachtet, kann dieser auch als Videokonferenz durchgeführt werden.

Zu Nr. 2

Kampfmittelräumungen und archäologische Untersuchungen bzw. Bergungen stellen Vorarbeiten im Sinne des § 44 des Energiewirtschaftsgesetzes dar. Dies kann zu einer deutlichen Beschleunigung der Realisierung der Vorhaben führen. Gerade archäologische Bergungen und Kampfmittelbergungen können sich über einen längeren Zeitraum erstrecken oder nur zu bestimmten Jahreszeiten durchgeführt werden. In der Praxis ist oftmals eine archäologische Bergung unmittelbar im Anschluss an die Voruntersuchung erforderlich, um beispielsweise Raubgrabungen oder witterungsbedingte Schäden zu vermeiden. Mit der Regelung wird sichergestellt, dass entsprechende Arbeiten bereits durchgeführt werden können, bevor der Planfeststellungsbeschluss oder die Plangenehmigung ergeht.

Zu Nr. 3

Abweichend von § 44b Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes kann der Vorhabenträger bereits nach Ablauf der Einwendungsfrist verlangen, dass eine vorzeitige Besitzeinweisung durchgeführt wird. Es ist nicht der Abschluss des Anhörungsverfahrens erforderlich. Es ist davon auszugehen, dass die Behörde auch zu einem früheren Zeitpunkt über ausreichende Kenntnisse über das Vorhaben verfügt, um eine Prognoseentscheidung zu treffen. Dies gewährleistet eine frühzeitige Klarheit über den weiteren Verfahrensgang und ermöglicht damit zugleich die zügige bauliche Umsetzung der hier relevanten Vorhaben nach Erlass des Planfeststellungsbeschlusses bzw. der Plangenehmigung.

Zu Nr. 4

Die Ausnahmeregelung zu § 44c des Energiewirtschaftsgesetzes schafft Voraussetzungen für den vorzeitigen Baubeginn von Anbindungsleitungen, die sich an den Vorgaben des § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes bzw. des § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes orientieren. § 8a BImSchG ist für die Vorhaben relevant, die eine immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erfordern. § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes regelt die Zulassung des vorzeitigen Beginns in wasserrechtlichen Erlaubnis- oder Bewilligungsverfahren. Die hier eingefügte Ausnahmeregelung ermöglicht eine Synchronisierung des Baus der Anlage mit der Errichtung des Netzanschlusses. Für beide gelten die gleichen Voraussetzungen für den vorzeitigen Baubeginn.

Bei den Anbindungsleitungen der LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz handelt es sich um Vorhaben, die aufgrund eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu realisieren sind. Es sind Vorhaben, die wesentlich zur Versorgungssicherheit in Deutschland beitragen. Mit Blick auf die zukünftige Ermöglichung des Transports von Wasserstoff werden die Anbindungsleitungen wasserstofffest ausgebaut. Für diese Vorhaben bedarf es einer Regelung zur Erleichterung des vorzeitigen Baubeginns.

Für die vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes erfassten Vorhaben sind – wie bei § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes und § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes – bestimmte Anforderungen einzuhalten. Es muss mit einer Entscheidung zu Gunsten des Antragstellers gerechnet werden können (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des

Energiewirtschaftsgesetzes). Die Behörde muss hierfür eine ausreichende Kenntnis des zu bewertenden Vorhabens haben. Das berechnete Interesse des Vorhabenträgers bzw. das öffentliche Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes) ist bereits aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses bzw. des Interesses der öffentlichen Sicherheit gegeben. Der Vorhabenträger verpflichtet sich, alle Schäden zu ersetzen, die bis zur Entscheidung im Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren durch die Maßnahmen verursacht worden sind, und sofern kein Planfeststellungsbeschluss oder keine Plangenehmigung erfolgt, den früheren Zustand wiederherzustellen (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Energiewirtschaftsgesetzes).

Die Voraussetzung des § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bzw. Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes kommen in diesem Ausnahmefall nicht zur Anwendung. Vielmehr gelten die gleichen Voraussetzungen wie für die Anlage, die dem Immissionsschutzrecht oder dem Wasserrecht unterfällt. Ziel ist es, eine Verfahrenserleichterung zu schaffen. Die Verfahrenserleichterung trägt dazu bei, dass die Fernleitungsnetzbetreiber ihre in § 15 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes gesetzlich festgeschriebene Aufgabe erfüllen können und zu einer sicheren Energieversorgung beitragen.

Ebenso kann in diesen Ausnahmefällen auf das Vorliegen der privaten Rechte verzichtet werden, so dass § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Energiewirtschaftsgesetzes für Vorhaben nach § 2 Nummer 3 nicht greift. Der Planfeststellungsbeschluss bzw. die Planfeststellungsgenehmigung entfalten eine enteignungsrechtliche Vorwirkung. Spätestens dann liegen alle Voraussetzungen zur Erlangung der erforderlichen privaten Rechte vor.

Mit diesen Maßgaben wird die Möglichkeit geschaffen, bereits vorzeitig, d.h. vor Feststellung des Planfeststellungsbeschlusses mit Teilen der Errichtung eines Vorhabens bzw. mit den dazugehörigen Vorarbeiten im Sinne des § 44c EnWG zu beginnen. Zu den Vorarbeiten zählen z.B. auch naturschutzrechtliche Maßnahmen, insbesondere des europäischen Arten- und Gebietsschutzes (Maßnahmen zur Schadensbegrenzung, vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nach § 44 Absatz 5 BNatSchG sowie Maßnahmen zur Kohärenzsicherung nach § 34 Absatz 5 BNatSchG), vgl. bereits BR-Drucksache 11/19, S. 70.

Zu Absatz 2

Absatz 2 dient der Klarstellung, dass durch die Einfügung von beschleunigenden Verfahrenserleichterungen nicht die allgemeinen Vorschriften des Verwaltungsverfahrensrechts wieder aufleben.

Zu § 9

Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 können dem Vergaberecht gemäß dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bzw. dem Haushaltsrecht unterliegen, so

Kommentiert [BAK14]: IB6 liefert hier eine mit BMJ abgestimmte Version

dass für sie grundsätzlich Ausschreibungsverfahren mit unter anderem entsprechenden Mindestfristen zur Auswahl der zu beauftragenden Unternehmen durchzuführen wären. Die dem Vertragsschluss vorausgehenden Vergabe- und ggf. Nachprüfungsverfahren können die äußerst dringlichen, schnellstmöglich durchzuführenden Vorhaben nach § 2 jedoch nicht unerheblich verzögern und somit die nach § 1 und § 3 erforderliche schnellstmögliche Sicherstellung der überragenden öffentlichen Interessen an der Versorgung mit Gas erheblich verzögern oder gefährden. Für diese besonderen, durch den Anwendungsbereich des Gesetzes stark eingegrenzten, aufgrund der Zeitenwende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine aber für die nationale Unabhängigkeit und Sicherheit überragend wichtigen Vorhaben sollen daher vorübergehend erhebliche vergaberechtliche Verfahrenserleichterungen geschaffen werden, soweit dies europa- und verfassungsrechtlich zulässig ist.

Absatz 1 bis 3 regeln für Vorhaben nach § 2 während der Laufzeit gem. § 15 Erleichterungen und Ergänzungen zum GWB-Vergaberecht oberhalb der EU-Schwellenwerte.

Absatz 1 betrifft dabei die Durchführung der Vergabeverfahren selbst, einschließlich von Bestimmungen zur Informations- und Wartepflicht sowie zur Unwirksamkeit.

Absatz 2 und 3 treffen abweichende und ergänzende Regelungen für diesbezügliche Nachprüfungsverfahren gem. §§ 155 ff. GWB.

Absatz 4 suspendiert den Anwendungsbefehl für die detaillierten Regeln für die Durchführung von Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte.

Absatz 5 betrifft den Rechtsschutz für Beschaffungen von Vorhaben nach § 2, die nicht den speziellen vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren unterliegen.

Zu Absatz 1

Die §§ 97 ff. GWB sowie die aufgrund § 113 GWB erlassenen Vergabeordnungen gelten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen (§ 103 bis 105 GWB) durch Auftraggeber (§ 98 bis 101 GWB) oberhalb der EU-Schwellenwerte (§ 106 GWB), soweit keine Ausnahme vom Vergaberecht (§§ 107 ff. GWB u.a.) vorliegt. Nicht bei allen Vorhaben nach § 2 werden die §§ 97 ff. GWB anwendbar sein, insbesondere falls schon kein öffentlicher Auftraggeber oder Sektorauftraggeber Leistungen beschafft, keine Sektorentätigkeit (insbesondere im Bereich Gas oder Häfen) vorliegt, kein Beschaffungscharakter vorliegt, die Entgeltlichkeit fehlt oder im Einzelfall besondere Ausnahmen – etwa auch bei wesentlichen Sicherheitsinteressen (§ 107 Abs. 2 GWB) – greifen.

Soweit aber öffentliche Aufträge oder Konzessionen für Vorhaben nach § 2 den §§ 97 ff. GWB und den entsprechenden untergesetzlichen Anforderungen unterliegen, sind die besonderen Regeln der Absätze 1 bis 3 für die Vergabe- und Nachprüfungsverfahren anzuwenden. Für die Laufzeit des Gesetzes gehen diese bei Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 wegen äußerst dringlicher Gründe und der

Gefährdung überragender öffentlicher Interessen den allgemeinen Regeln vor (siehe dazu insbesondere auch die Begründungen zu § 1 und § 3).

Angesichts des Zweckes des Gesetzes gemäß § 1 und dem besonderen Interesse gemäß § 3 sehen die Absätze 1 bis 4 für die Vergabe- und Nachprüfungsverfahren Beschleunigungen, Erleichterungen und eine Stärkung des Allgemeininteresses an einer schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 im Rahmen von Interessensabwägungen vor.

Absatz 1 trifft ergänzende und abweichende Regeln für die Durchführung von Vergabeverfahren. Ziel der Regelungen ist es, das Vergabeverfahren angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen rechtssicher zu beschleunigen und die schnellstmögliche, ggf. vorzeitige Durchführung der Beschaffungen bei gleichzeitig verringertem Risiko einer enorm verzögernd wirkenden potentiellen Rückabwicklung von Verträgen sicherzustellen.

Zu Nummer 1

Gemäß Nummer 1 findet § 97 Absatz 4 GWB keine Anwendung. Mittelständische Interessen sind bei den eng umgrenzten Vorhaben nach § 2 für den Geltungszeitraum nach § 15 daher nicht vornehmlich zu berücksichtigen. Aufgrund der äußerst dringlichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen treten sie hinter dem Beschleunigungsinteresse zurück. Insbesondere brauchen bei Vorhaben nach § 2 die Leistungen auch nicht in der Menge oder nach Art oder Fachgebiet in Lose aufgeteilt werden. Andernfalls käme es zu einer Vielzahl von Vergabeverfahren, die der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 entgegenstehen.

Durch die fehlende Anwendung des § 97 Absatz 4 GWB entfallen seine Vorgaben sowohl für Vergabeverfahren nach der Vergabeverordnung (VgV), der Sektorenverordnung (SektVO), der Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) und der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit (VSVgV). Für sie ist anders als für die VOB/A in Nummer 2 keine gesonderte Regelung zu treffen, da sie das Gebot des § 97 Absatz 4 GWB nicht wiederholen.

Zu Nummer 2

Die Begründung zu Nummer 1 gilt ebenso für die § 97 Absatz 4 GWB im Wesentlichen wiederholende Regelung in § 5 EU Absatz 2 Nummer 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A). Diese inhaltliche Regelung in der VOB/A wird durch Nummer 2 für die Vorhaben nach § 2 materiell abgedungen. Ohne Gebot der Losaufteilung entfällt im Übrigen auch das Begründungsgebot nach § 5 EU Absatz 2 Nummer 2 VOB/A.

Zu Nummer 3

Nummer 3 enthält eine ergänzende Regelung zur bereits bestehenden Ausnahme von der Informationspflicht in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne

Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist (§ 134 Absatz 3 Satz 1 GWB).

Zum einen wird klargestellt und ausdrücklich geregelt, dass damit nicht nur die Informationspflicht nach § 134 Absatz 1 GWB, sondern auch die Wartepflicht gemäß § 134 Absatz 2 GWB entfällt. Insbesondere wird aber der Anwendungsbereich für die eng umgrenzten Vorhaben nach § 2 für die Geltungsdauer des Gesetzes nach § 15 neben Fällen der besonderen Dringlichkeit auf (a.) alle Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb sowie (b.) auf alle Verfahren, in denen es nur noch einen Bieter und keine weiteren betroffenen Bewerber gibt, erweitert. Damit wird von der Möglichkeit des Artikel 2b Buchstabe a) und b) der Rechtmittelrichtlinie (*Fundstelle; + Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) Gebrauch gemacht, der auch für die Auslegung der Nummer 3 heranzuziehen ist (insbesondere hinsichtlich der betroffenen Bewerber).

Das Entfallen der Informations- und Wartepflicht in diesen Fällen dient angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben.

Die mit dem Entfallen einhergehende Möglichkeit von mehr zulässig erteilten Zuschlägen, die grundsätzlich nicht aufgehoben werden können (§ 168 Absatz 2 Satz 1 GWB), bevor andere interessierte Unternehmen von der Vergabe oder dem beabsichtigten Zuschlag erfahren, ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, denen mit diesem Gesetz begegnet wird, hinzunehmen. Andere Unternehmen können weiterhin grundsätzlich insbesondere Rechtsschutz über die Zulässigkeit der Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb bzw. ohne Informationsschreiben gemäß § 135 GWB nach Maßgabe von Nummer 4 bis 6 erlangen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 bis 6 regeln abweichend von der bisher alternativlosen Rechtsfolge der von Anfang an festzustellenden Unwirksamkeit des § 135 GWB entsprechend der Möglichkeiten der europäischen Rechtmittelrichtlinien alternative Sanktionsmöglichkeiten angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen. Dieses ausnahmsweise Abweichen von der rückwirkenden Unwirksamkeit und vollständigen Rückabwicklung ist angesichts der schnellstmöglichen dauerhaften Umsetzung der Vorhaben nach § 2 überragend wichtig. Eine Rückabwicklung würde die äußerst dringlichen Verfahren ansonsten konterkarieren und damit überragende öffentliche Interessen gefährden. Effektiver Rechtsschutz und abschreckende Wirkung werden durch die alternativen Sanktionen und die daneben unberührt bleibende Möglichkeit der Geltendmachung von Schadensersatz weiterhin gewährleistet, ohne die zwingend benötigte Beschleunigung einzuschränken.

Nummer 4 Satz 1 setzt Artikel 2d Absatz 3 Unterabsatz 1 der Rechtmittelrichtlinie um (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*). Damit wird den Nachprüfungsinstanzen erstmals ein Ermessen gegeben, von der zwingenden Unwirksamkeitsfolge des § 135 Absatz 1 GWB abzusehen, indem sie eine Abwägungsentscheidung über die Unwirksamkeit

oder alternative Sanktionen treffen können. In die Abwägung sind angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die zwingenden Gründe eines Allgemeininteresses für ein Absehen von der Unwirksamkeit bei Vorhaben nach § 2 angesichts des Zweckes von § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 einzubeziehen.

Satz 2 legt dazu fest, dass das besondere Interesse in der Regel ein Absehen von der Unwirksamkeitsfolge rechtfertigt. Für Vorhaben nach § 2 sollten daher angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen außer in besonderen Ausnahmefällen nicht die Unwirksamkeit des Vertrags, sondern wegen ihrer Dringlichkeit und dem überwiegenden Interesse an ihrem Fortbestehen gemäß Satz 3 alternative Sanktionen nach Nummer 6 festgelegt werden, die wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen.

Satz 4 stellt klar, dass daneben die Möglichkeit des Antragstellers, Schadensersatz geltend zu machen (vgl. §§ 156 Absatz 3, 179 Absatz 1 181 GWB, insbesondere § 181 Satz 2 GWB in Verbindung mit den Grundsätzen der *culpa in contrahendo*), unberührt bleibt. Die Kompensation des Antragstellers kann in solchen Fällen damit nicht wie allgemein häufig in einem möglichen neuen Vergabeverfahren bestehen, sondern in der Möglichkeit, beruhend auf der Nachprüfungsentscheidung Schadensersatz im Sekundärrechtsschutz geltend zu machen. Aufgrund europarechtlicher Vorgaben darf die Zuerkennung des Schadensersatzes nicht als alternative Sanktion vorgesehen werden (Artikel 2d Absatz 2 Unterabsatz 3 der Rechtsmittelrichtlinie; *Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) und muss somit separat verfolgt und erklärt werden.

Zu Nummer 5

Selbst wenn eine Nachprüfungsinstanz die Unwirksamkeit eines Vertrages ausnahmsweise trotz der Abwägungsregeln nach Nummer 4 feststellt, regelt Nummer 5 Satz 1, dass die Unwirksamkeit abweichend von § 135 Absatz 1 GWB für die Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen nur für die noch zu erfüllenden Verpflichtungen gilt. Dies setzt Artikel 2d Absatz 2 Unterabsatz 2 der Rechtsmittelrichtlinie (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) um.

Die Unwirksamkeit gilt damit nur für die Zukunft. Sie gilt nicht rückwirkend. Eine Rückabwicklung des Vertrages erfolgt somit nicht. Dies ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und dem überwiegenden Interesse an ihrem Fortbestand zur Verhinderung der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen von herausragender Bedeutung.

Satz 2 regelt, dass dann neben der Unwirksamkeitsfolge für die Zukunft auch alternative Sanktionen nach Nummer 6 festzulegen sind.

Satz 3 stellt über den Verweis wie auch Nummer 4 Satz 4 klar, dass die Möglichkeit der Geltendmachung von Schadensersatz als Kompensation daneben unberührt bleibt.

Zu Nummer 6

Nummer 6 legt die alternativen Sanktionen, die angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen statt der *ex tunc* oder neben der *ex nunc* wirkenden Unwirksamkeit anzuwenden sind, fest.

Satz 1 setzt Artikel 2e Absatz 2 Unterabsatz 1 und 2 der Rechtsmittelrichtlinie (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) um, nach dem alternative Sanktionen die Verhängung von Geldbußen oder die Verkürzung der Laufzeit des Vertrages umfassen. Den Nachprüfungsinstanzen wird hier ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt, damit sie alle relevanten Faktoren berücksichtigen können, einschließlich der Schwere des Verstoßes, des Verhaltens des Auftraggebers und ggf. dem Umfang, in dem der Vertrag seine Gültigkeit beibehält. Bei der Festlegung gilt aufgrund der europarechtlichen Bestimmungen, dass die alternativen Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen. Zu beachten ist bei der Bewertung der Schwere des Verstoßes aber auch, dass die Auftraggeber aufgrund der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen unter erheblichem Zeit- und Handlungsdruck stehen und von teilweise eigens für diese Ausnahmesituation geschaffenen gesetzlichen Erleichterungen und Beschleunigungsmöglichkeiten Gebrauch machen.

Satz 2 beschränkt die Höhe einer möglichen Geldbuße auf 15 Prozent des Auftragswertes. Dieses Maß bewegt sich innerhalb vergleichbarer Regelungen in anderen EU-Mitgliedstaaten. So gilt etwa in Österreich allgemein eine Grenze von 20. % bzw. – unterhalb der Schwellenwerte – 10 % des Auftragswertes (siehe § 356 Absatz 10 des Österreichischen Bundesvergabegesetzes). Für die Vorhaben nach § 2 scheint eine Obergrenze von 15 % zugleich wirksam, verhältnismäßig und abschreckend. Wird ein Vertrag für teilweise unwirksam erklärt, ist die Höchstgrenze von jenem Teil der Auftragssumme des Vertrages zu berechnen, der dem Teil des Vertrages entspricht, der nicht aufgehoben wurde.

Zu Nummer 7

Nummer 7 Satz 1 legt durch Gesetz fest, dass für Vorhaben nach § 2 angesichts der äußerst dringlichen Gründe für die schnellstmögliche Umsetzung der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die Tatbestandsvoraussetzungen für ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gemäß § 14 Absatz 4 Nummer 3 VgV (a.) hinsichtlich der äußerst dringlichen zwingenden Gründe sowie dem Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte vorliegen, (b.) in der Regel die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und (c.) die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen sind.

Nummer 7 dreht das Regel-Ausnahme-Verhältnis für die Anwendung dieses Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb durch den Auftraggeber ausnahmsweise aufgrund der hier für die Realisierung der LNG-Infrastrukturvorhaben

gemäß § 2 vorliegenden äußerst dringlichen, zwingenden Gründe aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse gesetzlich um. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 14 Absatz 4 Nummer 3 VgV, die Artikel 32 Absatz 2 Buchstabe c) der Vergaberichtlinie 2014/24/EU (*Fundstelle*) umsetzen, sind zwar grundsätzlich im Einzelfall anzuwenden und eng auszulegen. Aufgrund der äußerst dringlichen, zwingenden Umstände, die im Zweck gemäß § 1 und im besonderen Interesse nach § 3 für Vorhaben nach § 2 gesetzlich dargelegt sind, und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen ist es gerechtfertigt, dass der Gesetzgeber für die in § 2 festgelegten Vorhaben die Tatbestandsvoraussetzungen der Dringlichkeitsvergabe im Wesentlichen verbindlich festlegt. Das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit wird damit für die meisten Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 im Geltungszeitraum nach § 15 zulässig sein.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die durch ihn ausgelösten Folgen und kurzfristigen Beschaffungsbedarfe waren und sind für die Beschaffungsstellen insgesamt und im Einzelnen unvorhersehbar. Der Krieg hat in ihrem Volumen und ihrer Art auch weiterhin unvorhersehbare Folgen ausgelöst, auf die Deutschland äußerst dringlich reagieren muss, um der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu begegnen. Angesichts der Natur und des Ausmaßes des russischen Angriffs sind äußerst dringliche Aufgaben der Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten entstanden, die insbesondere auch die wirtschaftliche und energiepolitische Unabhängigkeit Deutschlands von Russland umfassen.

Vergabeverfahren unter Einhaltung der Mindestfristen sind in diesen Fällen schon allgemein regelmäßig nicht möglich, ohne dass dies den Beschaffungsstellen zuzurechnen ist oder von ihnen vorherzusehen war. Insbesondere für die überragend wichtigen, schnellstmöglich zu errichtenden Vorhaben nach § 2 sind solche Verzögerungen aber nicht hinnehmbar, da sie die Unabhängigkeit Deutschlands von den russischen Erdgaslieferungen und damit die Versorgungssicherheit Deutschlands, insbesondere für den Winter 2022/2023, aber auch die gesicherte Produktion wichtiger Wirtschaftszweige in Deutschland, erheblich gefährden würden.

Die in diesem Gesetz geregelte schnellstmögliche Errichtung der LNG-Infrastruktur ist zur Abwendung schwerster wirtschaftlicher Schäden sowie einer Unterversorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern sowie angesichts der Gefährdung der staatlichen Daseinsvorsorge und Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger insbesondere aufgrund der dadurch entstehenden Unabhängigkeit von Russland auch für die Sicherheit in Deutschland und Europa äußerst dringlich. Die Realisierung der Vorhaben nach § 2 bedarf aus äußerst dringlichen, zwingenden Gründen überragender öffentlicher Interessen, insbesondere an der Energieversorgung, der schnellstmöglichen Umsetzung. Die schnellstmögliche Realisierung dieser Vorhaben dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist daher aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Zur weiteren Begründung der nicht vorhersehbaren Ereignisse, der äußerst dringlichen, zwingenden Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen für die Vorhaben nach § 2 wird im Übrigen zudem ausdrücklich auf die Begründungen zu §§ 1 bis 3 Bezug genommen.

Angesichts dieser äußerst dringlichen, zwingenden Gründe für die Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und seiner Folgen und zur überragend wichtigen und äußerst dringlichen und zwingenden Abwendung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen wird für das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb für Vorhaben nach § 2 ausnahmsweise nach Nummer 7 zudem bestimmt, dass in der Regel die verkürzten Mindestfristen (siehe Nummer 8) nicht eingehalten werden können und die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen ist. Diese Voraussetzungen werden für Vorhaben nach § 2 voraussichtlich nur in wenigen Ausnahmefällen nicht vorliegen, etwa wenn wegen anderer das Gesamtprojekt noch hemmender Umstände, doch ein verkürzter Teilnahmewettbewerb ohne jegliche zeitliche Verzögerung des Vorhabens insgesamt möglich ist. Für die Frage der Einhaltung der Mindestfristen ist auch der notwendige Zeitraum für die Erstellung der Vergabeunterlagen, für die Bekanntmachung, ggf. für den Teilnahmewettbewerb, für die Angebotsabgabe und -auswertung, die Wartefrist und den Zuschlag zu berücksichtigen.

Soweit die Voraussetzungen der Nummer 7 im Einzelfall ausnahmsweise nicht vorliegen, schließt dies im Übrigen nicht aus, dass andere Tatbestände für ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb (zum Beispiel wenn gem. § 14 Absatz 4 Nummer 2 von vornherein nur ein bestimmtes Unternehmen in Betracht kommt) oder Ausnahmen vom Vergaberecht (zum Beispiel wegen wesentlicher Sicherheitsinteressen gemäß § 107 Absatz 2 GWB) vorliegen.

Die Europäische Kommission hat in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ebenfalls allgemein festgestellt, dass für bestimmte Vergaben die Vorschriften für die dringende Vergabe öffentlicher Aufträge angewendet werden können (Mitteilung der Kommission, Europäische Solidarität mit Flüchtlingen und den Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, KOM(2022)107 vom 8. März 2022, Seite 5, mit Verweis auf ihre Mitteilungen während der Migrationskrise 2015-2016 und der COVID-19-Pandemie).

Für Vergabeverfahren aufgrund Nummer 7 sind zudem folgende Folgeerleichterungen zu beachten, die ebenfalls der Beschleunigung des jeweiligen Vergabeverfahrens dienen. Auftraggeber können auch im Übrigen alle bereits bestehenden Beschleunigungsmöglichkeiten nutzen, um die Beschaffungen für die Vorhaben nach § 2 schnellstmöglich durchzuführen.

Die äußerst dringlichen, zwingenden Gründe, im Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte, muss der jeweilige Auftraggeber bei Beschaffungen für die Vorhaben nach § 2 nicht gesondert darlegen. Dass die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und dies nicht dem

Auftraggeber zuzurechnen ist, hat der jeweilige Auftraggeber nach allgemeinen Regeln grundsätzlich zu dokumentieren. An diese Dokumentation sind angesichts des überragend wichtigen Beschleunigungsinteresses insbesondere angesichts von § 1 und § 3 keine hohen Anforderungen zu stellen.

Bei der Herstellung eines Mindestmaßes an Wettbewerb ist die schnellstmögliche Umsetzung der äußerst dringlichen Vorhaben nach § 2 und ihre grundlegende Bedeutung für die Versorgungssicherheit angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen als herausragendes Gebot stets zu beachten.

Angebote können im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb formlos und ohne die Beachtung konkreter Fristvorgaben eingeholt werden. Mit der zurückliegenden Neuregelung des § 17 Abs. 6 VgV wurde durch einen entsprechenden Einschub klargestellt, dass die Mindestfrist von 30 Kalendertagen für Erstangebote nur für Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gilt. Für Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb kann der Auftraggeber somit auch eine kürzere Angebotsfrist wählen, solange diese angemessen ist (vgl. § 20 VgV). Aufgrund seines besonderen Ausnahmecharakters sind damit beim Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nach Würdigung der Gesamtumstände im Dringlichkeitsfall auch sehr kurze Fristen (bis hin zu 0 Tagen) denkbar.

§ 17 Abs. 15 VgV stellt zudem klar, dass der öffentliche Auftraggeber bei der Durchführung eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb wegen äußerster Dringlichkeit nach § 14 Abs. 4 Nummer 3 VgV von nachfolgenden Formanforderungen der VgV befreit ist:

- §§ 9 bis 13 VgV Vorgaben zur (elektronischen) Kommunikation,
- § 53 Abs. 1 VgV Übermittlung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angeboten in elektronischer Form,
- § 54 VgV Aufbewahrung ungeöffneter Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote,
- § 55 VgV Öffnung der Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote.

Gemäß Satz 2 gilt Satz 1 (einschließlich seiner Begründung) entsprechend für die Tatbestandsvoraussetzungen eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit nach SektVO, KonzVgV, VSVgV und EU VOB/A.

Zu Nummer 8

Satz 1 legt angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen durch Gesetz fest, dass für die Vorhaben nach § 2 angesichts des Zwecks gemäß § 1 und des besonderen Interesses gem. § 3 eine Dringlichkeit hinreichend begründet ist, die die Einhaltung

der regulären Angebotsfrist von 30 Tagen unmöglich macht. Die Angebotsfrist im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb kann somit auf zehn Tage verkürzt werden kann.

In Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb gilt schon keine bestimmte Fristvorgabe, so dass die Angebotsfrist im Einzelfall bis hin auf null Tage verkürzt werden kann (siehe Begründung zu Nummer 7).

Satz 2 legt eine hinreichend begründete Dringlichkeit für Vorhaben nach § 2 auch für alle anderen diesbezüglichen Fristverkürzungsmöglichkeiten fest. Im Überblick gilt dazu Folgendes: Im beschleunigten offenen Verfahren kann die Frist für die Einreichung der Angebote auf 15 Tage verkürzt werden. Im beschleunigten nicht offenen Verfahren und im beschleunigten Verhandlungsverfahren können die Fristen für Teilnahmeanträge auf 15 Tage (VSVgV: auf zehn Tage bei elektronischen Teilnahmeanträgen) und für die Abgabe von Angeboten auf zehn Tage herabgesetzt werden.

Zu Nummer 9

Satz 1 legt angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen gesetzlich Fälle fest, in denen bei Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit ausnahmsweise auch nur ein Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden kann.

Der Wortlaut entspricht den von der Europäischen Kommission anerkannten Fällen (siehe Mitteilung der Kommission, Leitlinien der Europäischen Kommission zur Nutzung des Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der durch die COVID-19-Krise verursachten Notsituation, 2020/C 108 I/01, S. 1).

Im Sinne einer effizienten Verwendung von Haushaltsmitteln empfiehlt es sich nach Möglichkeit, mehrere Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern. Auch nach der nationalen Rechtsprechung ist im Rahmen der §§ 14 Absatz 4 Nummer 3, 17 Absatz 5 VgV grundsätzlich so viel Wettbewerb wie möglich zu eröffnen; ein völliger Verzicht auf Wettbewerb kommt grundsätzlich nur als *ultima ratio* in Betracht (vgl. OLG Rostock, Beschluss vom 11.11.2021, 17 Verg 4/20).

Bei Vorhaben nach § 2 bedingt es aber häufig die in § 1 und § 3 und der jeweiligen Begründung dargestellte äußerste Dringlichkeit angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, dass nur ein Unternehmen in der Lage sein wird, den Auftrag unter den durch die zwingende Dringlichkeit auferlegten technischen und zeitlichen Zwängen zu erfüllen. Dann ist es den Auftraggebern auch erlaubt, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur mit diesem Unternehmen Verhandlungen zu führen.

Zwar handelt es sich um eine Prognoseentscheidung, ob nur das bestimmte Unternehmen unter den durch die äußerste Dringlichkeit bedingten technischen und zeitlichen Zwängen, in der Lage sein wird, die Leistung entsprechend zu erbringen.

Die Gründe dafür, dass nur dieses Unternehmen dazu in der Lage ist, müssen aber grundsätzlich im Zeitpunkt der Ansprache des einzelnen Unternehmens vorliegen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 und 3 treffen Regelungen zum Vergaberechtsschutz ergänzend zu und abweichend von §§ 155 ff. GWB. Ziel ist es, die Nachprüfungsverfahren über das bereits geltende Beschleunigungsgebot des § 167 GWB hinaus bei Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen noch erheblich schneller durchzuführen.

Dabei wird am grundsätzlich bewährten zweistufigen Rechtsschutz vor der Vergabekammer und den Vergabesenaten der Oberlandesgerichte festgehalten. Dieser wird jedoch auf beiden Stufen weiter erheblich beschleunigt. Daneben werden in den bereits vorgesehenen Interessensabwägungen die Berücksichtigung des Zwecks des § 1 sowie des besonderen Interesses gemäß § 3 und dessen regelmäßiges Überwiegen angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen ergänzt.

Die Änderungen berücksichtigen, dass im Bereich des Vergaberechtsschutzes der allgemeine Justizgewährleistungsanspruch (Art. 20 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 3 Abs.1 GG) den wesentlichen Maßstab darstellt und dem Gesetzgeber ein Ausgestaltungsspielraum zuzubilligen ist (BVerfG, Beschluss vom 13. Juni 2006, 1 BvR 1160/03, BVerfGE 116, 135 (156)).

Absatz 2 enthält Maßgaben für die Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer gemäß §§ 160 ff. GWB. Sie dienen vor allem der Beschleunigung und legen angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die Berücksichtigung und das regelmäßige Überwiegen des überragend wichtigen Interesses an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben fest.

Zu Nummer 1

Nummer 1 trifft gewisse Verfahrenserleichterungen für die Durchführung der Nachprüfungsverfahren.

Soweit es der Beschleunigung dient, kann die Vergabekammer bei Nachprüfungsverfahren über Vergaben für Vorhaben nach § 2 gemäß Satz 1 auch nach Lage der Akten entscheiden. Die Vergabekammer wird bei ihrer Entscheidung aber auch zu berücksichtigen haben, dass eine mündliche Verhandlung im Einzelfall ebenfalls der schnellen Entscheidung dienen kann.

Satz 2 ermöglicht es der Vergabekammer ausdrücklich die mündliche Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung durchzuführen. Auch diese Möglichkeit soll der Beschleunigung im Einzelfall dienen. Entsprechend Absatz 3 Nummer 6 Satz 2 wird dazu auf § 128a der Zivilprozessordnung verwiesen. Entsprechendes gilt aber zum Beispiel auch nach § 102a der Verwaltungsgerichtsordnung.

Zu Nummer 2

Um angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die zügige Durchführung der Nachprüfungsverfahren für die im Lichte des § 1 und § 3 äußerst dringenden und schnellstmöglich umzusetzenden Vorhaben nach § 2 über den allgemeinen Beschleunigungsgrundsatz hinaus zu gewährleisten, verkürzt Absatz 2 die Entscheidungsfrist für die Hauptsacheentscheidung weiter.

Satz 1 verkürzt die Entscheidungsfrist bei Vorhaben nach § 2 auf drei statt fünf Wochen.

Satz 2 legt fest, dass diese Frist höchstens um zwei Wochen verlängert werden kann und stellt klar, dass dies nur einmalig geschehen kann.

Die verkürzten Fristen bieten der Vergabekammer somit insgesamt dennoch ausreichend Zeit, bei diesen äußerst dringenden Vorhaben angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, dennoch angemessen entscheiden zu können, indem vom Grundfall (fünf Wochen) nur angemessen abgewichen wird (drei Wochen plus im Ausnahmefall zwei Wochen).

Die Auftraggeber von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 sollen die schnelle Entscheidung befördern, indem sie insbesondere sicherstellen, dass die Vergabeakte, jedenfalls ihre für die Entscheidung der Vergabekammer wesentlichen Teile, unverzüglich der Vergabekammer zur Verfügung gestellt wird.

Zu Nummer 3

Nummer 3 stellt klar, dass bei Nachprüfungsverfahren betreffend Vorhaben nach § 2 bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtsverletzung und Verhinderung der Schädigung der betroffenen Interessen der Zweck des § 1 und die besonderen Interessen des § 3 angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu berücksichtigen sind. Dies bedeutet, dass die Vergabekammer bei der Auswahl der Maßnahmen insbesondere das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 in der Regel als ausschlaggebend berücksichtigen muss. Maßnahmen, die das Vergabeverfahren oder die Umsetzung des Vorhabens verzögern, verlängern oder sogar vereiteln, sind daher in der Regel keine angemessenen Maßnahmen im Sinne der Nummer 3.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ergänzt § 169 GWB angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen hinsichtlich der Vorabgestattung des Zuschlags durch die Vergabekammer. Sie hat dabei das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben zu berücksichtigen, wobei dieses Interesse bei Vorhaben nach § 2 in der Regel überwiegt und eine Vorabgestattung des Zuschlags erforderlich macht. Dies ist ein Aspekt des für die Beschleunigung der Vorhaben nach § 2 besonders wichtigen Elements des vorzeitigen Maßnahmenbeginns bzw. der Einschränkung der aufschiebenden Wirkung von Entscheidungen (siehe dazu insbesondere § 11).

Nummer 4 wird in der Praxis von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 jedoch nur dann zur Anwendung kommen, wenn nicht schon infolge der Zulässigkeit eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb und des schon bestehenden Entfalls der Informations- und Wartefrist ein wirksamer Zuschlag erfolgt ist, bevor Konkurrenten einen Nachprüfungsantrag stellen. Im Fall eines bereits wirksam erteilten Zuschlags gilt § 168 Absatz 2 Satz 1 GWB und Rechtsschutz ist gemäß § 135 GWB in Gestalt von Absatz 2 Nummer 3 bis 5 zu gewähren.

Satz 1 und 2 gestalten die Abwägungsentscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags näher aus und folgen dabei der bestehenden Regelungssystematik in § 169 Absatz 2 Satz 1, 2 und 3 GWB, nach denen entsprechend der Fälle für verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge im Sinne von § 104 GWB besonders zu berücksichtigende Aspekte des Interesses der Allgemeinheit an einem raschen Abschluss des Vergabeverfahrens und der nachteiligen Folgen einer Verzögerung der Vergabe bis zum Abschluss der Nachprüfung als Abwägungsinteresse festgelegt werden. Für Vorhaben nach § 2 sind deshalb nach Satz 1 der Zweck des § 1 und das besondere Interesse nach § 3 ergänzend in der Abwägung zu berücksichtigen. Mithin ist das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 angesichts der äußerst dringlichen Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen in die Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags einzubeziehen.

Satz 2 legt zudem entsprechend der Systematik in § 169 Absatz 2 Satz 3 GWB angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen fest, dass das besondere Interesse in der Regel überwiegt.

Satz 3 legt im überragenden Interesse der Beschleunigung und Gefährdungsabwehr fest, dass die Entscheidung über die Vorabgestattung unverzüglich und zwar längstens innerhalb einer Woche zu treffen ist. Diese Regelungssystematik orientiert sich am bestehenden § 176 Absatz 3 Satz 1, 1. Halbsatz GWB. Die Frist kann nicht verlängert werden.

Satz 4 legt zudem fest, dass der Zuschlag dann auch unmittelbar und damit tatsächlich schneller als bisher nach § 169 Absatz 2 Satz 1 GWB erteilt werden kann, soweit die Wartepflicht nicht noch läuft. Er setzt Artikel 2 Absatz 3 Satz 2 der Rechtsmittelrichtlinie (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) um.

Soweit zu der Entscheidung ein isolierter Antrag an das Beschwerdegericht erfolgt, legt Satz 5 fest, dass bei der Entscheidung des Beschwerdegerichts dann ebenfalls das überragende Beschleunigungs- und schnellstmögliche Umsetzungsinteresse angesichts der Gefährdung eines überragenden öffentlichen Interesses nach § 1 und § 3 zu beachten sind.

Zu Absatz 3

Absatz 3 trifft Regelungen zur sofortigen Beschwerde vor den Vergabesenaten der Oberlandesgerichte ergänzend zu und abweichend von §§ 171 ff. GWB. Diese sollen jeweils unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit die Verfahren angesichts

deren äußerster Dringlichkeit bei Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen erheblich beschleunigen und die Maßstäbe für Abwägungen anpassen. Ergänzend wird auf die allgemeine Begründung zu Absatz 2 hingewiesen.

Zu Nummer 1

Nummer 1 stellt lediglich klar, dass die Fiktionswirkung nach § 171 Absatz 2 bereits nach Ablauf der nach Absatz 3 Nummer 2 verkürzten Entscheidungsfrist der Vergabekammer von drei Wochen (ggf. verlängert um zwei Wochen) und nicht nach den bisherigen fünf Wochen plus etwaiger Verlängerung greift. Soweit die Vergabekammer bei Nachprüfungsverfahren über Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 nicht innerhalb der Frist von drei Wochen (oder bei erfolgter Verlängerung von fünf Wochen) entschieden hat, gilt der Nachprüfungsantrag als abgelehnt. Diese Vorschrift dient der Beschleunigung der äußerst dringlichen Vorhaben angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen. Keinesfalls ermächtigt sie Vergabekammern den Ablauf der Frist abzuwarten und nicht zu entscheiden. Ziel ist es, dass die Vergabekammer innerhalb der gesetzlichen Fristen entscheidet und zum Rechtsfrieden über die Vorhaben nach § 2 beiträgt.

Zu Nummer 2

Zur weiteren Beschleunigung der Nachprüfungsverfahren angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen verkürzt Nummer 2 die Frist zur Einlegung der sofortigen Beschwerde auf eine Woche. Diese ist als Notfrist nicht verlängerbar. Angesichts des Zweckes nach § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 ist es auch den Beschwerdeführenden zuzumuten, ihren Antrag äußerst eilig zu erstellen.

Zu Nummer 3

Nummer 3 ist zur Beschleunigung von Vorhaben nach § 2 in den Fällen besonders wichtig, in denen noch kein Zuschlag erteilt wurde, die Vergabekammer aber schon zugunsten des Auftraggebers in der Hauptsache entschieden hat.

Satz 1 legt angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen fest, dass bei Vorhaben nach § 2 die aufschiebende Wirkung der sofortigen Beschwerde schon nach einer Woche (statt wie sonst nach zwei Wochen) entfällt. Soweit sie durch das Beschwerdegericht verlängert wird, kann dies nur bis zum Ende der Entscheidungsfrist über die sofortige Beschwerde, mithin um sechs Wochen, erfolgen (zusammen sieben Wochen aufschiebende Wirkung entspricht fünf Wochen Entscheidungsfrist plus maximal zwei Wochen Verlängerung nach Nummer 7 Satz 1 und 2).

Satz 2 legt fest, dass bei der Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags zu deren Gunsten auch § 1 und § 3 zu berücksichtigen sind, wobei das besondere Interesse nach § 3 in der Regel überwiegt. Dies entspricht für die besondere Eilbedürftigkeit der Vorhaben nach § 2 der bereits bestehenden Regelungssystematik in § 173 Absatz 2 Satz 1, 2 und 3 GWB für die Abwägung bei verteidigungs- und

sicherheitsspezifischen Aufträgen. Die Entscheidung des Beschwerdegerichtes sollte angesichts der äußersten Dringlichkeit von Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen daher regelmäßig zugunsten der Vorabgestattung des Zuschlags ausfallen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zur Beschleunigung dieser Vorhaben in den Fällen besonders wichtig, in denen noch kein Zuschlag erteilt wurde, die Vergabekammer aber in der Hauptsache bei Vorhaben nach § 2 ausnahmsweise gegen den Auftraggeber entschieden hat. Der unterlegene Auftraggeber kann im Fall einer sofortigen Beschwerde dann gemäß § 176 GWB die Vorabentscheidung über den Zuschlag beim Beschwerdegericht beantragen.

Entsprechend der Ergänzung durch Nummer 3 hat das Beschwerdegericht auch in diesen Fällen ergänzend zur bisherigen Regelungssystematik in § 176 Absatz 1 Satz 1, 2 und 3 GWB gemäß Satz 1 bei der Abwägung den Zweck nach § 1 und das besondere Interesse nach § 3, welches in der Regel überwiegt, zu berücksichtigen. Diese sind gemäß Satz 3 auch zu berücksichtigen, soweit das Beschwerdegericht ausnahmsweise die Entscheidungsfrist über den Antrag verlängert.

Satz 2 verkürzt die Entscheidungsfrist von bisher längstens fünf Wochen für Vorhaben nach § 2 auf grundsätzlich eine Woche, um dem überragenden Beschleunigungsinteresse der Vorhaben nach § 2 gerecht zu werden. Die Verlängerungsmöglichkeit wird angesichts der äußersten Dringlichkeit von Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen der richterlichen Unabhängigkeit gerecht.

Zu Nummer 5

Nummer 5 bedingt für Vorhaben nach § 2 die Fiktionswirkung des § 177 GWB nach einer negativen Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags ab. Dies trägt zum effektiven Rechtsschutz und zur Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit bei, indem nicht automatisch mit der äußerst schnell zu fällenden Eilentscheidung die Möglichkeit zur Hauptsacheentscheidung entfällt.

Zu Nummer 6

Nummer 6 enthält angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen bestimmte Verfahrenserleichterungen zur Beschleunigung des Nachprüfungsverfahrens vor dem Vergabesenat.

Satz 1 ermöglicht unter bestimmten, im Einzelfall zu prüfenden Punkten eine Entscheidung nach Lage der Akten. Dieser Verzicht auf die mündliche Verhandlung erweitert die allgemeinen Möglichkeiten nach §§ 175 Absatz 2, 72 GWB iVm [169-202 GVG bzw. ZPO]. Durchführung oder Verzicht einer mündlichen Verhandlung über die sofortige Beschwerde sollen vor allem der schnellstmöglichen Durchführung des Nachprüfungsverfahrens betreffend ein Vorhaben nach § 2 dienen.

Satz 2 ermöglicht ausdrücklich die Durchführung einer mündlichen Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung in Ergänzung zu den allgemeinen Möglichkeiten nach §§ 175 Absatz 2, 72 GWB iVm [169-202 GVG bzw. ZPO]. Auch dies soll der Beschleunigung dienen.

Zu Nummer 7

Nummer 7 Satz 1 gibt vor, dass die Beschwerdeentscheidung bei der Nachprüfung von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 innerhalb einer Frist von fünf Wochen zu treffen ist. Sie hat ihr Vorbild insbesondere in der bereits bestehenden Frist für die Beschwerdegerichte zur Vorabentscheidung über den Zuschlag gemäß § 176 Absatz 3 GWB und der Entscheidungsfrist für die Vergabekammern nach § 167 Absatz 1 GWB. Die Entscheidung des Beschwerdegerichtes nach § 176 Absatz 3 GWB ist sogar unverzüglich und längstens innerhalb von fünf Wochen zu treffen. Die Regelung in Satz 1 ist für die Hauptsacheentscheidung aber neu und betrifft die richterliche Unabhängigkeit. Sie ist angesichts des Zweckes nach § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 sowie der insgesamt schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 wegen ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aber gerechtfertigt.

Die Frist ist zudem angemessen, da das Beschwerdegericht die Frist nach Satz 2 einmalig um zwei Wochen verlängern kann.

Satz 3 schränkt ebenfalls aus Gründen der überragend wichtigen Beschleunigung für Entscheidungen über Vorhaben nach § 2 ein, dass das Beschwerdegericht stets in der Sache selbst entscheidet. Es kann daher nicht die Verpflichtung der Vergabekammer aussprechen, unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichts über die Sache erneut zu entscheiden.

Zu Absatz 4

Beschaffungsstellen, die dem Bund zuzurechnen sind, haben während der Laufzeit nach § 15 bei Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 abweichend von Ziffer 2 zur Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 55 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) die detaillierten Verfahrensregeln zur Vergabe öffentlicher Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte nach der UVgO und dem ersten Abschnitt der VOB/A nicht anzuwenden. Die Regelungen der Ziffer 2 zu VV § 55 BHO werden durch Absatz 4 materiell abbedungen. Für Vorhaben nach § 2 finden sie daher während der Geltungszeit dieses Gesetzes gemäß § 15 keine Anwendung.

Die besonderen Umstände nach § 1 und § 3 rechtfertigen gemäß § 55 BHO wegen äußerst dringlicher Gründe für die Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen ein Absehen von einer öffentlichen Ausschreibung und einem Teilnahmewettbewerb. Daneben bestehende etwaige Anforderungen, etwa im Einzelfall aufgrund eines grenzüberschreitenden Interesses, bleiben unberührt. Gründe für einen Verzicht auf einen öffentlichen Teilnahmewettbewerb sind entsprechend der Feststellungen des § 9 Absatz 2 Nummer 6 aber stets zu berücksichtigen.

Die Länder können für ihr Haushaltsvergaberecht entsprechende Regelungen schaffen.

Zu Absatz 5

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen für Vorhaben nach § 2 nicht einer Nachprüfung gemäß Absatz 2 und 3 unterliegt (etwa bei Beschaffungen unterhalb der EU-Schwellenwerte oder soweit Bereichsausnahmen vom Vergaberecht vorliegen). In diesen Fällen schreibt Absatz 5 Satz 1 angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen dennoch die Berücksichtigung aller möglichen Beschleunigungspotentiale im Rechtsschutzverfahren vor. Insbesondere sind bei Abwägungsentscheidungen, etwa im vorläufigen Rechtsschutz, der Zweck gemäß § 1 und das besondere Interesse nach § 3 als besonderes Allgemeininteresse beziehungsweise öffentliches Interesse zu berücksichtigen, um eine schnellstmögliche Realisierung auch dieser Vorhaben wegen ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu erleichtern.

Satz 2 stellt klar, dass Satz 1 für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen keine Anwendung findet. Die Sekundäransprüche können nach den allgemeinen Grundsätzen ohne besonderes Beschleunigungsinteresse verfolgt werden. Dafür sind in der Regel die ordentlichen Gerichte zuständig (vgl. §§ 156 Absatz 3, 179 Absatz 1 GWB).

Zu § 10

Mit dem Planungssicherstellungsgesetz werden formwahrende Alternativen für Verfahrensschritte in Zulassungsverfahren sowie in besonderen Entscheidungsverfahren zur Verfügung gestellt. Soweit es um die Bekanntmachung von Unterlagen und anderen Informationen geht, sollen diese über das Internet zugänglich gemacht werden. Als Ersatz für durchzuführende Erörterungstermine, mündliche Verhandlungen oder Antragskonferenzen wird das Instrument einer Online-Konsultation eingeführt. Durch diese – zeitlich befristete – Form der Beteiligung wird sichergestellt, dass Informationen unmittelbar allen Beteiligten zur Verfügung stehen.

Für die Verfahren nach diesem Gesetz sind die Vorschriften für die ortsüblichen und öffentlichen Bekanntmachungen (§ 2 PlanSiG), die Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen (§ 3 PlanSiG) sowie Erörterungstermine, mündliche Verhandlungen und Antragskonferenzen (§ 5 PlanSiG) relevant. Damit wird dem Erfordernis der Beschleunigung der Zulassungs- und Vergabeverfahren nach diesem Gesetz mit bereits bewährten Vorschriften Rechnung getragen.

In Absatz 4 wird die Geltung dieser Vorschriften des PlanSiG auch über das Außerkrafttreten des PlanSiG hinaus bis zum Außerkrafttreten dieses Gesetzes angeordnet.

Zu § 11

Zu Absatz 1

In Absatz 1 wird die sofortige Vollziehung gesetzlich angeordnet. Es handelt sich um Vorhaben, deren zeitnahe Realisierung für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von großer Bedeutung ist. Sie sind gemäß § 2 aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Teilweise greift bereits eine gesetzliche Anordnung der sofortigen Vollziehung (z.B. § 43e des Energiewirtschaftsgesetzes für LNG-Anbindungsleitungen). Diese gesetzliche Anordnung wird auf alle Entscheidungen im Zusammenhang mit Vorhaben nach § 2 dieses Gesetzes ausgedehnt. Ein Vorverfahren ist nur erforderlich, wenn dies nicht durch ein Bundes- oder nach Landesgesetz ausgeschlossen ist. Die Realisierung der Vorhaben, die in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen, ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Vorschrift trägt somit dem Interesse des Vorhabenträgers an Planungssicherheit Rechnung. Ausreichender Rechtsschutz entsprechend Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes ist gewährleistet, da den Betroffenen die Möglichkeit bleibt, die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung zu beantragen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt das Vorgehen, falls nachträglich Tatsachen eintreten, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 dient der Gewährleistung des Rechtsschutzes nach Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention).

Zu Absatz 4

Im Anwendungsbereich des § 9 Absatz 2 und 3 gilt § 11 nicht. § 9 Absatz 2 und 3 sind die spezielle Regelung für die Nachprüfung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen durch Auftraggeber oberhalb der EU-Schwellenwerte. Außerhalb des Anwendungsbereiches von § 9 Absatz 2 und 3 ist § 9 Absatz 5 zu beachten. Selbst bei Verfahren vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Fällen des § 9 Absatz 5 dürfte ein Rechtsbehelf nach § 11 in der Regel nicht in Betracht kommen, da bei öffentlich-rechtlichen Verträgen über einen Auftrag oder eine Konzession kein Verwaltungsakt vorliegt.

Zu § 12

Durch die mit § 12 geschaffene Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts wird eine einheitliche Befassung und Entscheidungsgeschwindigkeit für Entscheidungen gewährleistet, die Vorhaben nach § 2 betreffen.

Die erstinstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts stellt eine Ausnahme dar. Sie ist aber im vorliegenden Fall geboten. Denn nur auf diese Weise wird eine erhebliche Verfahrensbeschleunigung erzielt, indem die Dauer möglicher gerichtlicher Verfahren verkürzt wird. Im Vergleich zum Rechtsschutzverfahren vor dem (Ober-) Verwaltungsgerichten entfällt das Risiko eines anschließenden Revisionsverfahrens beim Bundesverwaltungsgericht. In einem Revisionsverfahren ist es möglich, dass das Revisionsgericht das Verfahren wieder an das (Ober-) Verwaltungsgericht verweist, um eine weitere Sachaufklärung zu ermöglichen. Dieses kann letztendlich zu einer erheblichen Verzögerung bezüglich der Realisierung der erforderlichen LNG-Vorhaben führen.

Indem das Bundesverwaltungsgericht die abschließende Entscheidungsbefugnis über die Auslegung und Anwendung des relevanten Rechts für den LNG-Ausbau hat, wird eine einheitliche Rechtsauslegung gewährleistet, was letztendlich der Verfahrensbeschleunigung dient. Der LNG-Ausbau ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine sichere Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl. Deshalb muss schnellstmögliche Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden.

Könnte der Planfeststellungsbeschluss für ein solches Vorhaben vor dem Bundesverwaltungsgericht angegriffen werden, während der vorzeitige Baubeginn den normalen Instanzenzug durchlaufen müsste, könnte der Beschleunigungseffekt der Rechtswegverkürzung zunichtegemacht werden. Daher bezieht sich die Zuständigkeit auch auf alle mit dem Vorhaben zusammenhängenden Entscheidungen.

Dieses Gesetz betrifft eine überschaubare Anzahl von Fällen. Es geht nur um die zeitnah zu realisierenden LNG-Vorhaben an **maximal sechs Standorten**. Diese Vorhaben sind in § 2 und in der Anlage abschließend aufgelistet. Nur für diese Vorhaben gilt die erstinstanzliche Zuständigkeit. Durch die begrenzte Anzahl von Vorhaben wird die Zuständigkeitsbegründung in quantitativer Hinsicht begrenzt. Im Ergebnis ist damit das Regel-Ausnahme-Prinzip gewahrt. Nach der derzeit möglichen Prognose ist davon auszugehen, dass durch die Verweisung an das Bundesverwaltungsgericht keine unververtretbaren Beeinträchtigungen der Kernaufgaben des Bundesverwaltungsgerichts als Revisionsgericht ausgelöst werden.

Insgesamt ist die ausnahmsweise Verlagerung zum Bundesverwaltungsgericht erforderlich, um auch bei der Ausgestaltung des Verwaltungsgerichtsverfahrens einen notwendigen Beitrag zur erforderlichen Beschleunigung des Ausbaus der LNG-Infrastruktur zu leisten.

Zu § 13

Zu Absatz 1

Auch bereits begonnene Zulassungsverfahren für die Errichtung und die Inbetriebnahme von Anlagen für Flüssigerdgas sowie von Leitungen sollen mit Hilfe

der in diesem Gesetz geregelten Verfahrenserleichterungen weitergeführt werden können.

Zu Absatz 2

Es steht nach Absatz 2 im Ermessen der Behörde, ob ein begonnener, aber noch nicht abgeschlossener Verfahrensschritt (zum Beispiel Bekanntmachung oder Auslegung), nach den zu Beginn des Verfahrensschrittes geltenden gesetzlichen Vorschriften durchgeführt wird oder, ob die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung finden sollen. In letzterem Fall muss die Behörde den Verfahrensschritt neu durchführen, es sei denn, der Verfahrensschritt könnte nach dem vorliegenden Gesetz gänzlich entfallen. Dadurch erhält die Behörde bei begonnenen, noch nicht abgeschlossenen Verfahrensschritten die Wahlmöglichkeit, ob der Verfahrensschritt nach altem oder neuem Recht durchgeführt wird. So kann sie das im Hinblick auf eine Beschleunigung adäquate Verfahren wählen. Durch den Neubeginn des Verfahrensschrittes, der nach diesem Gesetz geltenden Regelung, soll gleichzeitig gewährleistet werden, dass ein Wechsel auf die nach diesem Gesetz geltenden Verfahrensvorschriften nicht während der Durchführung eines laufenden Verfahrensschrittes stattfindet und sich dadurch Fristen verkürzen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 legt fest, dass Verfahrensschritte, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits begonnen, aber noch nicht beendet wurden, weiterhin nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden können. Die Regelung bildet somit das Gegenstück zur Regelung des Absatzes 2.

Zu Absatz 4

Absatz 4 stellt klar, dass Fehlervorschriften (z.B. § 4 Abs. 1 UmwRG) keine Anwendung finden, wenn der Verfahrensschritt nach diesem Gesetz vollständig entfallen kann. So kann beispielsweise das Fehlen der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht gerügt werden, wenn sie nach diesem Gesetz entfallen kann.

Zu Absatz 5

Vergabeverfahren werden regelmäßig nach dem Recht zu Ende geführt, das zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens galt (vgl. § 186 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen). Das ist für Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aufgrund des Zweckes des Gesetzes nach § 1 und dem besonderen Interesse nach § 3 nicht sachgerecht. Sie sollen daher nach Satz 1, auch wenn sie bereits begonnen haben, grundsätzlich mit den Verfahrenserleichterungen und Beschleunigungsvorteilen des § 9 durchgeführt werden können. Für materielle Regelungen, die an diese besondere Dringlichkeit anknüpfen (Losverzicht, Dringlichkeitsvergabe), kann dies aber nur für Vorhaben gelten, die nach dem Angriff Russlands gegen die Ukraine begonnen haben.

Satz 2 stellt klar, dass für Vorhaben nach § 2 insbesondere auch die Regelungen zur beschränkten Unwirksamkeitsfolge und zum beschleunigten Rechtsschutz

Anwendung finden müssen, um für sie schnell Rechtssicherheit erreichen zu können, selbst wenn das Vergabeverfahren bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen war bzw. der Zuschlag bereits vorher erfolgt ist.

Es wäre aber unangemessen, der Vergabekammer oder dem Beschwerdegericht rückwirkend beginnende Fristen aufzuerlegen, so dass nach Satz 3 dann mit Inkrafttreten des Gesetzes die neuen Fristen laufen, soweit im Sinne der Beschleunigung nicht die bisher geltenden Fristen schon vorher ablaufen.

Zu § 14

Zu Absatz 1

Aufgrund der Eilbedürftigkeit des Gesetzes ist ein schnellstmögliches Inkrafttreten nach der Verkündung erforderlich.

Zu Absatz 2:

Das Gesetz soll lediglich dafür sorgen, dass eine drohende Versorgungskrise mit Gas durch beschleunigte Verfahren abgewendet wird. Aus diesem Grund ist das Gesetz zu befristen. Zur Sicherstellung, dass alle nach diesem Gesetz begonnenen Verfahrensschritte nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu Ende geführt werden, treten die Übergangsvorschriften erst zu einem späteren Zeitpunkt außer Kraft.

Um einen einheitlichen Rechtsschutz für alle, auch später eintretende Verfahren nach diesem Gesetz zu gewährleisten, treten diese Regelungen nicht außer Kraft.

Begründung zu Einschub in § 15:

Die Regelung stellt sicher, dass auch § 5 Absatz 1 Nummer 5 nicht Außerkrafttritt. Dies ist erforderlich, da § 5 Absatz 1 Nummer 5 erst ab dem Jahr 2035 Wirkung entfaltet.

KB4

Von: [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 29. April 2022 17:46
An: [REDACTED]
Cc: [REDACTED] Schwenk, Birgit, K
Betreff: WG: Sachstand LNG-G - Gelegenheit zum flankierenden kurzfristigen Telefonat mit ST Tidow

Liebe [REDACTED]

für Dich die Freigabe.

VG

[REDACTED]

Tel: [REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 29. April 2022 17:36
An: Schwenk, Birgit, K <Birgit.Schwenk@bmwk.bund.de>
Cc: BUERO-ST-GR (Graichen) <BUERO-ST-GR@bmwk.bund.de>; [REDACTED]
[REDACTED]@bmu.bund.de>
Betreff: AW: Sachstand LNG-G - Gelegenheit zum flankierenden kurzfristigen Telefonat mit ST Tidow

Liebe Birgit,

wie gerade besprochen: Patrick billigt, dass Ihr die Ressortabstimmung einleitet. Die Vorlage liegt beim Minister.

VG

[REDACTED]

Tel: [REDACTED]

Von: Schwenk, Birgit, K
Gesendet: Freitag, 29. April 2022 17:13
An: Graichen, Patrick, Dr., St Gr <Patrick.Graichen@bmwk.bund.de>
Cc: [REDACTED] <[\[REDACTED\]@bmwk.bund.de](mailto:[REDACTED]@bmwk.bund.de)>; BUERO-ST-GR (Graichen) <BUERO-ST-GR@bmwk.bund.de>; [REDACTED] <[\[REDACTED\]@bmu.bund.de](mailto:[REDACTED]@bmu.bund.de)>
Betreff: WG: Sachstand LNG-G - Gelegenheit zum flankierenden kurzfristigen Telefonat mit ST Tidow

Lieber Patrick,
ich bin mir nicht sicher, ob Du die BM-Vorlage schon anschauen und weiterleiten konntest. Auf jeden Fall würde ich empfehlen, dass das Referat jetzt die Ressortabstimmung einleitet, um keine Zeit zu verlieren. Ein Widerspruch des Ministers dagegen ist nicht zu erwarten.

Viele Grüße

Birgit

Von: [REDACTED] KB4

Gesendet: Freitag, 29. April 2022 14:08

An: BUERO-ST-GR (Graichen) <BUERO-ST-GR@bmwk.bund.de>

Cc: [REDACTED] <[\[REDACTED\]@bmwk.bund.de](mailto:[REDACTED]@bmwk.bund.de)>; Schwenk, Birgit, K

<Birgit.Schwenk@bmwk.bund.de>; Vertreter, St Gr <StGr.Vertreter@bmwk.bund.de>; [REDACTED]

[REDACTED] <[\[REDACTED\]@bmwk.bund.de](mailto:[REDACTED]@bmwk.bund.de)>

Betreff: Sachstand LNG-G - Gelegenheit zum flankierenden kurzfristigen Telefonat mit ST Tidow

ST GR

über AL'in K

Stand LNG

- LNG-G ist mit BMUV abgestimmt und von BMJ mitgeprüft (BM Vorlage liegt bei AL'in K)
- Zuletzt auf Arbeitsebene geeinigt wurde **folgende Paketlösung** (schon im Gesetzentwurf aufgenommen)
 - o Alle LNG Anlagen im Anwendungsbereich
 - o Absehen von der UVP Prüfung (Einzelfallprüfung der Behörde; Bsp. hierzu in der Begründung)
 - o Befristung der Anlagen mit LNG bis 31.12.2040; Antragspflicht für Umrüstung auf grünen Wasserstoff/Derivate bis 1.1.2035. ;Neu- Genehmigungen werden für diese Anlagen nur noch für grünen Wasserstoff/Derivate erteilt
 - o Geltungsdauer des Gesetzes bis 30.6.2025; begonnen Verfahrensschritte können noch bis 30.6.2027 nach LNG-G abgeschlossen werden.
- Die Arbeitsebene des BMUV trägt diese Einigungen belastbar mit, hat ihre Leitungen über das LNG und die Paketlösung informiert und Zustimmung empfohlen.

Aus KB4 Sicht, besteht die Gelegenheit bei Wunsch des ST, sehr kurzfristig mit ST Tidow zu telefonieren und diese Zustimmung „abzuholen“. Ggf. kann auch das weitere gemeinsame Vorgehen (Zugehen auf die Fraktionen und Länder) besprochen werden.

- Auch ohne dieses Telefonat würde KB4 empfehlen, nach BM Billigung die Ressortabstimmung unverzüglich einzuleiten.
- Hintergrund - Was wurde noch im Gesetz verankert:
 - o Überraszendes öffentl. Interesse + öffentliche Sicherheit
 - o Energiewirtschaftlicher Bedarf der LNG Anlagen
 - o Zeitl. Lockerung Naturschutzrecht, reduzierte Anforderungen vorzeitiger Baubeginn von Leitungen
 - o Öffentlichkeitbeteiligung 1+1 Woche
 - o Deutliche Beschleunigung bei Vergabe- und Nachprüfungsverfahren

Viele Grüße

[REDACTED]



[REDACTED] | Referentin | KB4

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz | Scharnhorststr. 34-37 | 10115 Berlin

Postanschrift: 11019 Berlin | Tel. +49 30 18 615-[REDACTED] Fax +49 30 1-[REDACTED]

[REDACTED] <[\[REDACTED\]@bmwk.bund.de](mailto:[REDACTED]@bmwk.bund.de)> | www.g7germany.de

Interessenabwägungen, insbesondere beim vorläufigen Rechtsschutz, unter Berücksichtigung des Zweckes nach § 1 sowie des besonderen Interesses nach § 3 zu treffen. Dieser Absatz gilt nicht für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen.

§ 10 Weitere Verfahrensordnungen

(1) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 eine ortsübliche und/oder öffentliche Bekanntmachung angeordnet und ist nach den dafür geltenden Vorschriften der Anschlag an einer Amtstafel oder die Auslegung zur Einsichtnahme vorgesehen, findet § 2 des Planungssicherstellungsgesetzes Plansicherungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Befristung auf Bekanntmachungen, deren Frist mit dem Ablauf des 31. Dezember 2022 endet, nicht stattfindet.

Kommentiert [BAK93]: BMJ bitte prüfen, ob der Vorschlag zur alternativen Darstellung möglich ist

Kommentiert [RedStab94]: So nicht in Abs. 2.

Kommentiert [RedStab95]: für? Oder ist tatsächlich „auf“ gemeint?

Kommentiert [RedStab96]: ungewöhnlich – „eine Befristung findet nicht statt“
-> dass Bekanntmachungen ... nicht befristet werden?

(2) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 die Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen vorgesehen, auf die nach den für die Auslegung geltenden Vorschriften nicht verzichtet werden kann, findet § 2-3 des Planungssicherstellungsgesetzes Plansicherungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Befristung auf Bekanntmachungen, deren Frist mit dem Ablauf des 31. Dezember 2022 endet, nicht stattfindet.

Kommentiert [RedStab97]: s. o.

(3) Ist für ein Genehmigungsverfahren für ein Vorhaben nach § 2 die Durchführung eines Erörterungstermins oder einer mündlichen Verhandlung vorgesehen, findet § 5 des Planungssicherstellungsgesetzes Plansicherungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) mit der Maßgabe Anwendung, dass ersatzweise eine Online-Konsultation durchgeführt werden kann.

(4) Die §§ 2, 3 und 5 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) finden auch über den 31. Dezember 2022 hinaus Anwendung.

Alternative Darstellung:

(1) Die Regelungen über ortsübliche oder öffentliche Bekanntmachungen, die Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen, Erklärungen zur Niederschrift sowie Erörterungstermine oder mündliche Verhandlungen der §§ 2, 3 und 5 des Planungssicherstellungsgesetzes in der Fassung vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, finden mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Befristung nach dem Plansicherungsgesetz nicht stattfindet.

Kommentiert [RedStab98]: s. o.

(2) Die §§ 2, 3 und 5 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041) in der Fassung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) finden auch über den 31. Dezember 2022 hinaus Anwendung.

§ 11 Rechtsbehelfe

(1) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Zulassungsentscheidung für die Vorhaben nach § 2 haben keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs oder der Anfechtungsklage gegen eine Zulassungsentscheidung nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung der Zulassungsentscheidung gestellt und begründet werden. Darauf ist in der Rechtsbehelfsbelehrung hinzuweisen. § 58 der Verwaltungsgerichtsordnung gilt entsprechend.

(2) Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch die Zulassungsentscheidung Beschwerde einen hierauf auf die Tatsachen gestützten Antrag nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung innerhalb einer Frist von einem Monat stellen und begründen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

(3) Im Übrigen bleibt der bestehende Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten durch dieses Gesetz unberührt.]

(4) § 9 Absatz 2 und 3 bleiben unberührt.]

Kommentiert [RedStab99]: Das gehört vermutlich nicht zur „kann“-Regelung.
Vorschlag:
... so kann der ... Beschwerde einen auf die Tatsachen gestützten Antrag nach § 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung stellen. Der Antrag ist zu begründen. Er ist innerhalb einer Frist von einem Monat, beginnend mit dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt, zu stellen.

Kommentiert [BAK100]: Sonderregelungen für das Vergaberecht

§ 12 Zuständigkeit des BVerwG

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet im ersten und letzten Rechtszug über Vorhaben nach § 2. Satz 1 ist auch anzuwenden auffür auf

1. für Zulassungen, die den vorzeitigen Baubeginn von diese Vorhaben nach § 2 und auf für deren Betrieb oder von Anlagen, die für den Betrieb dieser Vorhaben notwendige Anlagen sind, betreffen, bezogene Zulassungen des vorzeitigen Baubeginns und

2. Anzeigeverfahren sowie

3. für Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für Anlagen, die für den Betrieb dieser von Vorhaben nach § 2 notwendig sind.

Kommentiert [RedStab101]: Eigentlich: „anzuwenden auf“
ODER die Sätze 1 und 2 verbinden: ... über Vorhaben nach § 2 und über ...

Dann wegen besserer Übersichtlichkeit mit Liste fortfahren. Da die Aufzählung im Original aufgrund der vielen Ergänzungen unübersichtlich ist, kann nebenstehend nur der Versuch einer Gliederung vorgenommen werden.

§ 13 Abweichungsrecht der Länder

§ 71 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und § 73 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes finden auf dieses Gesetz keine Anwendung.

§ 14 Übergangsregelungen

(1) Die Regelungen dieses Gesetzes sind auch auf bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnene, aber noch nicht abgeschlossene Zulassungsverfahren für die Errichtung und die Inbetriebnahme von Anlagen für Flüssigerdgas sowie von Leitungen anzuwenden.

Kommentiert [RedStab102]: s. o.: Errichtung von Leitungen?

(2) Abweichend von Absatz 1 kann die zuständige Behörde entscheiden, ob ein Verfahrensschritt, der bereits begonnen, aber noch nicht abgeschlossen wurde,

Kommentiert [RedStab103]: Ohne Komma.

Kommentiert [RedStab104]: Übersichtlicher mit L?

1. nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden soll oder

2. ~~ob der Verfahrensschritt~~ nach den zum Zeitpunkt des Beginns des Zulassungsverfahrens geltenden Vorschriften beendet werden soll.

Ein Verfahrensschritt, der bereits begonnen, aber noch nicht abgeschlossen wurde, ist jedoch neu zu beginnen, wenn er nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt wird. Ein Verfahrensschritt nach Satz 2 muss nicht beendet werden, wenn er nach diesem Gesetz entfallen kann.

Kommentiert [RedStab105]: Widerspricht das nicht dem vorhergehenden Satz? Demzufolge kann der Verfahrensschritt doch durchgeführt werden (Nr. 1 – neu) und muss nicht neu begonnen werden?

Kommentiert [RedStab106]: Bzw. nach Satz 1 Nr. 1?

(3) Für Verfahrensschritte, bei denen von einer Regelung nach den §§ 3 bis ... [§ vor Übergangsvorschrift] Gebrauch gemacht worden ist und die mit Ablauf des [31. Dezember 2025] noch nicht abgeschlossen sind, gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes bis zum Abschluss des jeweiligen Verfahrensschrittes weiter.

Kommentiert [BAK107]: Strittig – Leitungsvorbehalt BMWK - BMUV

(4) Fallen Verfahrensschritte nach diesem Gesetz weg, sind auch die entsprechenden Fehlerfolgenregelungen insoweit nicht anwendbar.

(5) Die Regelungen des § 9 sind auch auf vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnene, aber noch nicht abgeschlossene Vergabe- und Nachprüfungsverfahren anzuwenden, die die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen von Vorhaben nach § 2 zum Gegenstand haben; für § 9 Absatz 1 Nummer 1, 2, 7, 8 und 9 sowie Absatz 4 gilt dies nur, soweit das Vergabeverfahren nach dem 24. Februar 2022 begonnen hat. ²Insbesondere sind § 9 Absatz 1 Nummer 3 bis 6 sowie die Regelungen zum Rechtsschutz nach § 9 Absatz 2, 3 und 5 auch anzuwenden, wenn bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes das Vergabeverfahren abgeschlossen oder der Vertrag geschlossen wurde. ³Die Fristen nach § 9 Absatz 2 und 3 laufen bei bereits begonnenen Nachprüfungsverfahren frühestens ab Inkrafttreten dieses Gesetzes; soweit die bisher geltenden Fristen im Einzelfall früher ablaufen, sind diese weiter anzuwenden.

Kommentiert [RedStab108]: Komma

Kommentiert [BAK109]: Sonderregelungen für das Vergabennachprüfungsverfahren

§ 15 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die §§ 1 bis... [alle außer Rechtsschutz (§ 11 und § 9 Abs. 2, 3 und 5), Gericht, Übergangsbestimmung,] treten mit dem Ablauf des [31. Dezember 2025] außer Kraft. Im Übrigen tritt das Gesetz mit Ausnahme des § [Rechtsschutz (einschließlich § 9 Abs. 2, 3 und 5) und Gericht] mit Ablauf des [30. Juni 2030] außer Kraft.

Kommentiert [BAK110]: Strittig – Leitungsvorbehalt
BMWK - BMUV

Kommentiert [BAK111]: Strittig – Leitungsvorbehalt
BMWK - BMUV

Begründung:**Zu § 1-~~Zweck~~**

Mit dem am 24. Februar 2022 erfolgten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die energie- und sicherheitspolitische Bewertung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen unvorhergesehen kurzfristig und fundamental geändert. U.a. ist eine Unterbrechung bisher für die Energieversorgung zentraler russischer Erdgaslieferungen an Deutschland (aktuell 40% der nationalen Gasversorgung, bei einem Gesamtverbrauch von rund 1.000 TWh oder 96 Mrd. m³ pro Jahr) nicht mehr ausgeschlossen, sei es aufgrund russischer Entscheidungen, aufgrund von EU-Sanktionen oder aufgrund der erforderlichen Aktualisierung energie- und sicherheitspolitischer Bewertungen. Durch den Krieg und seine Folgen ist eine unvorhersehbare, außergewöhnliche und volatile Lage am Gasmarkt entstanden.

Aufgrund des unvorhersehbaren Angriffskrieges und seiner auch energie- und sicherheitspolitischen Folgen im Zusammenspiel mit der bislang bestehenden Import-Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen ist der schnellstmögliche Aufbau einer unabhängigeren deutschen Gasversorgung äußerst dringlich und zwingend erforderlich.

Wegen der geringen Substituierbarkeit von Gas durch andere Energieträger muss zur Sicherstellung der Versorgung zwingend Gas aus anderen Quellen beschafft werden. Eine der wenigen Möglichkeiten Deutschlands, auf dem Weltmarkt kurzfristig an zusätzliche Gasmengen zu gelangen, ist der Einkauf von verflüssigtem Erdgas (LNG). Um das LNG in Deutschland anlanden, umwandeln und verwenden zu können, ist der umgehende Ausbau der LNG-Importinfrastruktur [~~Floating Storage and Regasification Units (-FSRU's), & landgebundene LNG-Terminals und LNG-Anbindungsleitungen~~] unverzichtbar.

Die Versorgung mit Erdgas war bereits im Winter 2021/2022 durch einen geringen Speicherfüllstand gekennzeichnet. Zwar reichen die Erdgasimporte aus Norwegen, den Niederlanden und LNG-Importe (insb. USA; QAT anlaufend) in Verbindung mit den gegenwärtig vorhandenen rd. 64 TWh (Stand: 05.04.2022) in den Speichern zur Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher grundsätzlich in den nächsten Monaten wegen des fehlenden Heizbedarfs im Sommer aus. Wenn die russischen Gaslieferungen aber ausfallen sollten, was in der gegenwärtigen Konfliktlage jederzeit sehr gut möglich ist, würde eine hinreichende Befüllung der Speicher im Sommer in Vorbereitung auf den nächsten Winter unmöglich; u.a. die Erfüllung der mit dem Gasspeichergesetz und der geplanten EU-Regulierung gesetzten Füllstandsvorgaben stünde in Gefahr. Eine solche Gasmangellage muss mit allen Kräften vermieden werden: Folge wären hohe, in ihren Auswirkungen nur schwer abschätzbare wirtschaftliche Schäden. So wären insbesondere die Glas- und Zementindustrie als in hohem Maße von einer gesicherten Gasversorgung abhängige Industriezweige von einer Unterbrechung der Gasversorgung betroffen: Eine

Unterbrechung der Gasversorgung würde hier zu nicht abschätzbaren Produktionsausfällen und einer weitgehenden Vernichtung des Kapitalstocks führen. Aber auch in weiteren Branchen einschließlich solchen, die zur kritischen Infrastruktur gehören (z.B. Pharma- oder Lebensmittelproduktion) ist in diesem Fall mit Produktionsausfällen und damit einhergehender Unterversorgung der Bevölkerung zu rechnen. Zudem könnte die staatliche Daseinsvorsorge- und die Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland dann nicht mehr gewährleistet werden. Es liegt somit bei den Vorhaben nach § 2 neben den äußerst dringlichen Gründen auch eine Gefährdung überragender öffentlicher Interessen vor (vgl. auch Begründung zu § 3).

Um die Möglichkeit für zusätzliche LNG-Importe zu schaffen, muss schnellstmöglich die Möglichkeit geschaffen werden, LNG auch in Deutschland zu regasifizieren und damit auf Ebene der Infrastruktur die Voraussetzung für den Bezug größerer LNG-Mengen zu ermöglichen. Die Kapazität der bisher vorhandenen, für Deutschland nur teilweise nutzbaren europäischen LNG-Terminals kann – selbst bei einhundertprozentiger Auslastung – den Ausfall der russischen Lieferungen für Europa nur zu einem sehr geringen Teil decken. Gleichzeitig sind mit dem Ausfall der russischen Pipeline- und LNG-Lieferungen massive Preissteigerungen für Erdgas auf dem europäischen und internationalen Markt zu erwarten.

Ohne die schnellstmögliche Errichtung der entsprechenden LNG-Infrastruktur ist eine Substituierung des russischen Gases in dem zur Abwendung schwerster wirtschaftlicher Schäden zwingend erforderlichen Umfang auf absehbare Zeit nicht möglich. Bei einer vollständigen Einstellung der Erdgaslieferungen aus Russland reichen insbesondere auch die auf dem Weltmarkt verfügbaren FSRUs nicht aus, um den Ausfall in den kommenden Jahren gänzlich zu kompensieren.

Es-Daher bedarf es daher neben der Genehmigung von schwimmenden Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRU), die kurzfristig angemietet und in Betrieb genommen werden können, auch der schnellstmöglichen Errichtung und Inbetriebnahme landgebundener auch der Nutzung fester LNG-Terminals mit größeren Kapazitäten der Nutzung schwimmender Speicher- und Regasifizierungseinheiten (FSRU). Für feste und schwimmende LNG-Anlagen müssen auch die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Anlagen müssen insbesondere an das Erdgasleitungsnetz angeschlossen und zum Teil Hafenanlagen angepasst werden.

Wegen der obigen bestehenden Ausnahmesituation, die eine schnelle und auch dauerhafte Sicherung der Energieversorgung durch LNG erfordert, wird den Genehmigungsbehörden vorübergehend ermöglicht, von bestimmten Verfahrensanforderungen, insbesondere im Bereich der Umweltprüfung, abzusehen. Daneben wird Auftraggebern ermöglicht, vorübergehend vergaberechtlicher Erleichterungen zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge und

Konzessionen anzuwenden. Ziel des Gesetzes ist es, alle Zulassungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich schneller zu durchlaufen, als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist, und so zu zügigen Genehmigungen und Einbindung von LNG in den deutschen Markt zu gelangen. Um die schnellstmögliche Umsetzung effektiv zu gewährleisten, ist parallel auch der entsprechende Rechtsschutz jeweils zu beschleunigen. Diese Anpassungen sind ein äußerst wichtiger Beitrag für die Versorgungssicherheit in Deutschland und aufgrund der dadurch entstehenden Unabhängigkeit von Russland auch für die Sicherheit in Europa.

[Die landgebundenen LNG-Terminals und die für die Anbindung der LNG Anlagen erforderlichen Erdgasleitungen sollen zudem kurz- und mittelfristig auf Wasserstoff genutzt und entsprechend werden umgestellt werden. Es handelt sich damit gleichzeitig um Investitionen für den heimischen Wasserstoffmarkt und einen Beitrag für den Klimaschutz.]

Kommentiert [BAK112]: Anpassung entsprechend BMWK-Vorschlag zur Befristung von LNG-Anlagen nach § 5

Zu § 2 [Anwendungsbereich]

Aktuell ändern sich in Deutschland die Grundlagen der Energieversorgung erheblich. Die zügige Realisierung von LNG-Vorhaben in den Küstenregionen liefert einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und zur Erreichung der in § 1 genannten Zwecke. Es gilt im Interesse einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland die Voraussetzungen für einen kurzfristig-schnellstmöglich zu realisierenden Ausbau der LNG-Infrastruktur in den Küstenregionen zu schaffen und damit einen Beitrag zur Bewältigung der Krisensituation zu leisten.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt den sachlichen Anwendungsbereich des Gesetzes. Es werden die für den Ausbau der LNG-Infrastruktur erforderlichen Einzelvorhaben aufgeführt.

Der Absatz 2 legt fest, für welche Bestandteile bzw. welche Verfahren zur Zulassung das Gesetz gilt. Erfasst sind alle Verfahren, die erforderlich sind, um eine LNG-Infrastruktur aufzubauen.

Dieser umfasst sowohl die stationären schwimmenden Anlagen (Nummer 1) und die stationären landgebundenen Anlagen (Nummer 2) als auch den gesamten Leitungsausbau samt weiterer (Teil-) Anlagen, sofern sie nicht bereits unter die Nummern 1 und 2 fallen (Nummer 3) sowie die hierfür erforderlichen Gewässerbauten und Gewässerbenutzungen (Nummer 4).

Zu Nr. 1:

Erfasst werden stationäre schwimmende Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas, auch bezeichnet als „Floating Storage and Regasification Units“ (FSRU's). Kern der schwimmenden Anlage ist ein spezielles Schiff, welches die Anlandung, Entladung, Speicherung und

Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas (LNG) ermöglicht. Flüssiges Erdgas wird dabei von einem LNG-Tanker in eine schwimmende Anlage umgeladen und durch Erhitzung erneut in einen gasförmigen Zustand umgewandelt. Für die Erwärmung des verflüssigten Erdgases (LNG) wird regelmäßig Seewasser als Grundlage genutzt. Das wiederverdampfte Gas wird dann aus der schwimmenden Anlage über eine kurze Verbindungsleitung in die Hafenanlagen gepumpt und von dort ins Gasfernleitungsnetz eingespeist.

Zu Nr. 2:

Erfasst werden stationäre landgebundenen Anlagen zur Einfuhr, Entladung, Lagerung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas. Der Anlagenbegriff erfasst dabei insbesondere sog. ortsfeste LNG-Terminals, welche zur Entladung von LNG-Tankern, Regasifizierung und Einspeisung des Erdgases in das Gasnetz dienen und/oder die Einlagerung des verflüssigten Erdgases bzw. das Umladen auf weitere Transportmittel ermöglichen.

Zu Nr. 3

Bestandteil der Nummer 3 sind u.a. die Anbindungsleitungen von LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 des Energiewirtschaftsgesetzes. Eine spätere Umstellung der neuen Leitungen auf eine Wasserstofftauglichkeit (sog. Wasserstoff-Readiness) ermöglicht bereits das geltende Recht, vgl. § 43I Absatz 8 des Energiewirtschaftsgesetzes.

Zu Nr. 4

Kommentiert [BAK113]: BMUV bitte ergänzen

Erfasst werden Gewässerausbauten und Gewässerbenutzungen, die für Errichtung und Betrieb der Anlagen nach Nummer 1 oder 2 erforderlich sind. Dies kann etwa das Schaffen oder Vergrößern von Zufahrten für LNG-Tankschiffe mittels Vertiefungen umfassen oder aber die Nutzung von Seewasser zur Wiederverdampfung des verflüssigten Erdgases.

Zu Absatz 2

Der Absatz verweist auf einzelne Vorhaben in der Anlage.

Die in der Anlage erfassten Vorhaben sind für die Erfüllung des Gesetzeszwecks von herausragender Bedeutung. Nur an diesen Standorten kann ein zügiger und quantitativ wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Versorgung Deutschlands mit LNG aufgrund der dortigen Bedingungen geleistet werden. Diese verfügen sämtlich über die erforderlichen geografischen und nautischen Bedingungen, um die Vorhaben grundsätzlich realisieren zu können bzw. zügig die entsprechenden Voraussetzungen schaffen zu können. Zudem erlauben die Vorhaben einen quantitativ erheblichen Beitrag zur Gasversorgung Deutschlands aufgrund der bestehenden bzw. zügig zu realisierenden Einfuhr-, Entladungs-, Lagerungs- und Wiederverdampfungsmöglichkeiten.

Ob und wie ein Vorhaben realisiert wird, wird erst in den Planungs- und Zulassungsverfahren entschieden. Die Anlage enthält keine verbindlichen

Festlegungen über die Ausführung eines Vorhabens oder den konkreten Verlauf der Leitungen.

Vorhaben außerhalb des Anwendungsbereichs dieses Gesetzes können weiterhin realisiert werden und unterliegen den allgemeinen planungsrechtlichen Kriterien und Regelverfahren.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass dieses Gesetz auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen für die Vorhaben nach Absatz 1 und 2 gilt. Für sie ist insbesondere – aber nicht nur – § 9 zu beachten.

Zu § 3 Besonders-Interesse

Die Anlage enthält abschließend die insgesamt x Gesamtvorhaben, für die die Regelungen dieses Gesetzes gelten. Diese Vorhaben können der Gewährleistung der Versorgungssicherheit in besonderem Maße dienen. Den Häfen in Norddeutschland kommt eine Schlüsselfunktion zu. Es bedarf eines Ausbaus der gesamten LNG-Infrastruktur, damit das verflüssigte Gas nach Deutschland geliefert werden kann und in das Fernleitungsnetz eingespeist werden kann. Derzeit steht der Bau von LNG-Terminals an den in der Anlage genannten Standorten in der Diskussion. Für diese Standorte schafft das Gesetz eine gesetzliche Planrechtfertigung und ein beschleunigtes **Zulassungs- und Vergabeverfahren**. Bei den in der Anlage erfassten Vorhaben handelt sich um Vorhaben von überregionaler Bedeutung. Sie gehen nach Bedeutung und Auswirkung über das Gebiet eines Landes hinaus. Die räumliche Verteilung der erfassten Infrastrukturen dient dazu, die Realisierung im gesamtstaatlichen Interesse zu steuern und so zur Verwirklichung der politischen Ziele der Gewährleistung der Versorgungssicherheit und der Schaffung einer zukunftsorientierten diversifizierten Gasversorgung beizutragen. Es besteht zudem eine besondere Dringlichkeit der Realisierung von einzelnen Vorhaben in der Küstenregion, die eine Aufnahme in die Anlage rechtfertigen. Der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland und damit zusammenhängend die Realisierung der Vorhaben sind von grundsätzlicher Bedeutung. Sie bedürfen aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses einer **alsbaldigen Entscheidungsschnellstmöglichen Umsetzung**.

Mit der Aufnahme in der Anlage werden für die darin enthaltenen Vorhaben die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der Bedarf zur **schnellstmöglichen** Gewährleistung der Versorgung der Allgemeinheit mit Gas festgestellt. Damit liegt die Planrechtfertigung vor. Eine Verpflichtung zur Realisierung der Vorhaben entsteht durch die Aufnahme in die Anlage nicht. Es handelt sich lediglich um eine Verfahrenserleichterung. Durch die gesetzliche Bedarfsfeststellung bedarf es im weiteren Planungs- und Zulassungsverfahren in rechtlicher Hinsicht weder einer erneuten Darlegung von Seiten des Vorhabenträgers, noch der Prüfung von Seiten der Behörden.

Kommentiert [LA114]: Bisher § 2 Abs. 1, Text identisch übertragen

Kommentiert [LA115]: Der Europäische Gerichtshof zur Warenverkehrsfreiheit festgestellt, dass Erdölerzeugnisse wegen ihrer außerordentlichen Bedeutung als Energiequelle in der modernen Wirtschaft wesentlich sind für die Existenz eines Staates, da nicht nur das Funktionieren seiner Wirtschaft, sondern vor allem auch das seiner Einrichtungen und seiner wichtigen öffentlichen Dienste und selbst das Überleben seiner Bevölkerung von ihnen abhängen. Eine Unterbrechung der Versorgung mit Erdölerzeugnissen und die sich daraus für die Existenz eines Staates ergebenden Gefahren können somit seine öffentliche Sicherheit schwer beeinträchtigen (vgl. EuGH, Urteil v. 10.07.1984, 72/83, Rn. 34). Diese Annahmen sind übertragbar auf die Versorgung mit Gas: Die Versorgung mit Gas ist von ebenso großer Bedeutung für das Funktionieren des Staates wie die Versorgung mit Erdölerzeugnissen.

Kommentiert [LA116]: Die damit einhergehende Reduzierung der Prüfungs- und Diskussionspunkte vereinfacht die einzelnen Verfahrensschritte der Planungs- und Zulassungsverfahren und kann so zu einem schnelleren Verfahrensabschluss führen.

Die Energieversorgung im Allgemeinen und die Sicherstellung einer auch ökologisch nachhaltigen Energieversorgung dienen dem grundlegenden Gemeinwohlzweck. Daher wird mit Satz 4 für die dem Anwendungsbereich dieses Gesetzes unterfallenden Vorhaben ein überragendes öffentliches Interesse festgestellt. Die Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unerlässlich für die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz (BVerfG Urte. v. 17.12.2013 – 1 BvR 3139/08, 1 BvR 3386/08 – BVerfGE 134, 242 ff. – Garzweiler II). Für die in der Anlage erfassten Vorhaben spricht daher ein überragender öffentlicher Zweck. Das normierte überragende öffentliche Interesse geht mit hohem Gewicht in sämtliche Abwägungsentscheidungen ein. Die legislative Grundentscheidung wirkt auf alle Entscheidungen, z.B. auch und insbesondere bei vorläufigen und endgültigen Entscheidungen in Vergabenaachprüfungsverfahren (vgl. im Einzelnen in § 9 Absatz 2 und 3), sowie auch bei Duldungsverfügungen oder Entscheidungen über einen vorzeitigen Baubeginn. Insoweit besteht gleichfalls ein öffentliches Interesse im Sinne von § 69 Absatz 2 WHG in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Nummer 2 WHG an dem vorzeitigen Beginn, da die frühzeitige Realisierung der Gewässerbenutzung aus Gründen des allgemeinen Wohls zu befürworten ist.

Zudem sind die Vorhaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Für ggf. notwendige naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen nach § 34 Absatz 4 bzw. § 45 Abs. 7 Satz 1 Nummer 4 des Bundesnaturschutzgesetzes kommt die öffentliche Sicherheit als einer der aufgezählten Gründe in Betracht. Die Feststellung, dass die Vorhaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich sind, dient ebenfalls einer zügigen Projektrealisierung.

Zu § 4 ~~[Ausnahmen von der UVP]~~

Kommentiert [LA117]: Begründung bitte durch BMUV

Zu Absatz 1

Mit § 4 wird Art. 2 Absatz 4 der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Richtlinie) in das nationale Recht umgesetzt. Absatz 1 sieht hierfür vor, dass die zuständige Behörde bei Vorhaben im Anwendungsbereich dieses Gesetzes das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5 nicht anwenden, wenn eine beschleunigte Zulassung erforderlich ist, einen Beitrag zu leisten, eine Krise der Gasversorgung zu bewältigen oder abzuwenden. Die Entscheidung von der Ausnahme Gebrauch zu machen, obliegt insofern der zuständigen Behörde im Einzelfall. Der Anforderung aus der UVP-Richtlinie, auch im Falle des Art. 2 Absatz 4 den Zielen der UVP-Richtlinie möglichst weitgehend zu entsprechen, wird durch die anderweitigen fachrechtlichen formellen und materiellen Anforderungen Rechnung getragen.

Zu Absatz 2:

Macht die zuständige Behörde Entfällt die Pflicht zur Erstellung eines Umweltberichts nach Absatz 1 von der Ausnahme von den Pflichten des UVPG Gebrauch, so entfällt damit u.a. auch die Pflicht des Antragstellers zur Erstellung eines Umweltberichts

sowie die Pflicht der zuständigen Behörde die Öffentlichkeit entsprechend der Fristen nach dem UVPG bzw. nach dem Fachrecht zu beteiligen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass die weiteren Zulassungsvoraussetzungen unberührt bleiben, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nicht etwas anderes ergibt.

Zu Absatz 4

Absatz 4 bestimmt, dass der Öffentlichkeit vor Erteilung der Zulassung bestimmte Informationen zugänglich zu machen sind. Hierzu gehören der Entwurf der Zulassungsentscheidung einschließlich der Begründung, zumindest die wesentlichen Antragsunterlagen, einschließlich der Unterlagen, mit denen die wesentlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt dargestellt werden, sowie die Gründe für die Gewährung der Ausnahme von den Anforderungen nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Zu den wesentlichen Antragsunterlagen gehören [...]

Kommentiert [BAK118]: BMUV-Zulieferung steht noch aus

Die Vorgaben zur Zugänglichmachung erfassen nur Zulassungstatbestände, nicht vorläufige Entscheidungen über vorläufige Maßnahmen wie etwa einen vorzeitigen Baubeginn oder eine vorzeitige Besitzeinweisung.

Zu Absatz 5

Die UVP-Richtlinie sieht bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten vor, dass die Mitgliedstaaten die Europäische Kommission vor Erteilung der Genehmigung über die Gründe für die Gewährung dieser Ausnahme unterrichten und ihr die Informationen übermitteln, die sie gegebenenfalls ihren eigenen Staatsangehörigen zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund sieht Absatz 5 vor, dass die zuständige Behörde das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium über das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatz 1 für ein Zulassungsverfahren unterrichtet und ihm die Informationen, die es nach Absatz 4 der Öffentlichkeit zugänglich macht, übermittelt. Das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium unterrichtet dann die Europäische Kommission und übermittelt ihr die Informationen nach Satz 1. Die Unterrichtung und Übermittlung der Informationen durch die zuständige Behörde hat mindestens vier Tage vor der Zulassungsentscheidung zu erfolgen. Insoweit dient auch diese Regelung der Verfahrensbeschleunigung und trägt dem Umstand Rechnung, dass das für Angelegenheiten des Umweltschutzes zuständige Bundesministerium keine inhaltliche Prüfung der Behördenentscheidung vornimmt, sondern die Europäischen Kommission lediglich über die Entscheidung zur Gewährung der Ausnahme durch die zuständige Behörde unterrichtet.

Zu § 5 [Maßgaben für das BImSchG]

Zu Absatz 1

Kommentiert [BAK119]: Begründungsvorschlag zwischen BMUV und BMWK abgestimmt

Absatz 1 enthält Maßgaben, soweit bei der Zulassung von unter dieses Gesetz fallenden Anlagen Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) heranzuziehen sind.

Zu Nummer 1

Die in § 10 Absatz 3 Satz 2 BImSchG vorgesehene Auslegungsfrist von einem Monat wird auf eine Woche verkürzt.

~~Absatz 1 Nr.1: Nummer 1 stellt klar, dass Angaben entsprechend dem Fachrecht ausreichend sind und die nach dem UVPG erforderlichen, zusätzlichen Angaben, wie etwa ein Umweltbericht, entfallen.~~

Zu Nummer 2

~~Die Möglichkeit zur Auslegung vor Ort mittels elektronischer Lesegeräte, z. B. Leseterminals, anstelle einer Auslegung der Unterlagen in Papierform wurde anlässlich der Corona-Pandemie durch das Planungssicherungsgesetz befristet eingeführt. Von dieser Erleichterung soll auch in den Verfahren im Anwendungsbereich dieses Gesetzes Gebrauch gemacht werden können.~~

Kommentiert [BAK120]: Gestrichen, da in § 10 die Fortgeltung des PlanSiG geregelt wird

~~Zu Nummer 3~~

Die in § 10 Absatz 3 Satz 4 BImSchG vorgesehenen Einwendungsfristen von zwei Wochen beziehungsweise – bei Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie – einem Monat werden auf eine Woche verkürzt.

Zu Nummer 3

Nach § 10 Absatz 6 BImSchG steht die Durchführung eines Erörterungstermins im Ermessen der Genehmigungsbehörde.

Mit dem Ziel einer Befriedung oder einer verstärkten Erläuterung kann die Genehmigungsbehörde einen Erörterungstermin durchführen. Bei Vorhaben im Anwendungsbereich des Gesetzes kann wegen der hohen Eilbedürftigkeit der Realisierung auch auf den Erörterungstermin verzichtet werden.

~~Mit der Möglichkeit der digitalen Durchführung des Erörterungstermins in Form einer Videokonferenz soll bei der Zulassung von unter dieses Gesetz fallenden Anlagen größtmögliche Flexibilität eröffnet werden. Auch eine physisch stattfindende Veranstaltung mit der Möglichkeit der digitalen Zuschaltung einzelner Personen oder Gruppen, eine sogenannte „hybride“ Veranstaltung, kann den Zweck des Erörterungstermins erfüllen.~~

Kommentiert [BAK121]: s.o.

~~Zu Nummer 5~~

~~Die Möglichkeit zur Auslegung vor Ort mittels elektronischer Lesegeräte, z. B. Leseterminals, anstelle einer Auslegung der Unterlagen in Papierform wurde anlässlich der Corona-Pandemie durch das Planungssicherungsgesetz befristet eingeführt. Von dieser Erleichterung soll auch in den Verfahren im Anwendungsbereich dieses Gesetzes Gebrauch gemacht werden können.~~

Kommentiert [BAK122]: s.o.

Zu Absatz 2

Absatz 2 verweist für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 4 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung (IZÜV) auf die Maßgaben des Absatzes 1.

Zu § 6 Maßgaben für die Anwendung des Bundes-Naturschutzgesetzes

Kommentiert [BAK123]: Zwischen BMUV und BMWK abgestimmte Fassung

Im Rahmen des Verfahrens zur Zulassung von Anlagen nach § 2 kann – nach Maßgabe des Fachrechts – die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung der §§ 13 ff. des Bundesnaturschutzgesetzes zu prüfen sein. Diese sieht vor, dass erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu vermeiden und – soweit unvermeidbar – zu kompensieren sind. Zur Kompensation werden in § 6 konkretisierende Regelungen getroffen.

Zu Nummer 1

~~Es 1~~ wird geregelt, unter welchen Voraussetzungen und nach welchen Maßgaben die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne der Eingriffsregelung von der Zulassungsentscheidung über ein Vorhaben im Sinne von § 2 zeitlich entkoppelt werden kann. -Diese Entkoppelung umfasst auch ein etwaiges Benehmen mit den zuständigen Naturschutzbehörden. Ein Benehmen ist daher erst im Zeitpunkt der Festsetzung herzustellen.

Der Zulassungsbehörde wird die Möglichkeit eingeräumt, die Festsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Sinne des § 15 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes von der Zulassung eines Vorhabens im Sinne des § 2 zeitlich zu entkoppeln. So kann die Festsetzung der Maßnahmen bis zu zwei Jahre nach der Erteilung der Zulassungsentscheidung erfolgen. Eine zeitliche Entkoppelung ist in Konstellationen sinnvoll, in denen die Dringlichkeit zur Erteilung einer Zulassung besteht und das Zulassungsverfahren nicht durch die Konzipierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die behördliche Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen verzögert werden soll.

Absatz 1 Satz 2 stellt klar, dass die erforderlichen Angaben im Sinne des § 17 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes – insbesondere solche zum Ausgleich und Ersatz des Eingriffs – vom Vorhabenträger nicht bereits bei der Zulassungsentscheidung über das Vorhaben, sondern erst nachträglich vor der Entscheidung über die nachträgliche Festsetzung zu machen sind.

Durch Absatz 1 Satz 3 wird klargestellt, dass § 15 Absatz 4 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes, der die Festsetzung des Unterhaltungszeitraums von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Zulassungsbescheid vorsieht, entsprechend anzuwenden ist. Dies bedeutet, dass bei einer nachträglichen Festsetzung im Sinne

des Absatzes 1 Satz 1 auch der Unterhaltungszeitraum erst mit dieser Entscheidung festgesetzt wird.

Zu Absatznummer 2

Durch den Absatz 2Es wird zudem der Zeitraum der Umsetzung von festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen flexibilisiert. Demnach steht dem Vorhabenträger nach der –gegebenenfalls nachträglich im Sinne des Absatz 1 erfolgten – Festsetzung ein Zeitraum von weiteren drei Jahren zur Verfügung um mit der Umsetzung der Maßnahmen zu beginnen.

Zu Absatznummer 3

Mit dem Absatz 3Es wird klargestellt, dass der § 18 des Bundesnaturschutzgesetzes, der das Verhältnis der Eingriffsregelung zum Baurecht regelt, auch in den Verfahren zur Zulassung von Vorhaben nach § 2 zu berücksichtigen ist. Die Eingriffsregelung ist demnach nur nach den entsprechenden Maßgaben anzuwenden.

Zu § 7 [Maßgaben für das WHG]

Hinsichtlich der Begründung zu den Nummern 1 bis 3 wird auf die Begründung zu § 5 Nummern 1 bis 3 verwiesen. Die Gründe für die Vereinfachungen des Verfahrens in § 5 Abs. 1 gelten entsprechend auch für Nummer 1 bis 3.

[Nach Nr. 4 wird durch eine Regelvermutung im Sinne der Verfahrensbeschleunigung klargestellt, dass durch die Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zum Zwecke der Regasifizierung von verflüssigtem Erdgas keine schädlichen, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbaren oder nicht ausgleichbaren Gewässerveränderungen im Sinne des § 12 Absatz 1 Nummer 1 WHG zu erwarten sind. Bei der Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser zu den genannten Zwecken muss insbesondere sichergestellt werden, dass Kühlwasser frei von Schadstofforganismen (insbesondere Bakterien und Legionellen) bleibt. Zu diesem Zwecke muss durch Auflagen zugunsten des betroffenen Gewässers zusätzlich sichergestellt werden, dass bei der Vermeidung des Entstehens von Schadorganismenstoffen auf den Einsatz von Bioziden verzichtet wird und diese durch entsprechende biozidfreie Stoffe ersetzt werden. Darüber hinaus sind in den Nebenbestimmungen standortspezifisch Regelungen im Hinblick auf die Gewässertemperatur angezeigt.]

Kommentiert [BAK124]: Vorbehalt durch BMUV

Zu § 8 [Maßgaben für die Anwendung des Energiewirtschaftsgesetzes]

Der Ausbau der LNG-Infrastruktur in Deutschland ist ein sehr wichtiges Anliegen und Voraussetzung für die Aufnahme von LNG in das nationale Leitungsnetz. Die Fernleitungsnetzbetreiber sind aufgrund der Gasnetzzugangsverordnung verpflichtet,

die erforderlichen Leitungen zwischen LNG-Anlagen und dem Fernleitungsnetz zu errichten und die LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz anzuschließen. Dies dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland.

Um den Beteiligten eine möglichst frühzeitige Rechts- und Planungssicherheit bei der Errichtung von LNG-Anschlussleitungen zu ermöglichen, bedarf es der Anpassung der Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Maßgaben stellen sicher, dass die erforderlichen Anbindungsleitungen zeitnah realisiert werden können.

Zu Absatz 1

Zu Nr. 1

Die spezialgesetzlichen Vorschriften in den §§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes ändern die allgemeinen Regelungen über das Planfeststellungsverfahren im Verwaltungsverfahrensgesetz zum Zwecke der Verfahrensstraffung und -beschleunigung teilweise ab. Der Ablauf des Planfeststellungsverfahrens ist im Wesentlichen § 73 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bzw. in den Verwaltungsverfahrensgesetzen der Länder festgeschrieben. Diese Vorschrift wird bereits durch § 43a des Energiewirtschaftsgesetzes modifiziert.

Zum Zwecke der weiteren Beschleunigung der Errichtung der LNG-Anbindungsleitungen nach § 43 Absatz 1 Nummer 6 EnWG bedarf es für die Fälle, in denen nach § 4 dieses Gesetzes eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen ist, einer weiteren Verfahrensbeschleunigung. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass es bei Anbindungsleitungen von mehr als 800 mm Durchmesser und mehr als 40 km Länge in unmittelbarer Anwendung der Vorgaben der Aarhus Konvention zur Öffentlichkeitsbeteiligung stets einer Planfeststellung bedarf, die Erteilung einer Plangenehmigung nach § 74 Absatz 6 VwVfG ist nicht zulässig.

Kommentiert [S125]: Änderungen von G13

Kommentiert [S126]: Frage G13: Es geht nur um Anbindungsleitungen nach Nr. 6, oder? Nicht Leitungen nach Nr. 5?

Kommentiert [EK127]: s.o.

Dazu Im Einzelnen finden sich in Absatz 1 Nummer 1 Maßgaben zu der Vorschrift des § 43a EnWG zum Anhörungsverfahren für die Anbindungsleitungen.

Die verkürzte Auslegungs- und Einwendungsfrist dient der weiteren Verfahrensbeschleunigung. Den Vorgaben nach Artikel 6 in Verbindung mit Anhang I Nr. 14 der Aarhus Konvention zur Öffentlichkeitsbeteiligung wird damit auch nach Wegfall der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durch § 4 dieses Gesetzes Rechnung getragen. Die Auslegung erfolgt u.a. auf der Internetseite der Zulassungsbehörde, so dass die Unterlagen jederzeit – nicht nur zu begrenzten Öffnungszeiten – einsehbar sind.

Ein Erörterungstermin findet bislang in den Fällen des § 43a Nummer 3 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht statt. In der Regel ist ein Erörterungstermin auch wegen der nach § 4 nicht erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen. Soweit die zuständige Behörde einen Erörterungstermin im Übrigen für erforderlich erachtet, kann dieser auch als Videokonferenz durchgeführt werden.

Zu Nr. 21

Kampfmittelräumungen und archäologische Untersuchungen bzw. Bergungen stellen Vorarbeiten im Sinne des § 44 des Energiewirtschaftsgesetzes dar. Dies kann zu einer deutlichen Beschleunigung der Realisierung der Vorhaben führen. Gerade archäologische Bergungen und Kampfmittelbergungen können sich über einen längeren Zeitraum erstrecken oder nur zu bestimmten Jahreszeiten durchgeführt werden. In der Praxis ist oftmals eine archäologische Bergung unmittelbar im Anschluss an die Voruntersuchung erforderlich, um beispielsweise Raubgrabungen oder witterungsbedingte Schäden zu vermeiden. Mit der Regelung wird sichergestellt, dass entsprechende Arbeiten bereits durchgeführt werden können, bevor der Planfeststellungsbeschluss oder die Plangenehmigung ergeht.

Zu Nr. 32

Abweichend von § 44b Absatz 1a des Energiewirtschaftsgesetzes kann der Vorhabenträger bereits nach Ablauf der Einwendungsfrist verlangen, dass eine vorzeitige Besitzeinweisung durchgeführt wird. Es ist nicht der Abschluss des Anhörungsverfahrens erforderlich. Es ist davon auszugehen, dass die Behörde auch zu einem früheren Zeitpunkt über ausreichende Kenntnisse über das Vorhaben verfügt, um eine Prognoseentscheidung zu treffen. Dies gewährleistet eine frühzeitige Klarheit über den weiteren Verfahrensgang und ermöglicht damit zugleich die zügige bauliche Umsetzung der hier relevanten Vorhaben nach Erlass des Planfeststellungsbeschlusses bzw. der Plangenehmigung.

Zu Nr. 43

Die Ausnahmeregelung zu § 44c des Energiewirtschaftsgesetzes schafft Voraussetzungen für den vorzeitigen Baubeginn von Anbindungsleitungen, die sich an den Vorgaben des § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes bzw. des § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes orientieren. § 8a BImSchG ist für die Vorhaben relevant, die eine immissionsschutzrechtlichen Genehmigung erfordern. § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes regelt die Zulassung des vorzeitigen Beginns in wasserrechtlichen Erlaubnis- oder Bewilligungsverfahren. Die hier eingefügte Ausnahmeregelung ermöglicht eine Synchronisierung des Baus der Anlage mit der Errichtung des Netzanschlusses. Für beide gelten die gleichen Voraussetzungen für den vorzeitigen Baubeginn.

Bei den Anbindungsleitungen der LNG-Anlagen an das Fernleitungsnetz handelt es sich um Vorhaben, die aufgrund eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu realisieren sind. Es sind Vorhaben, die wesentlich zur Versorgungssicherheit in Deutschland beitragen. Mit Blick auf die zukünftige Ermöglichung des Transports von Wasserstoff werden die Anbindungsleitungen wasserstofffest ausgebaut. Für diese Vorhaben bedarf es einer Regelung zur Erleichterung des vorzeitigen Baubeginns.

Für die vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes erfassten Vorhaben sind – wie bei § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes und § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes – bestimmte Anforderungen einzuhalten. Es muss mit einer Entscheidung zu Gunsten des Antragstellers gerechnet werden können (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Energiewirtschaftsgesetzes). Die Behörde muss hierfür eine ausreichende Kenntnis des zu bewertenden Vorhabens haben. Das berechnete Interesse des Vorhabenträgers bzw. das öffentliche Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes) ist bereits aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses bzw. des Interesses der öffentlichen Sicherheit gegeben. Der Vorhabenträger verpflichtet sich, alle Schäden zu ersetzen, die bis zur Entscheidung im Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren durch die Maßnahmen verursacht worden sind, und sofern kein Planfeststellungsbeschluss oder keine Plangenehmigung erfolgt, den früheren Zustand wiederherzustellen (§ 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Energiewirtschaftsgesetzes).

Die Voraussetzung des § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bzw. Satz 2 des Energiewirtschaftsgesetzes kommen in diesem Ausnahmefall nicht zur Anwendung. Vielmehr gelten die gleichen Voraussetzungen wie für die Anlage, die dem Immissionsschutzrecht oder dem Wasserrecht unterfällt. Ziel ist es, eine Verfahrenserleichterung zu schaffen. Die Verfahrenserleichterung trägt dazu bei, dass die Fernleitungsnetzbetreiber ihre in § 15 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes gesetzlich festgeschriebene Aufgabe erfüllen können und zu einer sicheren Energieversorgung beitragen.

Ebenso kann in diesen Ausnahmefällen auf das Vorliegen der privaten Rechte verzichtet werden, so dass § 44c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Energiewirtschaftsgesetzes für Vorhaben nach § 2 Nummer 3 nicht greift. Der Planfeststellungsbeschluss bzw. die Planfeststellungsgenehmigung entfalten eine enteignungsrechtliche Vorwirkung. Spätestens dann liegen alle Voraussetzungen zur Erlangung der erforderlichen privaten Rechte vor.

Mit diesen Maßgaben wird die Möglichkeit geschaffen, bereits vorzeitig, d.h. vor Feststellung des Planfeststellungsbeschlusses mit Teilen der Errichtung eines Vorhabens bzw. mit den dazugehörigen Vorarbeiten im Sinne des § 44c EnWG zu beginnen. Zu den Vorarbeiten zählen z.B. auch naturschutzrechtliche Maßnahmen, insbesondere des europäischen Arten- und Gebietsschutzes (Maßnahmen zur Schadensbegrenzung, vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nach § 44 Absatz 5 BNatSchG sowie Maßnahmen zur Kohärenzsicherung nach § 34 Absatz 5 BNatSchG), vgl. bereits BR-Drucksache 11/19, S. 70.

Zu Absatz 2

Absatz 2 dient der Klarstellung, dass durch die Einfügung von beschleunigenden Verfahrenserleichterungen nicht die allgemeinen Vorschriften des Verwaltungsverfahrensrechts wieder aufleben.

Zu § 9

Kommentiert [TS1128]: Die Begründung zu § 9 enthält den aktuell letzten internen Stand. Sie unterliegt sowohl sprachlich als auch inhaltlich noch Überprüfungen.

Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 können dem Vergaberecht gemäß dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bzw. dem Haushaltsrecht unterliegen, so dass für sie grundsätzlich Ausschreibungsverfahren mit unter anderem entsprechenden Mindestfristen zur Auswahl der zu beauftragenden Unternehmen durchzuführen wären. Die dem Vertragsschluss vorausgehenden Vergabe- und ggf. Nachprüfungsverfahren können die äußerst dringlichen, schnellstmöglich durchzuführenden Vorhaben nach § 2 jedoch nicht unerheblich verzögern und somit die nach § 1 und § 3 erforderliche schnellstmögliche Sicherstellung der überragenden öffentlichen Interessen an der Versorgung mit Gas erheblich verzögern oder gefährden. Für diese besonderen, durch den Anwendungsbereich des Gesetzes stark eingegrenzten, aufgrund der Zeitenwende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine aber für die nationale Unabhängigkeit und Sicherheit überragend wichtigen Vorhaben sollen daher vorübergehend erhebliche vergaberechtliche Verfahrenserleichterungen geschaffen werden, soweit dies europa- und verfassungsrechtlich zulässig ist.

Absatz 1 bis 3 regeln für Vorhaben nach § 2 während der Laufzeit gem. § 15 Erleichterungen und Ergänzungen zum GWB-Vergaberecht oberhalb der EU-Schwellenwerte.

Absatz 1 betrifft dabei die Durchführung der Vergabeverfahren selbst, einschließlich von Bestimmungen zur Informations- und Wartepflicht sowie zur Unwirksamkeit.

Absatz 2 und 3 treffen abweichende und ergänzende Regelungen für diesbezügliche Nachprüfungsverfahren gem. §§ 155 ff. GWB.

Absatz 4 suspendiert den Anwendungsbefehl für die detaillierten Regeln für die Durchführung von Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte.

Absatz 5 betrifft den Rechtsschutz für Beschaffungen von Vorhaben nach § 2, die nicht den speziellen vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren unterliegen.

Zu Absatz 1

Die §§ 97 ff. GWB sowie die aufgrund § 113 GWB erlassenen Vergabeordnungen gelten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen (§ 103 bis 105 GWB) durch Auftraggeber (§ 98 bis 101 GWB) oberhalb der EU-Schwellenwerte (§ 106 GWB), soweit keine Ausnahme vom Vergaberecht (§§ 107 ff. GWB u.a.) vorliegt. Nicht bei allen Vorhaben nach § 2 werden die §§ 97 ff. GWB anwendbar sein, insbesondere falls schon kein öffentlicher Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber Leistungen beschafft, keine Sektorentätigkeit (insbesondere im Bereich Gas oder Häfen) vorliegt, kein Beschaffungscharakter vorliegt, die Entgeltlichkeit fehlt oder im Einzelfall besondere Ausnahmen – etwa auch bei wesentlichen Sicherheitsinteressen (§ 107 Abs. 2 GWB) – greifen.

Soweit aber öffentliche Aufträge oder Konzessionen für Vorhaben nach § 2 den §§ 97 ff. GWB und den entsprechenden untergesetzlichen Anforderungen unterliegen, sind die besonderen Regeln der Absätze 1 bis 3 für die Vergabe- und Nachprüfungsverfahren anzuwenden. Für die Laufzeit des Gesetzes gehen diese bei Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 wegen äußerst dringlicher Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen den allgemeinen Regeln vor (siehe dazu insbesondere auch die Begründungen zu § 1 und § 3).

Angesichts des Zweckes des Gesetzes gemäß § 1 und dem besonderen Interesse gemäß § 3 sehen die Absätze 1 bis 4 für die Vergabe- und Nachprüfungsverfahren Beschleunigungen, Erleichterungen und eine Stärkung des Allgemeininteresses an einer schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 im Rahmen von Interessensabwägungen vor.

Absatz 1 trifft ergänzende und abweichende Regeln für die Durchführung von Vergabeverfahren. Ziel der Regelungen ist es, das Vergabeverfahren angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen rechtssicher zu beschleunigen und die schnellstmögliche, ggf. vorzeitige Durchführung der Beschaffungen bei gleichzeitig verringertem Risiko einer enorm verzögernd wirkenden potentiellen Rückabwicklung von Verträgen sicherzustellen.

Zu Nummer 1

Gemäß Nummer 1 findet § 97 Absatz 4 GWB keine Anwendung. Mittelständische Interessen sind bei den eng umgrenzten Vorhaben nach § 2 für den Geltungszeitraum nach § 15 daher nicht vornehmlich zu berücksichtigen. Aufgrund der äußerst dringlichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen treten sie hinter dem Beschleunigungsinteresse zurück. Insbesondere brauchen bei Vorhaben nach § 2 die Leistungen auch nicht in der Menge oder nach Art oder Fachgebiet in Lose aufgeteilt werden. Andernfalls käme es zu einer Vielzahl von Vergabeverfahren, die der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 entgegenstehen.

Durch die fehlende Anwendung des § 97 Absatz 4 GWB entfallen seine Vorgaben sowohl für Vergabeverfahren nach der Vergabeverordnung (VgV), der Sektorenverordnung (SektVO), der Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) und der Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit (VSVgV). Für sie ist anders als für die VOB/A in Nummer 2 keine gesonderte Regelung zu treffen, da sie das Gebot des § 97 Absatz 4 GWB nicht wiederholen.

Zu Nummer 2

Die Begründung zu Nummer 1 gilt ebenso für die § 97 Absatz 4 GWB im Wesentlichen wiederholende Regelung in § 5 EU Absatz 2 Nummer 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A). Diese inhaltliche Regelung in der VOB/A wird durch Nummer 2 für die Vorhaben nach § 2 materiell abgedungen. Ohne Gebot der Losaufteilung entfällt im Übrigen auch das Begründungsgebot nach § 5 EU Absatz 2 Nummer 2 VOB/A.

Zu Nummer 3

Nummer 3 enthält eine ergänzende Regelung zur bereits bestehenden Ausnahme von der Informationspflicht in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist (§ 134 Absatz 3 Satz 1 GWB).

Zum einen wird klargestellt und ausdrücklich geregelt, dass damit nicht nur die Informationspflicht nach § 134 Absatz 1 GWB, sondern auch die Wartepflicht gemäß § 134 Absatz 2 GWB entfällt. Insbesondere wird aber der Anwendungsbereich für die eng umgrenzten Vorhaben nach § 2 für die Geltungsdauer des Gesetzes nach § 15 neben Fällen der besonderen Dringlichkeit auf (a.) alle Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb sowie (b.) auf alle Verfahren, in denen es nur noch einen Bieter und keine weiteren betroffenen Bewerber gibt, erweitert. Damit wird von der Möglichkeit des Artikel 2b Buchstabe a) und b) der Rechtmittelrichtlinie (*Fundstelle; + Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) Gebrauch gemacht, der auch für die Auslegung der Nummer 3 heranzuziehen ist (insbesondere hinsichtlich der betroffenen Bewerber).

Das Entfallen der Informations- und Wartepflicht in diesen Fällen dient angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben.

Die mit dem Entfallen einhergehende Möglichkeit von mehr zulässig erteilten Zuschlägen, die grundsätzlich nicht aufgehoben werden können (§ 168 Absatz 2 Satz 1 GWB), bevor andere interessierte Unternehmen von der Vergabe oder dem beabsichtigten Zuschlag erfahren, ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, denen mit diesem Gesetz begegnet wird, hinzunehmen. Andere Unternehmen können weiterhin grundsätzlich insbesondere Rechtsschutz über die Zulässigkeit der Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb bzw. ohne Informationsschreiben gemäß § 135 GWB nach Maßgabe von Nummer 4 bis 6 erlangen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 bis 6 regeln abweichend von der bisher alternativlosen Rechtsfolge der von Anfang an festzustellenden Unwirksamkeit des § 135 GWB entsprechend der Möglichkeiten der europäischen Rechtmittelrichtlinien alternative Sanktionsmöglichkeiten angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen. Dieses ausnahmsweise Abweichen von der rückwirkenden Unwirksamkeit und vollständigen Rückabwicklung ist angesichts der schnellstmöglichen dauerhaften Umsetzung der Vorhaben nach § 2 überragend wichtig. Eine Rückabwicklung würde die äußerst dringlichen Verfahren ansonsten konterkarieren und damit überragende öffentliche Interessen gefährden. Effektiver Rechtsschutz und abschreckende Wirkung werden durch die alternativen Sanktionen und die daneben unberührt bleibende Möglichkeit der Geltendmachung von Schadensersatz weiterhin gewährleistet, ohne die zwingend benötigte Beschleunigung einzuschränken.

Nummer 4 Satz 1 setzt Artikel 2d Absatz 3 Unterabsatz 1 der Rechtsmittelrichtlinie um (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*). Damit wird den Nachprüfungsinstanzen erstmals ein Ermessen gegeben, von der zwingenden Unwirksamkeitsfolge des § 135 Absatz 1 GWB abzusehen, indem sie eine Abwägungsentscheidung über die Unwirksamkeit oder alternative Sanktionen treffen können. In die Abwägung sind angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die zwingenden Gründe eines Allgemeininteresses für ein Absehen von der Unwirksamkeit bei Vorhaben nach § 2 angesichts des Zweckes von § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 einzubeziehen.

Satz 2 legt dazu fest, dass das besondere Interesse in der Regel ein Absehen von der Unwirksamkeitsfolge rechtfertigt. Für Vorhaben nach § 2 sollten daher angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen außer in besonderen Ausnahmefällen nicht die Unwirksamkeit des Vertrags, sondern wegen ihrer Dringlichkeit und dem überwiegenden Interesse an ihrem Fortbestehen gemäß Satz 3 alternative Sanktionen nach Nummer 6 festgelegt werden, die wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen.

Satz 4 stellt klar, dass daneben die Möglichkeit des Antragstellers, Schadensersatz geltend zu machen (vgl. §§ 156 Absatz 3, 179 Absatz 1 181 GWB, insbesondere § 181 Satz 2 GWB in Verbindung mit den Grundsätzen der *culpa in contrahendo*), unberührt bleibt. Die Kompensation des Antragstellers kann in solchen Fällen damit nicht wie allgemein häufig in einem möglichen neuen Vergabeverfahren bestehen, sondern in der Möglichkeit, beruhend auf der Nachprüfungsentscheidung Schadensersatz im Sekundärrechtsschutz geltend zu machen. Aufgrund europarechtlicher Vorgaben darf die Zuerkennung des Schadensersatzes nicht als alternative Sanktion vorgesehen werden (Artikel 2d Absatz 2 Unterabsatz 3 der Rechtsmittelrichtlinie; *Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) und muss somit separat verfolgt und erklärt werden.

Zu Nummer 5

Selbst wenn eine Nachprüfungsinstanz die Unwirksamkeit eines Vertrages ausnahmsweise trotz der Abwägungsregeln nach Nummer 4 feststellt, regelt Nummer 5 Satz 1, dass die Unwirksamkeit abweichend von § 135 Absatz 1 GWB für die Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen nur für die noch zu erfüllenden Verpflichtungen gilt. Dies setzt Artikel 2d Absatz 2 Unterabsatz 2 der Rechtsmittelrichtlinie (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) um.

Die Unwirksamkeit gilt damit nur für die Zukunft. Sie gilt nicht rückwirkend. Eine Rückabwicklung des Vertrages erfolgt somit nicht. Dies ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und dem überwiegenden Interesse an ihrem Fortbestand zur Verhinderung der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen von herausragender Bedeutung.

Satz 2 regelt, dass dann neben der Unwirksamkeitsfolge für die Zukunft auch alternative Sanktionen nach Nummer 6 festzulegen sind.

Satz 3 stellt über den Verweis wie auch Nummer 4 Satz 4 klar, dass die Möglichkeit der Geltendmachung von Schadensersatz als Kompensation daneben unberührt bleibt.

Zu Nummer 6

Nummer 6 legt die alternativen Sanktionen, die angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen statt der *ex tunc* oder neben der *ex nunc* wirkenden Unwirksamkeit anzuwenden sind, fest.

Satz 1 setzt Artikel 2e Absatz 2 Unterabsatz 1 und 2 der Rechtsmittelrichtlinie (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) um, nach dem alternative Sanktionen die Verhängung von Geldbußen oder die Verkürzung der Laufzeit des Vertrages umfassen. Den Nachprüfungsinstanzen wird hier ein weiterer Ermessensspielraum eingeräumt, damit sie alle relevanten Faktoren berücksichtigen können, einschließlich der Schwere des Verstoßes, des Verhaltens des Auftraggebers und ggf. dem Umfang, in dem der Vertrag seine Gültigkeit beibehält. Bei der Festlegung gilt aufgrund der europarechtlichen Bestimmungen, dass die alternativen Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen. Zu beachten ist bei der Bewertung der Schwere des Verstoßes aber auch, dass die Auftraggeber aufgrund der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen unter erheblichem Zeit- und Handlungsdruck stehen und von teilweise eigens für diese Ausnahmesituation geschaffenen gesetzlichen Erleichterungen und Beschleunigungsmöglichkeiten Gebrauch machen.

Satz 2 beschränkt die Höhe einer möglichen Geldbuße auf 15 Prozent des Auftragswertes. Dieses Maß bewegt sich innerhalb vergleichbarer Regelungen in anderen EU-Mitgliedstaaten. So gilt etwa in Österreich allgemein eine Grenze von 20 % bzw. – unterhalb der Schwellenwerte – 10 % des Auftragswertes (siehe § 356 Absatz 10 des Österreichischen Bundesvergabegesetzes). Für die Vorhaben nach § 2 scheint eine Obergrenze von 15 % zugleich wirksam, verhältnismäßig und abschreckend. Wird ein Vertrag für teilweise unwirksam erklärt, ist die Höchstgrenze von jenem Teil der Auftragssumme des Vertrages zu berechnen, der dem Teil des Vertrages entspricht, der nicht aufgehoben wurde.

Zu Nummer 7

Nummer 7 Satz 1 legt durch Gesetz fest, dass für Vorhaben nach § 2 angesichts der äußerst dringlichen Gründe für die schnellstmögliche Umsetzung der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die Tatbestandsvoraussetzungen für ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gemäß § 14 Absatz 4 Nummer 3 VgV (a.) hinsichtlich der äußerst dringlichen zwingenden Gründe sowie dem Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte vorliegen, (b.) in der Regel die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und (c.) die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen sind.

Nummer 7 dreht das Regel-Ausnahme-Verhältnis für die Anwendung dieses Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb durch den Auftraggeber ausnahmsweise aufgrund der hier für die Realisierung der LNG-Infrastrukturvorhaben gemäß § 2 vorliegenden äußerst dringlichen, zwingenden Gründe aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse gesetzlich um. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 14 Absatz 4 Nummer 3 VgV, die Artikel 32 Absatz 2 Buchstabe c) der Vergaberichtlinie 2014/24/EU (*Fundstelle*) umsetzen, sind zwar grundsätzlich im Einzelfall anzuwenden und eng auszulegen. Aufgrund der äußerst dringlichen, zwingenden Umstände, die im Zweck gemäß § 1 und im besonderen Interesse nach § 3 für Vorhaben nach § 2 gesetzlich dargelegt sind, und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen ist es gerechtfertigt, dass der Gesetzgeber für die in § 2 festgelegten Vorhaben die Tatbestandsvoraussetzungen der Dringlichkeitsvergabe im Wesentlichen verbindlich festlegt. Das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit wird damit für die meisten Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 im Geltungszeitraum nach § 15 zulässig sein.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die durch ihn ausgelösten Folgen und kurzfristigen Beschaffungsbedarfe waren und sind für die Beschaffungsstellen insgesamt und im Einzelnen unvorhersehbar. Der Krieg hat in ihrem Volumen und ihrer Art auch weiterhin unvorhersehbare Folgen ausgelöst, auf die Deutschland äußerst dringlich reagieren muss, um der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu begegnen. Angesichts der Natur und des Ausmaßes des russischen Angriffs sind äußerst dringliche Aufgaben der Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten entstanden, die insbesondere auch die wirtschaftliche und energiepolitische Unabhängigkeit Deutschlands von Russland umfassen.

Vergabeverfahren unter Einhaltung der Mindestfristen sind in diesen Fällen schon allgemein regelmäßig nicht möglich, ohne dass dies den Beschaffungsstellen zuzurechnen ist oder von ihnen vorherzusehen war. Insbesondere für die überragend wichtigen, schnellstmöglich zu errichtenden Vorhaben nach § 2 sind solche Verzögerungen aber nicht hinnehmbar, da sie die Unabhängigkeit Deutschlands von den russischen Erdgaslieferungen und damit die Versorgungssicherheit Deutschlands, insbesondere für den Winter 2022/2023, aber auch die gesicherte Produktion wichtiger Wirtschaftszweige in Deutschland, erheblich gefährden würden.

Die in diesem Gesetz geregelte schnellstmögliche Errichtung der LNG-Infrastruktur ist zur Abwendung schwerster wirtschaftlicher Schäden sowie einer Unterversorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern sowie angesichts der Gefährdung der staatlichen Daseinsvorsorge und Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger insbesondere aufgrund der dadurch entstehenden Unabhängigkeit von Russland auch für die Sicherheit in Deutschland und Europa äußerst dringlich. Die Realisierung der Vorhaben nach § 2 bedarf aus äußerst dringlichen, zwingenden Gründen überragender öffentlicher Interessen, insbesondere an der Energieversorgung, der schnellstmöglichen Umsetzung. Die schnellstmögliche Realisierung dieser Vorhaben dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in

Deutschland und ist daher aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Zur weiteren Begründung der nicht vorhersehbaren Ereignisse, der äußerst dringlichen, zwingenden Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen für die Vorhaben nach § 2 wird im Übrigen zudem ausdrücklich auf die Begründungen zu §§ 1 bis 3 Bezug genommen.

Angesichts dieser äußerst dringlichen, zwingenden Gründe für die Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und seiner Folgen und zur überragend wichtigen und äußerst dringlichen und zwingenden Abwendung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen wird für das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb für Vorhaben nach § 2 ausnahmsweise nach Nummer 7 zudem bestimmt, dass in der Regel die verkürzten Mindestfristen (siehe Nummer 8) nicht eingehalten werden können und die Umstände zur Begründung der äußersten Dringlichkeit dem Auftraggeber in der Regel nicht zuzurechnen ist. Diese Voraussetzungen werden für Vorhaben nach § 2 voraussichtlich nur in wenigen Ausnahmefällen nicht vorliegen, etwa wenn wegen anderer das Gesamtprojekt noch hemmender Umstände, doch ein verkürzter Teilnahmewettbewerb ohne jegliche zeitliche Verzögerung des Vorhabens insgesamt möglich ist. Für die Frage der Einhaltung der Mindestfristen ist auch der notwendige Zeitraum für die Erstellung der Vergabeunterlagen, für die Bekanntmachung, ggf. für den Teilnahmewettbewerb, für die Angebotsabgabe und -auswertung, die Wartefrist und den Zuschlag zu berücksichtigen.

Soweit die Voraussetzungen der Nummer 7 im Einzelfall ausnahmsweise nicht vorliegen, schließt dies im Übrigen nicht aus, dass andere Tatbestände für ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb (zum Beispiel wenn gem. § 14 Absatz 4 Nummer 2 von vornherein nur ein bestimmtes Unternehmen in Betracht kommt) oder Ausnahmen vom Vergaberecht (zum Beispiel wegen wesentlicher Sicherheitsinteressen gemäß § 107 Absatz 2 GWB) vorliegen.

Die Europäische Kommission hat in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ebenfalls allgemein festgestellt, dass für bestimmte Vergaben die Vorschriften für die dringende Vergabe öffentlicher Aufträge angewendet werden können (Mitteilung der Kommission, Europäische Solidarität mit Flüchtlingen und den Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, KOM(2022)107 vom 8. März 2022, Seite 5, mit Verweis auf ihre Mitteilungen während der Migrationskrise 2015-2016 und der COVID-19-Pandemie).

Für Vergabeverfahren aufgrund Nummer 7 sind zudem folgende Folgerleichterungen zu beachten, die ebenfalls der Beschleunigung des jeweiligen Vergabeverfahrens dienen. Auftraggeber können auch im Übrigen alle bereits bestehenden Beschleunigungsmöglichkeiten nutzen, um die Beschaffungen für die Vorhaben nach § 2 schnellstmöglich durchzuführen.

Die äußerst dringlichen, zwingenden Gründe, im Zusammenhang mit Ereignissen, die der betreffende Auftraggeber nicht voraussehen konnte, muss der jeweilige Auftraggeber bei Beschaffungen für die Vorhaben nach § 2 nicht gesondert darlegen. Dass die Mindestfristen nicht eingehalten werden können und dies nicht dem Auftraggeber zuzurechnen ist, hat der jeweilige Auftraggeber nach allgemeinen Regeln grundsätzlich zu dokumentieren. An diese Dokumentation sind angesichts des überragend wichtigen Beschleunigungsinteresses insbesondere angesichts von § 1 und § 3 keine hohen Anforderungen zu stellen.

Bei der Herstellung eines Mindestmaßes an Wettbewerb ist die schnellstmögliche Umsetzung der äußerst dringlichen Vorhaben nach § 2 und ihre grundlegende Bedeutung für die Versorgungssicherheit angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen als herausragendes Gebot stets zu beachten.

Angebote können im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb formlos und ohne die Beachtung konkreter Fristvorgaben eingeholt werden. Mit der zurückliegenden Neuregelung des § 17 Abs. 6 VgV wurde durch einen entsprechenden Einschub klargestellt, dass die Mindestfrist von 30 Kalendertagen für Erstangebote nur für Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gilt. Für Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb kann der Auftraggeber somit auch eine kürzere Angebotsfrist wählen, solange diese angemessen ist (vgl. § 20 VgV). Aufgrund seines besonderen Ausnahmecharakters sind damit beim Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nach Würdigung der Gesamtumstände im Dringlichkeitsfall auch sehr kurze Fristen (bis hin zu 0 Tagen) denkbar.

§ 17 Abs. 15 VgV stellt zudem klar, dass der öffentliche Auftraggeber bei der Durchführung eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb wegen äußerster Dringlichkeit nach § 14 Abs. 4 Nummer 3 VgV von nachfolgenden Formanforderungen der VgV befreit ist:

- §§ 9 bis 13 VgV Vorgaben zur (elektronischen) Kommunikation,
- § 53 Abs. 1 VgV Übermittlung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angeboten in elektronischer Form,
- § 54 VgV Aufbewahrung ungeöffneter Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote,
- § 55 VgV Öffnung der Interessenbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote.

Gemäß Satz 2 gilt Satz 1 (einschließlich seiner Begründung) entsprechend für die Tatbestandsvoraussetzungen eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit nach SektVO, KonzVgV, VSVgV und EU VOB/A.

Zu Nummer 8

Satz 1 legt angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen durch Gesetz fest, dass für die Vorhaben nach § 2 angesichts des Zwecks gemäß § 1 und des besonderen Interesses gem. § 3 eine Dringlichkeit hinreichend begründet ist, die die Einhaltung der regulären Angebotsfrist von 30 Tagen unmöglich macht. Die Angebotsfrist im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb kann somit auf zehn Tage verkürzt werden kann.

In Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb gilt schon keine bestimmte Fristvorgabe, so dass die Angebotsfrist im Einzelfall bis hin auf null Tage verkürzt werden kann (siehe Begründung zu Nummer 7).

Satz 2 legt eine hinreichend begründete Dringlichkeit für Vorhaben nach § 2 auch für alle anderen diesbezüglichen Fristverkürzungsmöglichkeiten fest. Im Überblick gilt dazu Folgendes: Im beschleunigten offenen Verfahren kann die Frist für die Einreichung der Angebote auf 15 Tage verkürzt werden. Im beschleunigten nicht offenen Verfahren und im beschleunigten Verhandlungsverfahren können die Fristen für Teilnahmeanträge auf 15 Tage (VSVgV: auf zehn Tage bei elektronischen Teilnahmeanträgen) und für die Abgabe von Angeboten auf zehn Tage herabgesetzt werden.

Zu Nummer 9

Satz 1 legt angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen gesetzlich Fälle fest, in denen bei Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit ausnahmsweise auch nur ein Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden kann.

Der Wortlaut entspricht den von der Europäischen Kommission anerkannten Fällen (siehe Mitteilung der Kommission, Leitlinien der Europäischen Kommission zur Nutzung des Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der durch die COVID-19-Krise verursachten Notsituation, 2020/C 108 I/01, S. 1).

Im Sinne einer effizienten Verwendung von Haushaltsmitteln empfiehlt es sich nach Möglichkeit, mehrere Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern. Auch nach der nationalen Rechtsprechung ist im Rahmen der §§ 14 Absatz 4 Nummer 3, 17 Absatz 5 VgV grundsätzlich so viel Wettbewerb wie möglich zu eröffnen; ein völliger Verzicht auf Wettbewerb kommt grundsätzlich nur als *ultima ratio* in Betracht (vgl. OLG Rostock, Beschluss vom 11.11.2021, 17 Verg 4/20).

Bei Vorhaben nach § 2 bedingt es aber häufig die in § 1 und § 3 und der jeweiligen Begründung dargestellte äußerste Dringlichkeit angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, dass nur ein Unternehmen in der Lage sein wird, den Auftrag unter den durch die zwingende Dringlichkeit auferlegten technischen und zeitlichen Zwängen zu erfüllen. Dann ist es den Auftraggebern auch erlaubt, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur mit diesem Unternehmen Verhandlungen zu führen.

Zwar handelt es sich um eine Prognoseentscheidung, ob nur das bestimmte Unternehmen unter den durch die äußerste Dringlichkeit bedingten technischen und zeitlichen Zwängen, in der Lage sein wird, die Leistung entsprechend zu erbringen. Die Gründe dafür, dass nur dieses Unternehmen dazu in der Lage ist, müssen aber grundsätzlich im Zeitpunkt der Ansprache des einzelnen Unternehmens vorliegen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 und 3 treffen Regelungen zum Vergaberechtsschutz ergänzend zu und abweichend von §§ 155 ff. GWB. Ziel ist es, die Nachprüfungsverfahren über das bereits geltende Beschleunigungsgebot des § 167 GWB hinaus bei Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen noch erheblich schneller durchzuführen.

Dabei wird am grundsätzlich bewährten zweistufigen Rechtsschutz vor der Vergabekammer und den Vergabesenaten der Oberlandesgerichte festgehalten. Dieser wird jedoch auf beiden Stufen weiter erheblich beschleunigt. Daneben werden in den bereits vorgesehenen Interessensabwägungen die Berücksichtigung des Zwecks des § 1 sowie des besonderen Interesses gemäß § 3 und dessen regelmäßiges Überwiegen angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen ergänzt.

Die Änderungen berücksichtigen, dass im Bereich des Vergaberechtsschutzes der allgemeine Justizgewährleistungsanspruch (Art. 20 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 3 Abs.1 GG) den wesentlichen Maßstab darstellt und dem Gesetzgeber ein Ausgestaltungsspielraum zuzubilligen ist (BVerfG, Beschluss vom 13. Juni 2006, 1 BvR 1160/03, BVerfGE 116, 135 (156)).

Absatz 2 enthält Maßgaben für die Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer gemäß §§ 160 ff. GWB. Sie dienen vor allem der Beschleunigung und legen angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die Berücksichtigung und das regelmäßige Überwiegen des überragend wichtigen Interesses an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben fest.

Zu Nummer 1

Nummer 1 trifft gewisse Verfahrenserleichterungen für die Durchführung der Nachprüfungsverfahren.

Soweit es der Beschleunigung dient, kann die Vergabekammer bei Nachprüfungsverfahren über Vergaben für Vorhaben nach § 2 gemäß Satz 1 auch nach Lage der Akten entscheiden. Die Vergabekammer wird bei ihrer Entscheidung aber auch zu berücksichtigen haben, dass eine mündliche Verhandlung im Einzelfall ebenfalls der schnellen Entscheidung dienen kann.

Satz 2 ermöglicht es der Vergabekammer ausdrücklich die mündliche Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung durchzuführen. Auch diese Möglichkeit soll der Beschleunigung im Einzelfall dienen. Entsprechend Absatz 3 Nummer 6 Satz 2 wird

dazu auf § 128a der Zivilprozessordnung verwiesen. Entsprechendes gilt aber zum Beispiel auch nach § 102a der Verwaltungsgerichtsordnung.

Zu Nummer 2

Um angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen die zügige Durchführung der Nachprüfungsverfahren für die im Lichte des § 1 und § 3 äußerst dringenden und schnellstmöglich umzusetzenden Vorhaben nach § 2 über den allgemeinen Beschleunigungsgrundsatz hinaus zu gewährleisten, verkürzt Absatz 2 die Entscheidungsfrist für die Hauptsacheentscheidung weiter.

Satz 1 verkürzt die Entscheidungsfrist bei Vorhaben nach § 2 auf drei statt fünf Wochen.

Satz 2 legt fest, dass diese Frist höchstens um zwei Wochen verlängert werden kann und stellt klar, dass dies nur einmalig geschehen kann.

Die verkürzten Fristen bieten der Vergabekammer somit insgesamt dennoch ausreichend Zeit, bei diesen äußerst dringenden Vorhaben angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen, dennoch angemessen entscheiden zu können, indem vom Grundfall (fünf Wochen) nur angemessen abgewichen wird (drei Wochen plus im Ausnahmefall zwei Wochen).

Die Auftraggeber von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 sollen die schnelle Entscheidung befördern, indem sie insbesondere sicherstellen, dass die Vergabeakte, jedenfalls ihre für die Entscheidung der Vergabekammer wesentlichen Teile, unverzüglich der Vergabekammer zur Verfügung gestellt wird.

Zu Nummer 3

Nummer 3 stellt klar, dass bei Nachprüfungsverfahren betreffend Vorhaben nach § 2 bei der Auswahl der geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Rechtsverletzung und Verhinderung der Schädigung der betroffenen Interessen der Zweck des § 1 und die besonderen Interessen des § 3 angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu berücksichtigen sind. Dies bedeutet, dass die Vergabekammer bei der Auswahl der Maßnahmen insbesondere das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 in der Regel als ausschlaggebend berücksichtigen muss. Maßnahmen, die das Vergabeverfahren oder die Umsetzung des Vorhabens verzögern, verlängern oder sogar vereiteln, sind daher in der Regel keine angemessenen Maßnahmen im Sinne der Nummer 3.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ergänzt § 169 GWB angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen hinsichtlich der Vorabgestattung des Zuschlags durch die Vergabekammer. Sie hat dabei das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben zu berücksichtigen, wobei dieses Interesse bei Vorhaben nach § 2 in der Regel

überwiegt und eine Vorabgestattung des Zuschlags erforderlich macht. Dies ist ein Aspekt des für die Beschleunigung der Vorhaben nach § 2 besonders wichtigen Elements des vorzeitigen Maßnahmenbeginns bzw. der Einschränkung der aufschiebenden Wirkung von Entscheidungen (siehe dazu insbesondere § 11).

Nummer 4 wird in der Praxis von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 jedoch nur dann zur Anwendung kommen, wenn nicht schon infolge der Zulässigkeit eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb und des schon bestehenden Entfalls der Informations- und Wartefrist ein wirksamer Zuschlag erfolgt ist, bevor Konkurrenten einen Nachprüfungsantrag stellen. Im Fall eines bereits wirksam erteilten Zuschlags gilt § 168 Absatz 2 Satz 1 GWB und Rechtsschutz ist gemäß § 135 GWB in Gestalt von Absatz 2 Nummer 3 bis 5 zu gewähren.

Satz 1 und 2 gestalten die Abwägungsentscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags näher aus und folgen dabei der bestehenden Regelungssystematik in § 169 Absatz 2 Satz 1, 2 und 3 GWB, nach denen entsprechend der Fälle für verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge im Sinne von § 104 GWB besonders zu berücksichtigende Aspekte des Interesses der Allgemeinheit an einem raschen Abschluss des Vergabeverfahrens und der nachteiligen Folgen einer Verzögerung der Vergabe bis zum Abschluss der Nachprüfung als Abwägungsinteresse festgelegt werden. Für Vorhaben nach § 2 sind deshalb nach Satz 1 der Zweck des § 1 und das besondere Interesse nach § 3 ergänzend in der Abwägung zu berücksichtigen. Mithin ist das überragende Interesse an der schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 angesichts der äußerst dringlichen Gründe und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen in die Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags einzubeziehen.

Satz 2 legt zudem entsprechend der Systematik in § 169 Absatz 2 Satz 3 GWB angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen fest, dass das besondere Interesse in der Regel überwiegt.

Satz 3 legt im überragenden Interesse der Beschleunigung und Gefährdungsabwehr fest, dass die Entscheidung über die Vorabgestattung unverzüglich und zwar längstens innerhalb einer Woche zu treffen ist. Diese Regelungssystematik orientiert sich am bestehenden § 176 Absatz 3 Satz 1, 1. Halbsatz GWB. Die Frist kann nicht verlängert werden.

Satz 4 legt zudem fest, dass der Zuschlag dann auch unmittelbar und damit tatsächlich schneller als bisher nach § 169 Absatz 2 Satz 1 GWB erteilt werden kann, soweit die Wartepflicht nicht noch läuft. Er setzt Artikel 2 Absatz 3 Satz 2 der Rechtsmittelrichtlinie (*Sektoren-Rm-RL und V+S-RL*) um.

Soweit zu der Entscheidung ein isolierter Antrag an das Beschwerdegericht erfolgt, legt Satz 5 fest, dass bei der Entscheidung des Beschwerdegerichts dann ebenfalls das überragende Beschleunigungs- und schnellstmögliche Umsetzungsinteresse angesichts der Gefährdung eines überragenden öffentlichen Interesses nach § 1 und § 3 zu beachten sind.

Zu Absatz 3

Absatz 3 trifft Regelungen zur sofortigen Beschwerde vor den Vergabesenaten der Oberlandesgerichte ergänzend zu und abweichend von §§ 171 ff. GWB. Diese sollen jeweils unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit die Verfahren angesichts deren äußerster Dringlichkeit bei Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen erheblich beschleunigen und die Maßstäbe für Abwägungen anpassen. Ergänzend wird auf die allgemeine Begründung zu Absatz 2 hingewiesen.

Zu Nummer 1

Nummer 1 stellt lediglich klar, dass die Fiktionswirkung nach § 171 Absatz 2 bereits nach Ablauf der nach Absatz 3 Nummer 2 verkürzten Entscheidungsfrist der Vergabekammer von drei Wochen (ggf. verlängert um zwei Wochen) und nicht nach den bisherigen fünf Wochen plus etwaiger Verlängerung greift. Soweit die Vergabekammer bei Nachprüfungsverfahren über Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 nicht innerhalb der Frist von drei Wochen (oder bei erfolgter Verlängerung von fünf Wochen) entschieden hat, gilt der Nachprüfungsantrag als abgelehnt. Diese Vorschrift dient der Beschleunigung der äußerst dringlichen Vorhaben angesichts der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen. Keinesfalls ermächtigt sie Vergabekammern den Ablauf der Frist abzuwarten und nicht zu entscheiden. Ziel ist es, dass die Vergabekammer innerhalb der gesetzlichen Fristen entscheidet und zum Rechtsfrieden über die Vorhaben nach § 2 beiträgt.

Zu Nummer 2

Zur weiteren Beschleunigung der Nachprüfungsverfahren angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen verkürzt Nummer 2 die Frist zur Einlegung der sofortigen Beschwerde auf eine Woche. Diese ist als Notfrist nicht verlängerbar. Angesichts des Zweckes nach § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 ist es auch den Beschwerdeführenden zuzumuten, ihren Antrag äußerst eilig zu erstellen.

Zu Nummer 3

Nummer 3 ist zur Beschleunigung von Vorhaben nach § 2 in den Fällen besonders wichtig, in denen noch kein Zuschlag erteilt wurde, die Vergabekammer aber schon zugunsten des Auftraggebers in der Hauptsache entschieden hat.

Satz 1 legt angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen fest, dass bei Vorhaben nach § 2 die aufschiebende Wirkung der sofortigen Beschwerde schon nach einer Woche (statt wie sonst nach zwei Wochen) entfällt. Soweit sie durch das Beschwerdegericht verlängert wird, kann dies nur bis zum Ende der Entscheidungsfrist über die sofortige Beschwerde, mithin um sechs Wochen, erfolgen (zusammen sieben Wochen aufschiebende Wirkung entspricht fünf Wochen Entscheidungsfrist plus maximal zwei Wochen Verlängerung nach Nummer 7 Satz 1 und 2).

Satz 2 legt fest, dass bei der Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags zu deren Gunsten auch § 1 und § 3 zu berücksichtigen sind, wobei das besondere Interesse nach § 3 in der Regel überwiegt. Dies entspricht für die besondere Eilbedürftigkeit der Vorhaben nach § 2 der bereits bestehenden Regelungssystematik in § 173 Absatz 2 Satz 1, 2 und 3 GWB für die Abwägung bei verteidigungs- und sicherheitsspezifischen Aufträgen. Die Entscheidung des Beschwerdegerichtes sollte angesichts der äußersten Dringlichkeit von Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen daher regelmäßig zugunsten der Vorabgestattung des Zuschlags ausfallen.

Zu Nummer 4

Nummer 4 ist angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zur Beschleunigung dieser Vorhaben in den Fällen besonders wichtig, in denen noch kein Zuschlag erteilt wurde, die Vergabekammer aber in der Hauptsache bei Vorhaben nach § 2 ausnahmsweise gegen den Auftraggeber entschieden hat. Der unterlegene Auftraggeber kann im Fall einer sofortigen Beschwerde dann gemäß § 176 GWB die Vorabentscheidung über den Zuschlag beim Beschwerdegericht beantragen.

Entsprechend der Ergänzung durch Nummer 3 hat das Beschwerdegericht auch in diesen Fällen ergänzend zur bisherigen Regelungssystematik in § 176 Absatz 1 Satz 1, 2 und 3 GWB gemäß Satz 1 bei der Abwägung den Zweck nach § 1 und das besondere Interesse nach § 3, welches in der Regel überwiegt, zu berücksichtigen. Diese sind gemäß Satz 3 auch zu berücksichtigen, soweit das Beschwerdegericht ausnahmsweise die Entscheidungsfrist über den Antrag verlängert.

Satz 2 verkürzt die Entscheidungsfrist von bisher längstens fünf Wochen für Vorhaben nach § 2 auf grundsätzlich eine Woche, um dem überragenden Beschleunigungsinteresse der Vorhaben nach § 2 gerecht zu werden. Die Verlängerungsmöglichkeit wird angesichts der äußersten Dringlichkeit von Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen der richterlichen Unabhängigkeit gerecht.

Zu Nummer 5

Nummer 5 bedingt für Vorhaben nach § 2 die Fiktionswirkung des § 177 GWB nach einer negativen Entscheidung über die Vorabgestattung des Zuschlags ab. Dies trägt zum effektiven Rechtsschutz und zur Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit bei, indem nicht automatisch mit der äußerst schnell zu fällenden Eilentscheidung die Möglichkeit zur Hauptsacheentscheidung entfällt.

Zu Nummer 6

Nummer 6 enthält angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen bestimmte Verfahrenserleichterungen zur Beschleunigung des Nachprüfungsverfahrens vor dem Vergabesenat.

Satz 1 ermöglicht unter bestimmten, im Einzelfall zu prüfenden Punkten eine Entscheidung nach Lage der Akten. Dieser Verzicht auf die mündliche Verhandlung erweitert die allgemeinen Möglichkeiten nach §§ 175 Absatz 2, 72 GWB iVm [169-202 GVG bzw. ZPO]. Durchführung oder Verzicht einer mündlichen Verhandlung über die sofortige Beschwerde sollen vor allem der schnellstmöglichen Durchführung des Nachprüfungsverfahrens betreffend ein Vorhaben nach § 2 dienen.

Satz 2 ermöglicht ausdrücklich die Durchführung einer mündlichen Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung in Ergänzung zu den allgemeinen Möglichkeiten nach §§ 175 Absatz 2, 72 GWB iVm [169-202 GVG bzw. ZPO]. Auch dies soll der Beschleunigung dienen.

Zu Nummer 7

Nummer 7 Satz 1 gibt vor, dass die Beschwerdeentscheidung bei der Nachprüfung von Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 innerhalb einer Frist von fünf Wochen zu treffen ist. Sie hat ihr Vorbild insbesondere in der bereits bestehenden Frist für die Beschwerdegerichte zur Vorabentscheidung über den Zuschlag gemäß § 176 Absatz 3 GWB und der Entscheidungsfrist für die Vergabekammern nach § 167 Absatz 1 GWB. Die Entscheidung des Beschwerdegerichtes nach § 176 Absatz 3 GWB ist sogar unverzüglich und längstens innerhalb von fünf Wochen zu treffen. Die Regelung in Satz 1 ist für die Hauptsacheentscheidung aber neu und betrifft die richterliche Unabhängigkeit. Sie ist angesichts des Zweckes nach § 1 und des besonderen Interesses nach § 3 sowie der insgesamt schnellstmöglichen Umsetzung der Vorhaben nach § 2 wegen ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aber gerechtfertigt.

Die Frist ist zudem angemessen, da das Beschwerdegericht die Frist nach Satz 2 einmalig um zwei Wochen verlängern kann.

Satz 3 schränkt ebenfalls aus Gründen der überragend wichtigen Beschleunigung für Entscheidungen über Vorhaben nach § 2 ein, dass das Beschwerdegericht stets in der Sache selbst entscheidet. Es kann daher nicht die Verpflichtung der Vergabekammer aussprechen, unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichts über die Sache erneut zu entscheiden.

Zu Absatz 4

Beschaffungsstellen, die dem Bund zuzurechnen sind, haben während der Laufzeit nach § 15 bei Beschaffungen für Vorhaben nach § 2 abweichend von Ziffer 2 zur Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 55 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) die detaillierten Verfahrensregeln zur Vergabe öffentlicher Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte nach der UVgO und dem ersten Abschnitt der VOB/A nicht anzuwenden. Die Regelungen der Ziffer 2 zu VV § 55 BHO werden durch Absatz 4 materiell abbedungen. Für Vorhaben nach § 2 finden sie daher während der Geltungszeit dieses Gesetzes gemäß § 15 keine Anwendung.

Die besonderen Umstände nach § 1 und § 3 rechtfertigen gemäß § 55 BHO wegen äußerst dringlicher Gründe für die Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung

überragender öffentlicher Interessen ein Absehen von einer öffentlichen Ausschreibung und einem Teilnahmewettbewerb. Daneben bestehende etwaige Anforderungen, etwa im Einzelfall aufgrund eines grenzüberschreitenden Interesses, bleiben unberührt. Gründe für einen Verzicht auf einen öffentlichen Teilnahmewettbewerb sind entsprechend der Feststellungen des § 9 Absatz 2 Nummer 6 aber stets zu berücksichtigen.

Die Länder können für ihr Haushaltsvergaberecht entsprechende Regelungen schaffen.

Zu Absatz 5

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen für Vorhaben nach § 2 nicht einer Nachprüfung gemäß Absatz 2 und 3 unterliegt (etwa bei Beschaffungen unterhalb der EU-Schwellenwerte oder soweit Bereichsausnahmen vom Vergaberecht vorliegen). In diesen Fällen schreibt Absatz 5 Satz 1 angesichts der äußersten Dringlichkeit der Vorhaben nach § 2 und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen dennoch die Berücksichtigung aller möglichen Beschleunigungspotentiale im Rechtsschutzverfahren vor. Insbesondere sind bei Abwägungsentscheidungen, etwa im vorläufigen Rechtsschutz, der Zweck gemäß § 1 und das besondere Interesse nach § 3 als besonderes Allgemeininteresse beziehungsweise öffentliches Interesse zu berücksichtigen, um eine schnellstmögliche Realisierung auch dieser Vorhaben wegen ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen zu erleichtern.

Satz 2 stellt klar, dass Satz 1 für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen keine Anwendung findet. Die Sekundäransprüche können nach den allgemeinen Grundsätzen ohne besonderes Beschleunigungsinteresse verfolgt werden. Dafür sind in der Regel die ordentlichen Gerichte zuständig (vgl. §§ 156 Absatz 3, 179 Absatz 1 GWB).

Zu § 10 ~~[weitere Verfahrensanforderungen PlanSiG]~~

Mit dem Planungssicherstellungsgesetz werden formwahrende Alternativen für Verfahrensschritte in Zulassungsverfahren sowie in besonderen Entscheidungsverfahren zur Verfügung gestellt. Soweit es um die Bekanntmachung von Unterlagen und anderen Informationen geht, sollen diese über das Internet zugänglich gemacht werden. Als Ersatz für durchzuführende Erörterungstermine, mündliche Verhandlungen oder Antragskonferenzen wird das Instrument einer Online-Konsultation eingeführt. Durch diese – zeitlich befristete – Form der Beteiligung wird sichergestellt, dass Informationen unmittelbar allen Beteiligten zur Verfügung stehen.

Für die Verfahren nach diesem Gesetz sind die Vorschriften für die ortsüblichen und öffentlichen Bekanntmachungen (§ 2 PlanSiG), die Auslegung von Unterlagen oder Entscheidungen (§ 3 PlanSiG) sowie Erörterungstermine, mündliche Verhandlungen und Antragskonferenzen (§ 5 PlanSiG) relevant. Damit wird dem Erfordernis der

Kommentiert [BAK129]: BMWK überarbeitet die Begründung derzeit

Beschleunigung der Zulassungs- und Vergabeverfahren nach diesem Gesetz mit bereits bewährten Vorschriften Rechnung getragen.

In Absatz 4 wird die Geltung dieser Vorschriften des PlanSiG auch über das Außerkrafttreten des PlanSiG hinaus bis zum Außerkrafttreten dieses Gesetzes angeordnet.

Zu § 11 [Rechtsbehelfe]

Zu Absatz 1

In Absatz 1 wird die sofortige Vollziehung gesetzlich angeordnet. Es handelt sich um Vorhaben, deren zeitnahe Realisierung für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von großer Bedeutung ist. Sie sind gemäß § 2 aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Teilweise greift bereits eine gesetzliche Anordnung der sofortigen Vollziehung (z.B. § 43e des Energiewirtschaftsgesetzes für LNG-Anbindungsleitungen). Diese gesetzliche Anordnung wird auf alle Entscheidungen im Zusammenhang mit Vorhaben nach § 2 dieses Gesetzes ausgedehnt. Ein Vorverfahren ist nur erforderlich, wenn dies nicht durch ein Bundes- oder nach Landesgesetz ausgeschlossen ist. Die Realisierung der Vorhaben, die in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen, ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Vorschrift trägt somit dem Interesse des Vorhabenträgers an Planungssicherheit Rechnung. Ausreichender Rechtsschutz entsprechend Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes ist gewährleistet, da den Betroffenen die Möglichkeit bleibt, die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung zu beantragen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt das Vorgehen, falls nachträglich Tatsachen eintreten, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 legt die Frist zur Klagebegründung auf sechs Wochen fest. Dies dient der weiteren Verfahrensbeschleunigung.

Zu Absatz 4

Absatz 34 dient der Gewährleistung des Rechtsschutzes nach Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention).

Zu Absatz 4

Im Anwendungsbereich des § 9 Absatz 2 und 3 gilt § 11 nicht. § 9 Absatz 2 und 3 sind die spezielle Regelung für die Nachprüfung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen durch Auftraggeber oberhalb der EU-Schwellenwerte. Außerhalb des Anwendungsbereiches von § 9 Absatz 2 und 3 ist § 9 Absatz 5 zu beachten. Selbst

bei Verfahren vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Fällen des § 9 Absatz 5 dürfte ein Rechtsbehelf nach § 11 in der Regel nicht in Betracht kommen, da bei öffentlich-rechtlichen Verträgen über einen Auftrag oder eine Konzession kein Verwaltungsakt vorliegt.

Zu § 12 [Zuständigkeit des BVerwG]

Durch die mit § 12 geschaffene Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts wird eine einheitliche Befassung und Entscheidungsgeschwindigkeit für Entscheidungen gewährleistet, die Vorhaben nach § 2 betreffen.

Die erstinstanzliche Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts stellt eine Ausnahme dar. Sie ist aber im vorliegenden Fall geboten. Denn nur auf diese Weise wird eine erhebliche Verfahrensbeschleunigung erzielt, indem die Dauer möglicher gerichtlicher Verfahren verkürzt wird. Im Vergleich zum Rechtsschutzverfahren vor dem (Ober-) Verwaltungsgerichten entfällt das Risiko eines anschließenden Revisionsverfahrens beim Bundesverwaltungsgericht. In einem Revisionsverfahren ist es möglich, dass das Revisionsgericht das Verfahren wieder an das (Ober-) Verwaltungsgericht verweist, um eine weitere Sachaufklärung zu ermöglichen. Dieses kann letztendlich zu einer erheblichen Verzögerung bezüglich der Realisierung der erforderlichen LNG-Vorhaben führen.

Indem das Bundesverwaltungsgericht die abschließende Entscheidungsbefugnis über die Auslegung und Anwendung des relevanten Rechts für den LNG-Ausbau hat, wird eine einheitliche Rechtsauslegung gewährleistet, was letztendlich der Verfahrensbeschleunigung dient. Der LNG-Ausbau ist erforderlich, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine sichere Energieversorgung ist von überragender Bedeutung für das gesamtstaatliche Gemeinwohl. Deshalb muss schnellstmögliche Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden.

Könnte der Planfeststellungsbeschluss für ein solches Vorhaben vor dem Bundesverwaltungsgericht angegriffen werden, während der vorzeitige Baubeginn den normalen Instanzenzug durchlaufen müsste, könnte der Beschleunigungseffekt der Rechtswegverkürzung zunichtegemacht werden. Daher bezieht sich die Zuständigkeit auch auf alle mit dem Vorhaben zusammenhängenden Entscheidungen.

Dieses Gesetz betrifft eine überschaubare Anzahl von Fällen. Es geht nur um die zeitnah zu realisierenden LNG-Vorhaben an **maximal sechs Standorten**. Diese Vorhaben sind in § 2 und in der Anlage abschließend aufgelistet. Nur für diese Vorhaben gilt die erstinstanzliche Zuständigkeit. Durch die begrenzte Anzahl von Vorhaben wird die Zuständigkeitsbegründung in quantitativer Hinsicht begrenzt. Im Ergebnis ist damit das Regel-Ausnahme-Prinzip gewahrt. Nach der derzeit möglichen Prognose ist davon auszugehen, dass durch die Verweisung an das

Bundesverwaltungsgericht keine unververtretbaren Beeinträchtigungen der Kernaufgaben des Bundesverwaltungsgerichts als Revisionsgericht ausgelöst werden.

Insgesamt ist die ausnahmsweise Verlagerung zum Bundesverwaltungsgericht erforderlich, um auch bei der Ausgestaltung des Verwaltungsgerichtsverfahrens einen notwendigen Beitrag zur erforderlichen Beschleunigung des Ausbaus der LNG-Infrastruktur zu leisten.

Zu § 13 [Abweichungsrecht der Länder]

Zu § 14 [Übergangsregelung]

Zu Absatz 1

Auch bereits begonnene Zulassungsverfahren für die Errichtung und die Inbetriebnahme von Anlagen für Flüssigerdgas sowie von Leitungen sollen mit Hilfe der in diesem Gesetz geregelten Verfahrenserleichterungen weitergeführt werden können.

Zu Absatz 2

Es steht nach Absatz 2 im Ermessen der Behörde, ob ein begonnener, aber noch nicht abgeschlossener Verfahrensschritt (zum Beispiel Bekanntmachung oder Auslegung), nach den zu Beginn des Verfahrensschrittes geltenden gesetzlichen Vorschriften durchgeführt wird oder, ob die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung finden sollen. In letzterem Fall muss die Behörde den Verfahrensschritt neu durchführen, es sei denn, der Verfahrensschritt könnte nach dem vorliegenden Gesetz gänzlich entfallen. Dadurch erhält die Behörde bei begonnenen, noch nicht abgeschlossenen Verfahrensschritten die Wahlmöglichkeit, ob der Verfahrensschritt nach altem oder neuem Recht durchgeführt wird. So kann sie das im Hinblick auf eine Beschleunigung adäquate Verfahren wählen. Durch den Neubeginn des Verfahrensschritts, der nach diesem Gesetz geltenden Regelung, soll gleichzeitig gewährleistet werden, dass ein Wechsel auf die nach diesem Gesetz geltenden Verfahrensvorschriften nicht während der Durchführung eines laufenden Verfahrensschrittes stattfindet und sich dadurch Fristen verkürzen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 legt fest, dass Verfahrensschritte, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits begonnen, aber noch nicht beendet wurden, weiterhin nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden können. Die Regelung bildet somit das Gegenstück zur Regelung des Absatzes 2.

Zu Absatz 4

Absatz 4 stellt klar, dass Fehlvorschriften (z.B. § 4 Abs. 1 UmwRG) keine Anwendung finden, wenn der Verfahrensschritt nach diesem Gesetz vollständig

entfallen kann. So kann beispielsweise das Fehlen der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht gerügt werden, wenn sie nach diesem Gesetz entfallen kann.

Zu Absatz 5

Vergabeverfahren werden regelmäßig nach dem Recht zu Ende geführt, das zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens galt (vgl. § 186 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen). Das ist für Vorhaben nach § 2 angesichts ihrer äußersten Dringlichkeit und der Gefährdung überragender öffentlicher Interessen aufgrund des Zweckes des Gesetzes nach § 1 und dem besonderen Interesse nach § 3 nicht sachgerecht. Sie sollen daher nach Satz 1, auch wenn sie bereits begonnen haben, grundsätzlich mit den Verfahrenserleichterungen und Beschleunigungsvorteilen des § 9 durchgeführt werden können. Für materielle Regelungen, die an diese besondere Dringlichkeit anknüpfen (Losverzicht, Dringlichkeitsvergabe), kann dies aber nur für Vorhaben gelten, die nach dem Angriff Russlands gegen die Ukraine begonnen haben.

Satz 2 stellt klar, dass für Vorhaben nach § 2 insbesondere auch die Regelungen zur beschränkten Unwirksamkeitsfolge und zum beschleunigten Rechtsschutz Anwendung finden müssen, um für sie schnell Rechtssicherheit erreichen zu können, selbst wenn das Vergabeverfahren bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen war bzw. der Zuschlag bereits vorher erfolgt ist.

Es wäre aber unangemessen, der Vergabekammer oder dem Beschwerdegericht rückwirkend beginnende Fristen aufzuerlegen, so dass nach Satz 3 dann mit Inkrafttreten des Gesetzes die neuen Fristen laufen, soweit im Sinne der Beschleunigung nicht die bisher geltenden Fristen schon vorher ablaufen.

Zu § 15 [Inkrafttreten, Außerkrafttreten]

Zu Absatz 1

Aufgrund der Eilbedürftigkeit des Gesetzes ist ein schnellstmögliches Inkrafttreten nach der Verkündung erforderlich.

Zu Absatz 2:

Das Gesetz soll lediglich dafür sorgen, dass eine drohende Versorgungskrise mit Gas durch beschleunigte Verfahren abgewendet wird. Aus diesem Grund ist das Gesetz zu befristen. Zur Sicherstellung, dass alle nach diesem Gesetz begonnenen Sachverhalte Verfahrensschritte unabhängig nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu Ende geführt werden, treten die §§ ...Übergangsvorschriften erst zu einem späteren Zeitpunkt außer Kraft.

Um einen einheitlichen Rechtsschutz für alle, auch später eintretende Verfahren nach diesem Gesetz zu gewährleisten, treten diese Regelungen nicht außer Kraft.